Michaela Weber

Calw

Geschichte einer Stadt

Politisches Leben nach 1945

Archiv der Stadt Calw
Sparkasse Pforzheim Calw

Politisches Leben nach 1945

Michaela Weber

Geschichte einer Stadt

Politisches Leben nach 1945

Archiv der Stadt Calw
Sparkasse Pforzheim Calw

Calw – Geschichte einer Stadt
erscheint mit freundlicher Unterstützung von:

Sparkasse
Pforzheim Calw

SEUFFER

HOLZMA

Jörg-und-Inge-Seybold-Stiftung

Eckart und Elisabeth Bauer, Calw

Karl Weiß, Calw

© Große Kreisstadt Calw – Stadtarchiv – 2006

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar.
Dies gilt auch ausdrücklich für die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen jeder Art und von jedem Betreiber.

Lektorat: Herbert Schnierle-Lutz, Bad Teinach
Herstellung: Druckerei Mack GmbH, Schönaich
ISBN 3-939148-04-0

Inhalt

Einleitung 7
Calw unter französischer Besatzung 8
Der Einmarsch der Franzosen 8
Die politische Situation kurz vor und nach Beginn der Besatzung 11
Die Rahmenbedingungen – Bildung der französischen Zone und Entstehung Württemberg-Hohenzollerns 12
Alltagsprobleme 14
Der Wiederaufbau des politischen Lebens 17
Die ersten freien Wahlen 20
Entnazifizierung 28
Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen 33
Das Ende der Besatzung 38
Die erste Bundestagswahl 41
Calw und die Gründung Baden-Württembergs 44
Politisches Leben in Calw seit 1952 48
Wahlen und Wählerverhalten 48
Kommunalwahlen 48
Landtagswahlen 51
Bundestagswahlen 57
Eine vierte Ebene – Europawahlen seit 1979 63
Meilensteine in der politischen Stadtentwicklung 67
Bundeswehrstandort Calw 67
Die Kreis- und Gemeindegebietsreform in den 1970er-Jahren 69
Ausländische Mitbürger, Aus- und Übersiedler 71
Schlussbetrachtung 75
Wahlergebnisse 79
Abgeordnete des Wahlkreises Calw 98
Die Autorin 115
Orts- und Personenregister 116
Anmerkungen 118
Abkürzungen 132
Quellennachweis 133

Einleitung

Die Katastrophe von NS-Diktatur und Krieg machte in Deutschland auf allen Ebenen einen Neuanfang erforderlich. Nicht nur die Schuttmassen in den zerbombten Städten mussten beseitigt werden, sondern auch die im geistig-politischen Bereich hinterlassenen Scherben. Hierbei spielten die alliierten Besatzungsmächte eine wichtige Rolle.

Wie sich die politische Umstrukturierung nach 1945 vollzog und wie das neu aufgebaute politische Leben bis in die Gegenwart hinein weiterging, will der vorliegende Beitrag aufzeigen am Beispiel der Stadt Calw im Nordschwarzwald – unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung in Land und Region.

Zuvor jedoch bedarf es einer Erläuterung des Begriffs *Politik*. Nach politikwissenschaftlichem Verständnis existieren drei Dimensionen von Politik, die zugleich auf Entscheidungen einwirken – in Gestalt des äußeren Handlungsrahmens, der öffentlichen Problemdefinierung und Programmformulierung sowie der Interessenkonstellation der beteiligten Akteure, etwa von Parteien oder Verbänden.[1]

Für die Untersuchung Calws sind also folgende Fragen von Bedeutung: Auf welche Vorgaben gesetzlicher oder sonstiger Art musste jeweils Rücksicht genommen werden? Welche Probleme wurden als akut erkannt? Mit welcher Programmatik sollten sie einer Lösung zugeführt werden? Welche Akteure waren beteiligt? Und wessen Interessen setzten sich schlussendlich durch?

Calw unter französischer Besatzung

Der Einmarsch der Franzosen

Am 8. Mai 1945 kapitulierte Deutschland bedingungslos. Damit war der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Mancherorts schwiegen die Waffen früher, je nachdem, wie rasch die Alliierten vordrangen. Eine erste deutsche Großstadt konnten sie bereits im Oktober 1944 erobern – das an der Westgrenze des Reiches gelegene Aachen.[2]

In Stadt und Landkreis Calw war bis zum Frühjahr 1945 von den Kampfhandlungen noch nicht viel zu spüren.[3] Massenbombardierungen blieben aus, was aber dazu führte, dass viele Menschen aus bedrohten Gegenden hier Zuflucht suchten und die Wohnsituation und Ernährungslage sich verschärfte.

Ende März überquerten die französischen Truppen unter General Jean de Lattre de Tassigny den Rhein und begannen von Nord nach Süd den Schwarzwald einzunehmen. Diese Taktik überraschte ihren Gegenspieler, die 19. deutsche Armee. Sie musste immer weiter zurückweichen, erreichte schon bald den Landkreis Calw. In Calw selbst sollte sie laut Befehl der Heeresgruppe G vom 6. April einen Ortsstützpunkt zur Verteidigung errichten. Die Feststellung, dass die Stadt sich dafür nicht eigne, bewahrte diese möglicherweise vor schlimmeren Folgen.

Die französische Besetzung Calws erfolgte am 15. April 1945, einem Sonntag.[4] Vormittags setzte Artilleriebeschuss ein, der die Bevölkerung in die Keller zwang. Mittags trafen einige Geschosse den Marktplatz. Dabei wurden Kirche und Landratsamt beschädigt. Unter heftigem Maschinengewehrfeuer erreichten dann gegen Abend die ersten französischen Panzer den Marktplatz, begleitet von Hilfstruppen aus den nordafrikanischen Kolonien.

Calws Bürgermeister Otto Göhner übergab die Gemeinde kampflos. Wenig später wurde er von vier schwerbewaffneten Soldaten der Besatzungsmacht abgeholt und vorübergehend in Haft genommen. Insgesamt zeigten sich die Menschen aber erleichtert über das Ende des Feindbeschusses.

Die Befehlsstelle der Franzosen unter Kommandant Boulanger wurde im Hotel Waldhorn, bei der Nikolausbrücke, eingerichtet. Doch bereits am Morgen des 16. April offenbarten sich die ersten Begleiterscheinungen der Besatzung. Vor allem algerische und marokkanische

Einheiten versetzten die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Mehrmals täglich kamen Gruppen von marodierenden Soldaten in die Häuser und nahmen sich, was ihnen gefiel, teilweise unter Misshandlung der Bewohner. Den einzigen Schutz vor derlei Übergriffen bot die Anwesenheit französischer Offiziere. Hinzu kam, dass Frauen vergewaltigt wurden. Viele von ihnen suchten Zuflucht im Calwer Krankenhaus. Besonderen Einsatz zeigte der dort tätige holländische Arzt Dr. Pinkaas, dem es sogar gelang, von den Franzosen eine Wache für die Frauen zu erwirken.[5] Späteren Schätzungen zufolge waren in der Stadt zwischen 450 und 1000 Frauen vergewaltigt worden, darunter auch Greisinnen und Kinder.[6] Darüber breitete sich lange Zeit der Mantel der Scham und des Schweigens.

Das geschilderte Betragen französischer Soldaten verstieß gegen eine Instruktion, die am 6. April 1945 ergangen war. Sie forderte die Kommandanten größerer Verbände und die Befehlshaber von Sondereinheiten dazu auf, ihren Untergebenen einzuschärfen, dass sie als Uniformträger Repräsentanten der Französischen Republik seien, von deren Verhalten das künftige Ansehen Frankreichs in Deutschland maßgeblich abhinge.[7]

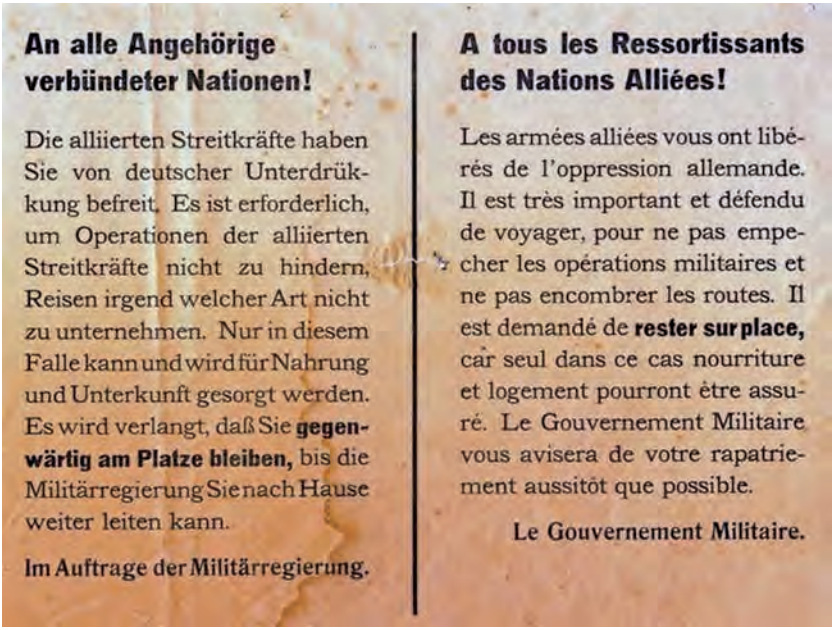
Dennoch können nicht alle Soldaten nordafrikanischer Herkunft als Diebe und Frauenschänder bezeichnet werden, wie eine Charakterisierung des Calwer Rechtsanwalts Ernst Rheinwald zeigt: *Die Kerle sind arge Typen, die reinen Menschenfresser mit ihren großen Raubtierzähnen, einer sieht dem andern gleich und man kann nachher die Einzelnen nicht mehr von einander trennen. Manche sind wieder anständig und geben für den Kaffee Cigaretten und Schokolade für Gudrun* (seine Tochter).[8]

Am 17. April gab es noch vereinzelt Kampfhandlungen in Calw. Die Franzosen, die nach Einschätzung der deutschen Bevölkerung sehr vorsichtig vorgingen, hatten in der Uhlandstraße im zerstörten Eisenbahnerhaus sowie beim Friedhof Stellung bezogen und beschossen deutsche Vorposten am Grünen Weg. Der Zugang zur Stuttgarter Straße wurde infolgedessen abgesperrt.

Äußerst prekär gestaltete sich zu diesem Zeitpunkt die Lage im Calwer Krankenhaus. Dort wurden zwölf Leichen aufbewahrt, die nicht beerdigt werden konnten. Zum einen mangelte es an Särgen, zum anderen war der Friedhof nicht zugänglich. Da sich unter den Toten einige Typhusfälle befanden, musste dringend gehandelt werden. Der französische Kommandant befahl die sofortige Bestattung im Krankenhausgarten, ohne Särge. Lediglich ein Zettel um den Hals der Betroffenen sollte auf ihre Identität hinweisen.[9]

Noch am gleichen Tag erließ die Besatzungsmacht verschiedene Einschränkungen.[10] Unter anderem wurde das Radfahren verboten und von 19 Uhr abends bis 7 Uhr in der Frühe eine Ausgangssperre verhängt. Letztere betrachtete die Einwohnerschaft kaum als hindernd – verließ man das Haus doch ohnehin nur, wenn es unbedingt notwendig erschien.

Die Ernährungslage hatte sich seit dem Einmarsch verschlechtert. Gleich zu Beginn hatten die einrückenden Soldaten Vorräte geplündert und nahezu sämtliches Kleinvieh wie Hasen und Hühner geschlachtet. Auch wurde es zunehmend schwieriger, an aktuelle Informationen zu gelangen. In der Stadt mussten alle Radiogeräte abgeliefert werden, die Telefonleitungen waren zerstört und die Bewegungsfreiheit beschnitten. Die Ungewissheit, wie es Verwandten und Freunden außerhalb erging, schmerzte die Menschen besonders.



An alle Angehörige verbündeter Nationen!

Die alliierten Streitkräfte haben Sie von deutscher Unterdrükkung befreit. Es ist erforderlich, um Operationen der alliierten Streitkräfte nicht zu hindern, Reisen irgend welcher Art nicht zu unternehmen. Nur in diesem Falle kann und wird für Nahrung und Unterkunft gesorgt werden. Es wird verlangt, daß Sie **gegenwärtig am Platze bleiben,** bis die Militärregierung Sie nach Hause weiter leiten kann.

Im Auftrage der Militärregierung.

A tous les Ressortissants des Nations Alliées!

Les armées alliées vous ont libérés de l'oppression allemande. Il est très important et défendu de voyager, pour ne pas empecher les opérations militaires et ne pas encombrer les routes. Il est demandé de **rester sur place,** car seul dans ce cas nourriture et logement pourront être assuré. Le Gouvernement Militaire vous avisera de votre rapatriement aussitôt que possible.

Le Gouvernement Militaire.

Aufruf im Auftrag der Militärregierung. Kreisarchiv Calw, S I/XV.

Am dritten Besatzungstag wurden die bislang in Calw befindlichen Truppen durch andere ersetzt, was die Bevölkerung misstrauisch beobachtete. Schließlich waren auch unter den neu ankommenden Soldaten Marokkaner und Senegalesen.[11] Zum Schutz vor Übergriffen bot das französische Militär eine zehnköpfige Feldgendarmerie auf, die

jedoch nicht mehr tun konnte als guten Willen demonstrieren. Und es geschah etwas, das zu normalen Zeiten undenkbar gewesen wäre. Kommandant Boulanger ließ in der Stadt ein Bordell einrichten.[12] Geboren wurde diese Idee während eines Gesprächs zwischen dem Franzosen und Karl Römer, der während einer längeren Krankheit von Landrat Hägele die Amtsgeschäfte führte. Bürgermeister Göhner übernahm die Organisation, und so kam das Freudenhaus in eine Villa in der Bischofstraße. Von da an ließen die Übergriffe deutlich nach.

Die politische Situation kurz vor und nach Beginn der Besatzung

Je weiter die Alliierten im Frühjahr 1945 in das Innere Deutschlands vordrangen, umso mehr war das politische Leben – falls von einem solchen überhaupt noch gesprochen werden konnte – in Auflösung begriffen. Am 19. März erließ Adolf Hitler seinen berüchtigten *Nero-Befehl* (Taktik der *verbrannten Erde* und Zerstörung der Infrastruktur), der den alliierten Militäreinheiten das Vorankommen erschweren sollte.[13] Ausgeführt wurde er zwar fast nirgends, auch im Kreis Calw nicht. Dennoch erreichte der Terror des NS-Regimes eine letzte Stufe.

Als die Front im April immer näherrückte, empfahl Karl Römer als Vertreter des erkrankten Calwer Landrats Hägele, alle Hitlerbilder und Parteisymbole zu entfernen.[14] Obwohl einige Bürgermeister ablehnend darauf reagierten, hing beim französischen Einmarsch wenig später auf keinem Rathaus mehr ein Porträt des Diktators.

Die NSDAP versuchte noch immer, die Bevölkerung zum Durchhalten zu animieren. In der *Schwarzwald-Wacht* vom 3. April 1945 erschien ein Aufruf des Reichsleiters Martin Bormann, der *Kampf bis zum letzten Atemzug* forderte.[15] Beim Anrücken der Franzosen waren allerdings NS-Funktionäre die ersten, die Calw mit Lastwagen fluchtartig verließen und sich in Richtung Allgäu absetzten.

Mit dem 15. April ging in der Stadt alle Befehlsgewalt in die Hände der Besatzungsmacht über.[16] Der französische Kommandant Boulanger leitete vom Hotel Waldhorn aus ihre Geschicke sowie die des Kreises. Sein wichtigster deutscher Ansprechpartner war zunächst Karl Römer, der einerseits Kontributionen in Form von Naturalien einzutreiben hatte, andererseits die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen musste.

Ende April 1945 bildete sich in Calw ein sogenannter *Antifaschistischer Vertrauensrat*.[17] Er bestand aus Bürgern, die dem untergegangenen Regime ablehnend gegenübergestanden waren. Offiziellen Charakter hatte er nicht, er wurde aber als einziges deutsches Organ von der französischen Seite gebilligt. Seine Kompetenzen bestimmte der Kommandant: *Es ist der Wille des Herrn Commandanten, daß der Vertrauensrat seine Aufgaben bei den verschiedenen Behörden übernimmt, es soll jedoch jede Tätigkeit des Vertrauensrats nur im Benehmen mit den Behördenleitern erfolgen, soll sich aber darauf erstrecken, wo es nötig ist, eine kontrollierende Tätigkeit auszuüben und bei den Behördenleitern auf die Abstellung der Anstände hinzuwirken, und wo diese nicht zum Erfolg führt, dem Herrn Commandanten über die Anstände zu berichten*.[18]

Die ersten Monate nach Kriegsende waren geprägt von Beschlagnahmungen, Plünderungen und Übergriffen ehemaliger Zwangsarbeiter sowie teilweise sehr harten Maßnahmen der französischen Polizei und Militärjustiz. Angesichts dieser Zustände verfiel die Bevölkerung in eine Art kollektive Lethargie.[19] Geregelter wurde es erst mit dem Amtsantritt des französischen Kreisgouverneurs Hubert Frénot im August 1945.[20]

Die Rahmenbedingungen – Bildung der französischen Zone und Entstehung Württemberg-Hohenzollerns

Mit der vollständigen Niederlage verlor Deutschland das Gebiet östlich von Oder und Neiße.[21] Das noch verbliebene Land teilten die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges untereinander auf, wobei das Saargebiet einem Sonderstatus unterworfen wurde.

Der deutsche Südwesten wurde von Amerikanern und Franzosen besetzt, wobei als Grenzlinie in etwa die Autobahn von Karlsruhe Richtung Ulm diente.[22] Die alten Länder Baden, Württemberg sowie Preußisch-Hohenzollern hörten auf zu existieren. Im amerikanisch besetzten Teil kam es zur Gründung Württemberg-Badens, im französischen entstanden Baden und Württemberg-Hohenzollern. Letzterem wurde der Kreis Calw zugeordnet.

Oberbefehlshaber der französischen Zone war zunächst General Jean de Lattre de Tassigny. Er wurde jedoch bereits Ende Juli 1945 durch General Pierre Koenig ersetzt. Dieser kam an die Spitze des neu geschaffenen *Oberkommandos der Militärregierung der französischen*

Besatzungszone in Deutschland mit Sitz in Baden-Baden. Unterstützt wurde er unter anderem von Generaladministrator Laffon.

Der Zonenmilitärregierung unterstanden fünf Landesmilitärregierungen, die sich jeweils am Ort der deutschen Landesverwaltungen niederließen – in Saarbrücken, Koblenz, Neustadt/Pfalz, Freiburg und Tübingen. Das Amt des Landesgouverneurs von Württemberg-Hohenzollern hatte Guillaume Widmer inne.[23] Nachgeordnet waren die Kreiskommandanturen.

Besatzungszonen

Erwähnt werden muss, dass die Grenze zwischen der französischen und der amerikanischen Besatzungszone in den ersten Jahren fast hermetisch abgeriegelt war. Sie durfte nur mit besonderer Erlaubnis der Alliierten passiert werden. Die damit verbundene Zerschlagung über Jahrhunderte gewachsener Strukturen stellte deutsche Politiker und Verwaltungsbeamte im Hinblick auf die vielfältigen Nöte vor große Probleme.

Der Wiederaufbau der Verwaltung erfolgte von unten nach oben – für Gebhard Müller, den ehemaligen Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, eine Bestätigung der geschichtlichen Erfahrung, *daß nach Katastrophen großen Ausmaßes Hilfe und Rettung nicht von den Zentralen, sondern von den untersten Verwaltungseinheiten kommen*.[24] Den ersten Ansatz zu einer deutschen Regierung für den Bereich Württemberg-Hohenzollern bildeten Delegierte, die, von der Besatzungsmacht eingesetzt, ihren Sitz zunächst in Freudenstadt und später in Tübingen hatten.[25] Mitte Oktober 1945 entstand dann ein *Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns*.[26] Es gliederte sich in sechs Landesdirektionen. Zum Vorsitzenden wurde der Jurist Carlo Schmid gewählt. Die Politiker dieser Behörde betrachteten ihre Amtsausübung aber lediglich als *Abwesenheitspflegschaft* für die verhinderte *eigentliche* Landesregierung in Stuttgart, von der sie abgeschnitten waren.

Ihre Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung sollte sich nicht erfüllen. Im Jahr darauf gab sich das seit September 1945 bestehende Württemberg-Baden eine eigene Verfassung. Als Reaktion wurde in Württemberg-Hohenzollern im November 1946 eine Beratende Landesversammlung einberufen, deren Hauptaufgabe es sein sollte, ebenfalls eine Verfassung zu erarbeiten. Diese wurde am 18. Mai 1947 in einer Volksabstimmung angenommen.

Alltagsprobleme

Mit der Einsetzung von Kreisgouverneur Hubert Frénot am 13. August 1945 änderten sich die Zustände in Calw und seiner Umgebung. Zunächst zog die Militärregierung um in größere Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße. Um sich einen Überblick über die bestehenden Probleme zu verschaffen und eine bessere Kontrolle ausüben zu können, richtete Frénot Ausschüsse für Bürgermeister, Einzelhandel, Handwerk Industrie, Jugend, Kultur und Landwirtschaft ein.[27]

Anfang September wurde der Calwer Fabrikant Emil Wagner zum neuen Landrat ernannt. Rückblickend auf sein erstes Gespräch mit Gouverneur Frénot schrieb er: *Am Abend des 31. August 1945 haben Sie* (Frénot) *mich zum 1. Mal empfangen. Ich werde die denkwürdige Unterhaltung nicht vergessen, keiner von uns kannte damals die Kürze und Sachlichkeit Ihrer Diktion. Die Unterhaltung zwischen uns ... hat sich wie folgt abgespielt: 1. Frage: Waren Sie in der Partei? Antwort: Nein. 2. Frage: Sind Sie sehr beschäftigt? Antwort: Nein. Gut, dann werden Sie nächste Woche Landrat von Calw. Am 6. September 1945 habe ich dann ... meine Tätigkeit begonnen, unter Ihrer Devise: Von der deutschen Beamtenschaft kenne ich nur den Landrat und den sehe ich jeden Tag*.[28]

Diese Worte charakterisieren die Zusammenarbeit der beiden Männer sehr gut. Der Gouverneur war für alle im Kreis anfallenden Belange zuständig. Dabei hatte ihn der Landrat in seiner Eigenschaft als Vorstand der noch vorhandenen Behörden zu unterstützen, ohne allerdings über eigene Machtmittel zu verfügen.

Drängende Alltagsprobleme während der ersten Nachkriegsjahre waren die schwierige Ernährungslage, der Mangel an Gebrauchsgütern, Reparationsleistungen an die Besatzungsmacht sowie, damit verbunden, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit.[29]

Von den Kriegsschäden bei landwirtschaftlichen Betrieben abgesehen[30], wies der Kreis Calw, insbesondere aus zwei Gründen, eine schlechte *Lebensmittelversorgung* auf. Zum einen standen die nördlich angrenzenden Gebiete, aus denen bislang das meiste Gemüse bezogen worden war, nun unter amerikanischer Verwaltung.[31] Güteraustausch zwischen den Zonen erfolgte zunächst kaum. Das zweite Problem stellten die Evakuierten aus den Zentren Pforzheim, Karlsruhe und Stuttgart dar. Da seitens der Amerikaner keine Aufnahmebereitschaft bestand – aufgrund der umfangreichen Kriegszerstörungen dort war der verbliebene Wohnraum zu knapp und die Ernährungssituation ebenfalls prekär –, konnten viele von ihnen erst nach einigen Jahren zurückkehren.[32]

Seit Kriegsbeginn existierte in Deutschland ein System der Lebensmittelrationierung.[33] Ernährungsämter gaben Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für sonstige Güter heraus, die zum Kauf von Brot, Fleisch, Milch, usw. berechtigten. Damit gelang es, die Bevölkerung ohne größere Engpässe zu versorgen. Im Zuge des französischen Einmarsches bereitete die Beschaffung von Nahrungsmitteln dagegen immer größere Schwierigkeiten. Sämtliche Vorratslager des Kreises waren beschlagnahmt worden. Außerdem mangelte es an Fahrzeugen,

Benzin und Fahrerlaubnissen. Deren Vergabe lag in den Händen der Militärregierung, ebenso die Neugründung von Firmen. Genehmigungen hierzu wurden fast nie erteilt. Besonders ungünstig wirkte sich der Umstand aus, dass Betriebe keinerlei Einkaufserlaubnis erhielten. So war es etwa Bäckereien nicht möglich, Brennmaterial zu erwerben.[34]

Jeder Landwirt wurde zur Abgabe einer bestimmten Menge seiner Produkte verpflichtet. Die Festlegung des Abgabesolls und die Einhaltung der Abgaben betreffend, bediente sich die Besatzungsmacht weiterhin der Ernährungsämter. Jedoch konnten diese nur eingeschränkt arbeiten – das frühere Personal wurde vielfach in französischen Lagern festgehalten oder war untergetaucht. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten errechnete man einen Mindestbedarf an Kalorien pro Kopf und stellte es den Gemeinden anheim, ihn aufzubringen. Die Bevölkerung empfand die Abgaben an die Besatzungsmacht als bedrückend.[35]

Eine Wendung zum Besseren brachte der bereits erwähnte Amtsantritt von Gouverneur Frénot. Noch 1945 konnte er bei der amerikanischen Besatzungsmacht Lebensmittellieferungen für die Evakuierten aushandeln. Eine der ersten Aufgaben des Landrats Emil Wagner war es, die sogenannte *Kartoffelschlacht* für den Kreis Calw zu schlagen.[36] Auch die tägliche Ausgabe kostenloser Eintopf-Suppen ging auf Frénots Engagement zurück.[37]

Wagner erinnert sich: *Von der Härte dieser Zeit kann man sich heute kaum noch eine Vorstellung machen. Die Menschen fristeten ihr Leben in Not, und zu den Hungerrationen kam im Winter noch das Frieren hinzu, denn Kohle gab es nicht. Es stand nur Holz in begrenztem Umfang zur Verfügung, das in den Wäldern selbst geschlagen und aufbereitet werden musste*.[38]

Damit wird deutlich, dass es, außer an Nahrung, gleichfalls an *Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs* mangelte. Neben Heizmaterial sind dazu vor allem Kleidung, Schuhe und Hygieneartikel wie Seife zu zählen. Selbst für Kleinkinder war manchmal nichts zu bekommen. Entsprechend nahmen Mangelerscheinungen und Krankheiten zu. Die für die Verteilung zuständigen Stellen standen bei der Bevölkerung in niedrigem Ansehen. So gingen dem Landrat wiederholt Schreiben zu, die wüste Beschimpfungen und sogar Todesdrohungen enthielten. Gefördert wurde die schlechte Stimmung durch willkürliche Strafmaßnahmen der Militärregierung.[39]

Mit welch elementaren Problemen die Menschen noch nach über zwei Jahren Besatzung zu kämpfen hatten, zeigt ein Auszug aus dem Bericht des Landrats für die Militärregierung vom Monat Oktober

1947, in dem die Polizeiverwaltung folgendes beklagt: *Es mehren sich die Anzeigen gegen Radfahrer, die nach Einbruch der Dunkelheit mit unbeleuchtetem Fahrrad angetroffen werden. In der Regel handelt es sich um Arbeiter, die täglich auf die Benützung ihres Rades angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitsstätte und wieder nach Hause gelangen zu können. Sie geben an, daß Glühbirnen nicht beschafft werden können und daß sie andererseits gezwungen sind, auf ihrer Arbeitsstelle auszuharren*.[40]

Eine weitere Schwierigkeit für den Kreis war die *Erbringung von Reparationsleistungen*. Die Besatzungsmacht ging dabei unter anderem an den Abbau von Maschinen und Fertigungseinrichtungen. Im Calwer Gebiet war die Angst vor Demontagen intakt gebliebener Betriebe so groß, dass manche Handwerker und Unternehmer zur Selbsthilfe griffen. Sie schafften ihre Arbeitsmaschinen *bei Nacht und Nebel* in die amerikanische Zone, wo in geringerem Umfang demontiert wurde.[41]

Durch die Demontagen verstärkte sich die *Arbeitslosigkeit*, die seit der Zerstörung des Industriestandorts Pforzheim und dessen Zuordnung zur amerikanischen Zone ohnehin hoch war.[42] Als Maßnahme dagegen wurde bereits 1945 mit Notstandsarbeiten begonnen. Verteidigungsanlagen, die während des Krieges errichtet worden waren, wurden beseitigt, die betroffenen Flächen wieder landwirtschaftlich nutzbar gemacht und Steine gebrochen, was der Erneuerung des Wegenetzes dienen sollte. Darüber hinaus durfte jeder Arbeitswillige im Eyachtal Holz einschlagen, von dem ein Teil an die Forstämter Herrenalb und Wildbad zu gehen hatte.[43]

Zu allem Unbill versagte im Sommer 1947 infolge extremer Trockenheit die Wasserversorgung.[44] Das komplizierte und weitläufige Röhrennetz war seit den letzten Kriegstagen aus Mangel an Fachleuten und Gerätschaften nicht mehr gewartet worden.

Der Wiederaufbau des politischen Lebens

Im Rahmen der Potsdamer Konferenz vom August 1945 erklärten die *großen Drei* – USA, UdSSR und Großbritannien – ihre Absicht, das deutsche Volk darauf vorzubereiten, *sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem aufzubauen*.[45] Als ein Merkmal der Demokratie gilt die Existenz verschiedener politischer Parteien. Sie dienen der Regierungsbildung sowie der Bündelung und Vermittlung von Interessen.[46]

Noch vor Kriegsende, am 19. April 1945, erfolgte die Wiederbegründung der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD).[47] Zwei Monate später wurde die *Christlich-Demokratische Union* (CDU), die es in der Weimarer Republik noch nicht gegeben hatte, ins Leben gerufen. Im Juli entstand von neuem die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD). Die bayerische CSU und mehrere liberale Parteien kamen hinzu.

Diese Gründungen fanden allerdings außerhalb der französisch besetzten Zone statt, wo Parteien bis Jahresende verboten blieben. Die Artikulation deutscher Wünsche sollte möglichst lange unterbunden werden. Dennoch war klar, dass die Versorgung und Kontrolle der Bevölkerung ohne Beteiligung deutscher Stellen nicht funktionieren würde. Im Zusammenhang mit dem Kreis Calw wurde bereits auf die Bedeutung des Landrats hingewiesen. Eine sehr schwierige Position hatten die Bürgermeister inne.[48] Einerseits mussten sie Rücksicht nehmen auf die Interessen der eigenen Bevölkerung, andererseits auf die Forderungen von Militärgouverneur und Landrat eingehen. Die meisten von ihnen durften ihre Geschäfte zunächst weiterführen, bis in mehreren Phasen die politische Säuberung der Besatzungsmacht griff. Im November 1945 amtierten im Calwer Kreisgebiet noch neun Bürgermeister mit NS-Parteivergangenheit. Die neu geschaffenen Gremien wie Vertrauensrat oder Antifaschistisches Komitee hatten nur beratende Funktion.[49]

Mitte Dezember 1945 schließlich erlaubte General Pierre Koenig die Bildung politischer Parteien.[50] Neugründungen waren aber mit Auflagen verbunden. Sie mussten sich an einem von der französischen Seite favorisierten Links-Mitte-Rechts-Schema orientieren. Zudem hatte vor der Entstehung von Kreis- und Ortsvereinen die Zulassung als Landesverband zu erfolgen.

Noch bevor Koenigs Verordnung in Kraft getreten war, hatten in Württemberg-Hohenzollern politisch Interessierte Kontakt zueinander gesucht. Insbesondere SPD und KPD unternahmen früh Anstrengungen, sich im lokalen wie regionalen Bereich zu organisieren, was angesichts fortbestehender informeller Verbindungen nicht schwerfiel.[51] Am 30. November 1945 hielten die Kommunisten in Calw die erste politische Kundgebung im Land ab, was von der Militärregierung toleriert wurde.

Schwieriger gestaltete sich die Bildung einer Partei des rechten Flügels. Das Zentrum als politische Vertretung des Katholizismus war vollkommen zerschlagen. Nach dem Vorbild der anderen Besatzungszonen schlossen sich die Konservativen zu einer Partei auf christlicher

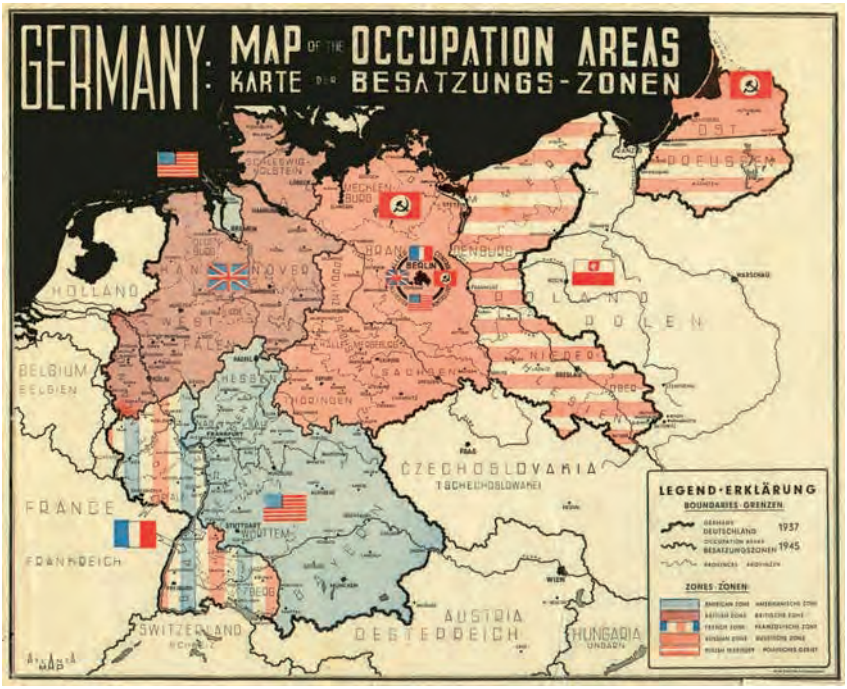
Grundlage namens CDU zusammen.[52] Trotz fehlender Organisation beantragte sie kurz nach der Gründung im Januar 1946 ihre Zulassung auf Landesebene.

Am 18. März wurden die drei Parteien von der Besatzungsmacht offiziell anerkannt. Dem Antrag der in Württemberg traditionsreichen liberalen DVP war zu diesem Zeitpunkt kein Erfolg beschieden.[53] Offenbar lief sie dem politischen Konzept der Franzosen zuwider. Erst im Juli erhielt auch sie die Genehmigung.

Nun konnten die Parteien an den Aufbau eines Netzes von Kreisverbänden und Ortsgruppen gehen. KPD und SPD hatten insgeheim schon vorher damit begonnen. Die CDU hielt sich an die Vorgaben der Militärregierung. Ihr erster Ortsverein entstand in Tübingen. Danach nahm sie rasch an Größe zu. Im Frühjahr 1947 gab es 264 Ortsgruppen, verteilt auf 17 Kreisverbände. Die SPD brachte es auf ebenfalls 17 Kreisverbände und 160 Ortsvereine.[54]

Im Kreis Calw zählte die SPD Ende April 1946 13 Ortsgruppen, die KPD 12. In der Stadt Calw gab es Mitte September je eine Ortsgruppe von SPD, KPD und CDU.[55] Auch im heutigen Stadtteil Stammheim wurde ein CDU-Ortsverband gegründet.[56] Vordergründig schien die Freiheit der politischen Betätigung also wiederhergestellt. Jedoch war die Kontrolle der Franzosen sehr stark. Jedes Gründungsmitglied wurde genau auf seine Vergangenheit durchleuchtet, und Versammlungen durften nur nach vorheriger Genehmigung abgehalten werden.

Das Interesse der Bevölkerung an den neuen Möglichkeiten des parteipolitischen Engagements hielt sich aufgrund der vergangenen Erfahrungen in Grenzen. Sie hatte nach wie vor mit Versorgungsengpässen zu kämpfen. Ansonsten richtete sich ihr Blick vor allem auf die nationale und internationale Ebene – war doch Deutschlands Schicksal noch ungewiss.



Deutschlandkarte mit Besatzungszonen, 1946.

Die ersten freien Wahlen

Im französisch besetzten Württemberg-Hohenzollern wurden die ersten freien Wahlen seit Beginn der Hitler-Diktatur auf Mitte September 1946 angesetzt – die Gemeindevertretungen sollten bestellt werden. Offizieller Wahlkampfbeginn war der 16. August. Lizenzzeitungen wie das Schwäbische Tagblatt oder die Schwarzwälder Post existierten zwar bereits wieder[57], aber es herrschte Papiermangel, was für die Parteien ein Hindernis darstellte. Mancherorts setzte der Wahlkampf deshalb verspätet ein.[58]

Auf dem Gebiet des Kreises Calw wurden 142 Wahlveranstaltungen abgehalten. Davon gingen 69 allein auf das Konto der KPD. Insgesamt verlief die Kampagne friedlich.

Die Besatzungsmacht hielt es für notwendig, den Menschen zu erklären, wie eine Wahl funktioniert, denn die letzte Wahl auf demokratischer Grundlage hatte im Jahr 1933 stattgefunden. Seitdem hatten viele vergessen, wie der Wahlvorgang im Einzelnen abläuft.[59]

Nachrichtenblatt

der Militär-Regierung für den Kreis Calw

Bekanntmachungen des Herrn Gouverneurs, des Landratsamts und sämtlicher Behörden des Kreises

CALW | Freitag, 30. August 1946 | Nr. 79

Wie wird gewählt?

A. Bei Mehrheitswahl:

Wenn in der Gemeinde nur ein Wahlvorschlag zugelassen ist, so gilt er als gewählt, wenn ihre Mitglieder eine Stimmenzahl von mindestens einem Viertel der Wahlberechtigten erhalten. Der Wähler kann in diesem Fall an Stelle eines oder mehrerer Bewerber die Namen einer oder mehrerer Personen seiner Wahl einsetzen. Wenn eine so eingefügte Person eine höhere Stimmenzahl als der am wenigsten begünstigte Kandidat der Liste erhält, so gilt sie als gewählt, wenn die Person so viel Stimmen erhält, als einem Viertel der Wahlberechtigten und mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen entspricht.

Ist in der Gemeinde kein Wahlvorschlag vorhanden, so kann jeder Wähler auf die im Wahllokal aufliegenden weißen Stimmzettel so viel Namen setzen, als Gemeinderatssitze zu vergeben sind. Diejenigen Personen, die eine Stimmenzahl von einem Viertel der Wahlberechtigten und mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten, können vom Landrat als gewählt erklärt werden, sofern Wählbarkeit vorhanden ist.

Sollten die vorgeschriebenen Stimmenzahlen nicht erreicht werden, so findet am 29. 9. 1946 ein zweiter Wahlgang statt, hier genügt dann zur Wahl die einfache Mehrheit.

Bei der Mehrheitswahl gibt es kein Kumulieren. Es darf jedem Bewerber nur eine Stimme gegeben werden.

B. Bei der Verhältniswahl:

Sind in der Gemeinde zwei oder mehrere Wahlvorschläge vorhanden, so findet die Wahl nach den vor 1933 geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Verhältniswahl statt.

Kumulieren:

Der Wähler kann auf einem Wahlvorschlag einen oder mehrere Bewerber streichen und den Namen seiner Wahl bis zu 3 Stimmen innerhalb der Gesamtstimmenzahl geben, entsprechend seinen Streichungen.

Panaschieren:

Der Wähler kann in seinen Stimmzettel Namen von Personen der andern zugelassenen Wahlvorschläge eintragen und auch hier kumulieren, eine entsprechende Anzahl von Bewerbern ist dafür zu streichen. Die zugelassene Gesamtstimmenzahl entsprechend der Zahl Gemeinderatssitze darf nicht überschritten werden.

Es dürfen nur solche Personen gewählt werden, die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen enthalten sind.

Zu den Wahlen werden amtlich hergestellte Stimmzettel verwendet, die in den Wahllokalen aufliegen. Andere Stimmzettel sind ungültig. Wenn die Stellen im Gemeinderat nach einem bestimmten Zahlenverhältnis mit Angehörigen der verschiedenen Orte des Gemeindebezirks zu besetzen sind, so darf die Stimmenzahl, die je auf die aus den Angehörigen der verschiedenen Orte zu wählenden Mitglieder fällt, nicht überschritten werden.

C. Bürgermeisterwahl:

Die Wahl des Bürgermeisters findet durch die wahlberechtigten Gemeindeeinwohner im gleichen Wahlgang im Rahmen der Mehrheitswahl statt. Gewählt können werden die bei der Gemeinde zugelassenen Bewerber; es bleibt aber jedem Wahlberechtigten überlassen, eine andere Person seiner Wahl einzusetzen. Diese Person muß in der Wählerliste der Gemeinde eingetragen sein, auch dürfen keine Wählbarkeitsausschließungsgründe vorliegen.

Gewählt ist, wer die Stimmen von mindestens einem Viertel der Wahlberechtigten und die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Werden diese Stimmen im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet am 29. 9. 1946 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit ausschlaggebend ist.

Die Bürgermeister werden ehrenamtlich auf 2 Jahre gewählt.

Politische Säuberung

Die politische Säuberung ist im Gang. Damit ist jedermann Gelegenheit gegeben, Anträge auf politische Ueberprüfung von politisch belasteten Personen einzureichen. Diese Anträge werden jedoch nur behandelt, wenn sie konkrete Angaben enthalten und namentlich unterschrieben sind. Einzureichen sind diese Anträge bei den Vorsitzenden der Kreisuntersuchungsausschüsse für freie Wirtschaft und öffentliche Verwaltung.

Vorsitzender des Kreisuntersuchungsausschusses für die freie Wirtschaft des Kreises Calw ist Herr Walter Steinbach, Fabrikant, Birkenfeld, Zeppelinstr. 20. Vorsitzender des Kreisuntersuchungsausschusses für die öffentliche Verwaltung des Kreises Calw ist Herr Franz Dagne, Gewerkschaftssekretär in Calw, Haus der Gewerkschaften.

Staatskommissar
für die politische Säuberung

Speiseöl-Ausgabe

1. Im Monat August 1946 erhalten statt Butter Speiseöl auf Abschnitt 17 / August-Lebensmittelkarte, Normalverbraucher über 10 Jahre je 100 g; TSV. in Getreide über 10 Jahre je 100 g und TSV. in Fleisch über 10 Jahre je 100 g.

Schwerarbeiter auf Abschnitt GV/Zulagekarte August je 50 g; Waldarbeiter auf Abschnitt GZ/Zulagekarte Aug. je 50 g und Schwerstarbeiter auf Abschnitt GZ/Zulagekarte August je 75 g.

2. Die Abgabe des Speiseöles darf nur bei Vorlage des Stammabschnittes der Lebensmittelkarte erfolgen. Die Abtrennung des Kartenabschnittes vom Stammabschnitt muß durch den Kleinverteiler erfolgen. Einzelabschnitte dürfen von den Kleinverteilern nicht angenommen werden.

3. Den Bürgermeisterämtern geht vom Kreisernährungsamt ein besonderer Erlaß noch zu. Das Oel wird von den Bürgermeisterämtern nach Eingang örtlich aufgerufen. Dieser Aufruf ist von den Bezugsberechtigten abzuwarten.

Calw, 27. August 1946.

Kreisernährungsamt.

Wahlinformation durch die französische Militärregierung.

Württemberg-Hohenzollern 1945–1952.

Die Wahlbeteiligung in der Stadt Calw war mit 85 Prozent etwas geringer als im Landesdurchschnitt. Allerdings traten keine *Freien Listen* an, wovon die CDU stark profitieren konnte. Auffallend ist, dass sowohl SPD als auch KPD mehr Stimmen erhielten als auf der Ebene Württemberg-Hohenzollerns. Die DVP nahm an der Wahl noch nicht teil.

Am Tag der ersten Gemeinderatswahl wurden zugleich die Bürgermeister neu bestimmt: 77 der von der Militärregierung eingesetzten oder bestätigten Gemeindeoberhäupter hatten sich aufstellen lassen, 70 wurden gewählt. In Calw gab es einen Wechsel. Oskar Blessing, der seit dem krankheitsbedingten Ausscheiden Otto Göhners am 30. Juni 1946 kommissarisch die Geschäfte geführt hatte, konnte 83,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Zwei Jahre später trat Blessing aus

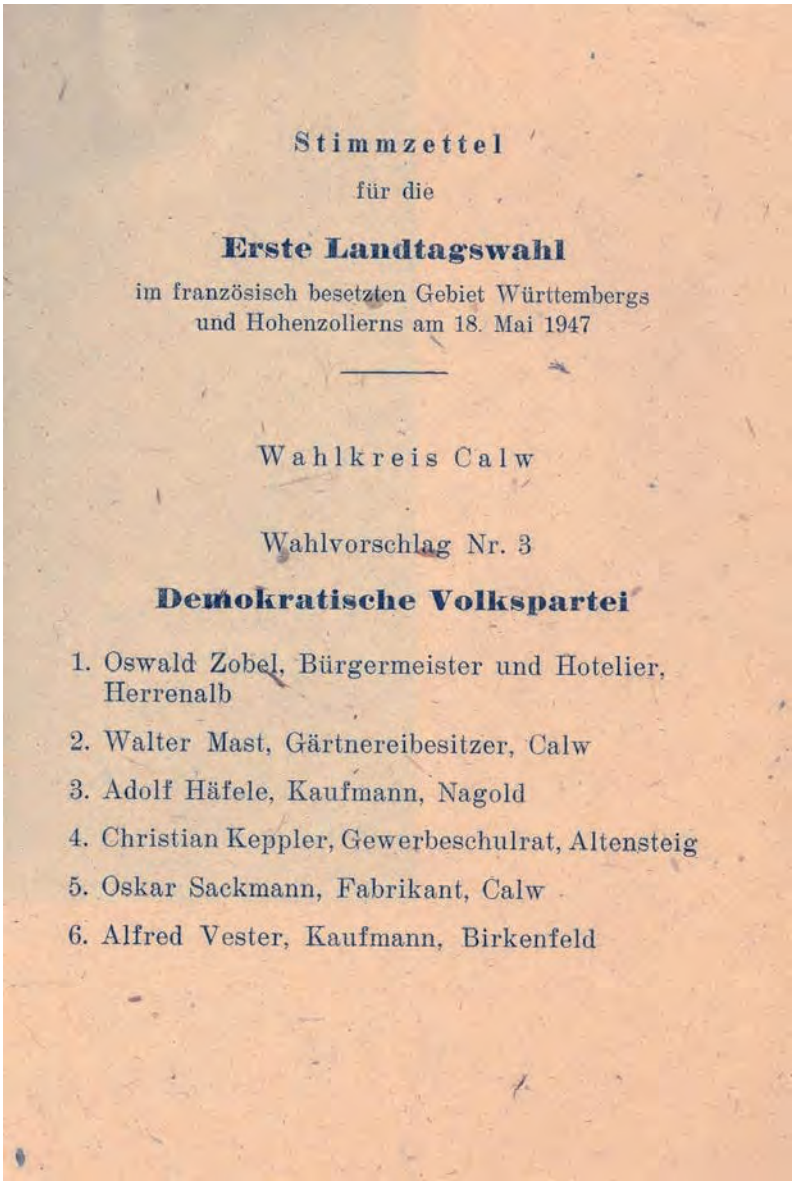
gesundheitlichen Gründen nicht wieder an. Nachfolger wurde Reinhold Seeber.
Am 13. Oktober 1946 standen Wahlen zur Kreisversammlung an:[60]

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern
Wahlbeteiligung in Prozent	69,0	60,0	69,0
Freie Listen	-	-	-
CDU	58,3	51,9	62,7
SPD	13,6	25,4	20,0
DVP	12,9	11,2	10,4
KPD	15,2	11,5	6,9

Im Vergleich zur Gemeinderatswahl sank die Beteiligung deutlich. SPD und CDU verloren Stimmen. Die KPD konnte ihr Ergebnis in etwa halten, während es der DVP in Calw auf Anhieb gelang, über den Landesdurchschnitt zu kommen.

Mit besonderer Spannung wurde die Wahl zum ersten Landtag von Württemberg-Hohenzollern am 18. Mai 1947 erwartet. Nun würde sich zeigen, wie zufrieden die Bevölkerung mit den neu gegründeten Parteien war. Besondere Bedeutung kam dem Termin auch deshalb zu, weil gleichzeitig ein Referendum durchgeführt wurde über die Annahme der Landesverfassung, die seit November 1946 von der Beratenden Landesversammlung erarbeitet worden war.

In Calw lag die Beteiligung etwas unter dem Landesdurchschnitt. Zudem machte sich ein spezifisches Wahlverhalten bemerkbar. Der Kreis Calw erwies sich, neben den Kreisen Tuttlingen, Tübingen und Reutlingen, als Bastion von SPD, DVP sowie KPD. Paul Sauer führt als Erklärung an, dass *diese Landkreise ... überwiegend evangelisch und zum Teil auch überdurchschnittlich stark industrialisiert* waren.[61] In den katholischen, agrarisch geprägten Gebieten Württemberg-Hohenzollerns wurde die CDU unangefochten stärkste Partei. Die Zustimmung zur Landesverfassung war dort ebenfalls größer.



Stimmzettel

für die

Erste Landtagswahl

im französisch besetzten Gebiet Württembergs
und Hohenzollerns am 18. Mai 1947

Wahlkreis Calw

Wahlvorschlag Nr. 3

Demokratische Volkspartei

1. Oswald Zobel, Bürgermeister und Hotelier, Herrenalb
2. Walter Mast, Gärtnereibesitzer, Calw
3. Adolf Häfele, Kaufmann, Nagold
4. Christian Keppler, Gewerbeschulrat, Altensteig
5. Oskar Sackmann, Fabrikant, Calw
6. Alfred Vester, Kaufmann, Birkenfeld

Stimmzettel der *Demokratischen Volkspartei*. StAC Sig. 753.

Calw 1946. Von links: Bürgermeister Blessing, Landrat Emil Wagner, Gouverneur Frénot, sein Adjutant und ein französischer Offizier.

Parallel zu den Wahlen entwickelte sich das Parteienwesen weiter.[62] Die DVP, durch ihre späte Zulassung organisatorisch noch immer beeinträchtigt, verfügte bis zum Jahresende 1948 im Kreis Calw lediglich über fünf Ortsgruppen mit insgesamt 152 Mitgliedern. Die Gründung eines CDU-Kreisverbandes erfolgte um 1948/49. *Zu jener Zeit startete man mit gerade 25 Mitgliedern*, beschreibt der heutige Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel die Anfänge.[63] Erster Vorsitzender wurde Oberingenieur Friedrich Frick aus Calw, der dieses Amt dreizehn Jahre lang innehatte. Zahlenmäßig am stärksten präsentierte sich die SPD: 535 Mitglieder waren in 21 Ortsgruppen organisiert. Die KPD zählte, entgegen dem landespolitischen Trend, 25 Ortsgruppen mit zusammen 266 Mitgliedern.

Die beiden Parteien des linken Spektrums engagierten sich auch anderweitig. Ernst Laich, damaliger Vorsitzender der KPD aus Calw, gründete im Oktober 1947 den *Verband der Opfer des Nationalsozialismus*. Im Jahr darauf entstand mit den *Falken*, Sozialistische Jugend Deutschlands, eine der SPD nahestehende Jugendgruppe.

Die Arbeit der Parteien und Verbände wurde von der Militärregierung genauestens überwacht. Besondere Aufmerksamkeit erregte die KPD aufgrund der Vielzahl abgehaltener Versammlungen und intensiver Propaganda in Form von Flugblättern und Plakaten. Sogar eine *Schule zur politischen Bildung aktiver Mitglieder* konnte sie aufweisen,

die sich in Hirsau befand und von Martin Heldmaier geführt wurde, dem Gebietsleiter der KPD für die Kreise Calw, Freudenstadt und Horb.[64] In dieser *Kaderschmiede* fanden nicht nur zweiwöchige Kurse für Aktivisten statt, sondern auch Konferenzen von Funktionären aus den Ländern der drei Westzonen. Die Haltung der Partei aktuellen Fragen gegenüber war in der Bevölkerung allerdings zunehmend umstritten, was zu schlechteren Wahlergebnissen und Mitgliederschwund führte.

An alle Wähler und Wählerinnen der Stadt Calw!

Die ersten freien, demokratischen Wahlen nach einer 12jährigen Schreckensherrschaft stehen vor uns. Ungeheuer schwer lastet das Erbe einer verbrecherischen Politik auf der gesamten Bevölkerung. Es bedarf der unermüdlichen Anstrengung aller aufbauwilligen Kräfte, um der Not des Alltags zu steuern und aus dem Elend herauszukommen. **Die Schaffung einer besseren Ernährungsgrundlage, die Beschaffung von Bekleidung, Hausrat und Wohnraum, die gerechte Verteilung der Verbrauchsgüter sowie der Lasten – das sind die dringendsten Aufgaben in Stadt und Land.**

Für die Verwirklichung dieser Forderungen setzen wir Kommunisten uns mit allen unseren Kräften ein.

Unermüdlich ist vor allem der Vorsitzende der Kommunistischen Partei des Kreises Calw, der Kreisinnungsmeister Hans Ballmann, im Interesse der breiten Massen der Schaffenden tätig.

10 Jahre musste er wegen seiner konsequenten antinationalsozialistischen Einstellung im Konzentrationslager verbringen.
Geistig ungebrochen kehrte er nach dem Zusammenbruch in die Heimat zurück. Vom ersten Tage an stellte er seine ganze Kraft in den Dienst der Bevölkerung der Stadt Calw. Ohne Berufsbeamter zu sein, hat er überall an der Spitze gestanden, wo es um das Wohl der Calwer Bevölkerung ging: **als Geschäftsführer des ehemaligen Kreisvertrauensrates, als Kreisinnungsmeister, als Vorsitzender seiner Partei, die immer und überall in der vordersten Front des Wiederaufbaues zu finden war.**

Weit über den Kreis der Parteianhängerschaft hinaus achtet und ehrt jeder Bürger der Stadt

Hans Ballmann, den ehrlichen und hilfsbereiten Menschen und Kämpfer für eine bessere und gerechtere Zukunft.

Wer wäre würdiger bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl als Kandidat für den Bürgermeisterposten der Stadt Calw aufgestellt zu werden?!

Wähler und Wählerinnen! Gebt Eure Stimme

Hans Ballmann

Die Kommunistische Partei
Ortsgruppe Calw

Wahlplakat der KPD, 1946. Stadtarchiv Calw. Nachlass 12, StAC.

Entnazifizierung

Vorrangiges Ziel der alliierten Siegermächte nach dem Krieg war es, *den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören*.[65] Es gelang ihnen letztendlich aber nicht, sich auf ein gemeinsames Konzept zu einigen.

Während die amerikanische Seite bereits 1942 mit Vorbereitungen hinsichtlich der geplanten politischen Säuberung begonnen hatte, setzten diese in Frankreich erst im Zuge der Invasion ein. Am 18. November 1944 entstand per Dekret die *Mission Militaire pour les Affaires Allemandes*. Als Anhaltspunkt für die Entnazifizierung dienten ihr die Richtlinien im *SHAEF-Handbook for Military Government in Germany* der Amerikaner.

Zu Beginn der Besatzung spielte die politische Säuberung in den drei Westzonen eine nachrangige Rolle. Zudem wurde von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich verfahren. Erkennbar war nur, dass die amerikanische Seite rigoroser vorging als die französische, die Wert darauf legte, dass deutsche Stellen beteiligt waren.

Im Kreis Calw berief Kommandant Boulanger aus Mitgliedern des Antifaschistischen Vertrauensrats der Stadt Calw einen Fünfer-Ausschuss, der mit der weiteren Durchführung der Entnazifizierung betraut wurde. Ihm gehörten an: Hans Ballmann, Otto Gaupp, Karl Rebmann, Erwin Weber, Kurt Weinhold und als Stellvertreter Hans Vogt.[66] Wie erwähnt, konnten die meisten Bürgermeister ihre Amtsgeschäfte zunächst fortführen, auch Otto Göhner in Calw.

Einen ersten Ansatz zur Vereinheitlichung der Maßnahmen in Württemberg-Hohenzollern bildeten die Richtlinien der französischen Militärregierung vom 19. Oktober 1945. Unter dem Druck vor allem der Amerikaner verordnete sie einen zweistufigen Apparat, mit dessen Hilfe die öffentliche Verwaltung gesäubert werden sollte. Auf Kreisebene waren Untersuchungsausschüsse (KRUA) zu errichten aus Vertretern von Gewerkschaften, Kirchen und Politik. Darüber hinaus hatte sich bei jeder Landesdirektion des Staatssekretariats eine *Säuberungskommission* anzusiedeln. Die von der Besatzungsmacht vorgegebenen Entlassungsgründe erwiesen sich allerdings als undurchführbar, weshalb sie nach einer Intervention Carlo Schmids wieder zurückgenommen wurden.

Anfang 1946 drängte das Militärgouvernement auf eine Beschleunigung der Entnazifizierung und dehnte den Kreis der Betroffenen auf Teile der freien Wirtschaft aus. Nach Zulassung der ersten politischen Parteien entstand eine Kommission aus Vertretern von CDU, KPD und

SPD, die oberste Instanz in allen Säuberungssachen sein sollte. Außerdem nahm sich das Staatssekretariat der Problematik an. Im April erfolgte die Berufung des SPD-Mitglieds und stellvertretenden Reutlinger Oberbürgermeisters Otto Künzel zum zuständigen Kommissar. Und am 28. Mai wurde mit der *Rechtsanordnung zur politischen Säuberung* ein Verwaltungsverfahren eingeführt, das im besetzten Deutschland so nirgends existierte. Im Unterschied zum Spruchkammersystem in der US-Zone arbeitete es weder mit Schuldvermutungen noch mit einer Kategorisierung der zu Überprüfenden. Eine Möglichkeit der Berufung war nicht vorgesehen.

Den Landkreis Calw betreffend, gab das Nachrichtenblatt der Militärregierung am 30. August 1946 bekannt, dass zur politischen Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft zwei Kreisuntersuchungsausschüsse eingerichtet worden waren.[67] Sie ließen sich im Haus Schüz am Calwer Marktplatz nieder. Auf ihre personelle Zusammensetzung hatte Landrat Emil Wagner Einfluss genommen. Unter der Leitung von Franz Dagne aus Calw (KRUA Verwaltung) und dem in Birkenfeld ansässigen Unternehmer Walter Steinbach (KRUA Freie Wirtschaft), die beide schon dem Kreisvertrauensrat angehört hatten, mussten die Mitglieder Fragebögen auswerten, Betroffene wie Zeugen anhören und das Ergebnis nach Tübingen weiterleiten.

Indes kam es zwischen Otto Künzel und einigen Landesdirektoren zu Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Personen als belastet zu gelten hatten. Gustav Kilpper von der CDU zum Beispiel, der für den Bereich der Wirtschaft verantwortlich war, meinte, dass nur diejenigen zu entlassen seien, denen verwerfliches Handeln vorgeworfen werden konnte. Künzel dagegen reichte die formale Zugehörigkeit zur NSDAP und ihren Gliederungen aus.

Ab Herbst 1946 begannen sich in Württemberg-Hohenzollern die Rahmenbedingungen für die politische Säuberung zu ändern. Die CDU, in der schon länger Forderungen nach einem gerichtsähnlichen Verfahren laut geworden waren, ging aus den ersten freien Wahlen auf Gemeinde- und Kreisebene als stärkste Kraft hervor. Entsprechend musste eine Umbesetzung der Direktorenposten zu ihren Gunsten stattfinden. Darüber hinaus gab die Militärregierung zu erkennen, dass in absehbarer Zeit eine Neuordnung der Entnazifizierung in der französischen Zone anstünde.

Die Unsicherheit, wie es weitergehen sollte, wirkte sich auf unterschiedliche Weise aus. Zum einen wurde die Rechtsgültigkeit getroffener Entscheidungen verzögert, das heißt, ihre Veröffentlichung im Amtsblatt ließ auf sich warten. Der Vorsitzende des KRUA für Ver-

waltung im Landkreis Calw monierte, dass aufgrund dieser Praxis *noch viele politisch Belastete in ihren Ämtern verblieben seien*.[68] Zum anderen stellten sich allmählich Ermüdungserscheinungen ein. In einigen KRUA für die freie Wirtschaft, so im Kreis Calw, blieben Mitglieder mit der Begründung fern, ihre Betriebe dürften nicht ohne Aufsicht bleiben.[69] Auch hatten die Ausschüsse es mit ganz praktischen Schwierigkeiten zu tun. Walter Steinbach vom KRUA für die freie Wirtschaft in Calw beschwerte sich in einem Schreiben an Staatskommissar Künzel über die herrschende Benzinknappheit. Er drohte damit, keine Sitzungen mehr einzuberufen, *solange dieser Übelstand nicht ... abgestellt wird*.[70] Und je mehr sich die Säuberungsmaßnahmen in die Länge zogen, umso größer wurde der Unmut in der Bevölkerung.

Vor dem Hintergrund der französischen Reparationspolitik gestaltete sich die politische Säuberung der Wirtschaft in Württemberg-Hohenzollern bis Mitte 1947 eher schleppend. Gründlicher betrieben wurde hingegen die Entnazifizierung der öffentlichen Verwaltung. Im Landesdurchschnitt enthoben die KRUA neun Prozent der Bediensteten vorübergehend ihres Amtes – fast das Dreifache im Vergleich zum Kreis Calw.[71]

Nach der ersten Landtagswahl am 18. Mai 1947 reichte Staatskommissar Künzel seinen Rücktritt ein. Nachfolger wurde der Justizbeamte Anton Traber. Im Frühsommer schließlich war der Sonderweg Württemberg-Hohenzollerns zu Ende. Die Militärregierung führte ein Spruchkammersystem ähnlich dem in der amerikanischen Zone ein. Alle bislang getroffenen Entscheidungen wurden einer erneuten Überprüfung unterzogen.

In Calw ereignete sich um diese Zeit ein Entnazifizierungsverfahren, das landesweit Aufsehen erregte. Landrat Emil Wagner, bei dem der Calwer Säuberungsausschuss eine Hinwendung zum Nationalsozialismus erkannt hatte, wurde Anfang 1948 von der Spruchkammer in Tübingen als nicht belastet eingestuft.[72] Dieser *Freispruch* löste auf Seiten von SPD und KPD einen Eklat aus. Am 26. Mai 1948 veröffentlichte Franz Dagne, der Vorsitzende des Calwer KRUA für öffentliche Verwaltung, in der kommunistischen Zeitung *Unsere Stimme* einen Artikel, in dem es heißt:[73]

Durch den in der Presse bekannt gewordenen Fall, daß der derzeitige Landrat und Fabrikant E. Wagner, Calw, vor einer Spruchkammer in Tübingen „ohne Maßnahmen“ beurteilt wurde, trotzdem vom KRUA festgestellt war, daß Wagner durch wesentliche Unterstützung des Nationalsozialismus in die Gruppe der Mitläufer einzustufen sei, und daß in einigen Fällen bei Wagner Fragebogenfälschung vor-

liegt, nach welcher der Staatskommissar für politische Säuberung Strafantrag zu stellen hätte und nun die Spruchkammer das Urteil „ohne Maßnahme“ gefällt hat, kommt die Kreisdelegierten-Konferenz zu der Auffassung, daß eine weitere Mitarbeit unserer Vertreter in den Spruchkammern und KRUA nicht mehr in Frage kommen kann. Durch diesen Fall Wagner wurde die konkrete Tatsache festgestellt, daß man in der Entnazifizierung beim Staatskommissar jene Absicht verfolgt, die Großen zu schonen und dafür die Kleinen zu verurteilen. Die KP ist der Auffassung, daß man umgekehrt verfahren muß. Bereits die Vorgeschichte im Fall Wagner hat gezeigt, daß man unter allen Umständen versuchte, mit Hilfe von Rechtsanwälten und guten Verbindungen zu den höchsten Regierungsstellen den KRUA zu umgehen. Mit großem Interesse verfolgte daher die Öffentlichkeit im Kreis Calw den Fall Wagner. Mit Genugtuung wurde die Haltung des KRUA begrüßt. Nach dem Bekanntwerden des Urteils durch die Säuberungskommission ist die Erbitterung der Bevölkerung umso größer geworden. Das Verständnis und das Vertrauen im KRUA hat durch diese Entscheidung des Säuberungskommissars in Tübingen eine Vertrauenskrise verursacht. Die Kreiskonferenz sieht darum nicht ein, daß unsere Vertreter weiterhin die Verantwortung in der Entnazifizierung mit tragen sollen und hält den Zeitpunkt für gekommen, im Kreis Calw die Mitarbeit in Entnazifizierungsfragen einzustellen.

Die Anhänger der KPD hofften, mit ihrem Austritt landesweit schärfere Überprüfungen erwirken zu können. Ihre Kritik prallte jedoch an der Regierung in Tübingen ab. Zwar forderte Staatskommissar Traber den zuständigen Vorsitzenden der Spruchkammer III, Amtsgerichtsrat Mayer, auf, Dagnes Artikel zurückzuweisen. Dieser antwortete jedoch, Traber möge davon absehen, *auf den Artikel in der kommunistischen Presse zu erwidern, da ich ihn für einen Wutausbruch des Herrn Dagne, der über die Ablehnung seiner Auffassung erbost ist, halte*.[74] Die Militärregierung hatte gegen den Ausstieg der KPD nichts einzuwenden. Sie war der Ansicht, die Entnazifizierung sei eine deutsche Angelegenheit, die sie lediglich dahingehend überwache, dass politisch belasteten Personen entsprechende Sühnemaßnahmen auferlegt würden.

Die politische Säuberung in Württemberg-Hohenzollern ging weiter. Bis April 1952 wurden 150 194 Personen auf ihre Haltung zum Nationalsozialismus überprüft. Davon entfielen nur wenige auf die Einstufungskategorie *hauptschuldig*. Der Großteil der Beschuldigten wurde als *Mitläufer* eingestuft.

Im Kreis Calw stellten die beiden KRUA am 31. März 1949 ihre Tätigkeit ein.[75] Sie hatten einige hundert Fälle behandelt. Dabei war es für die Mitglieder oft schwierig gewesen, wirkliche Schuld, entlastende Gefälligkeitsgutachten und falsche Anschuldigungen voneinander zu unterscheiden. Nicht geklärt werden konnte zum Beispiel der Fall der jüdischen Calwer Mitbürgerin Rosa Creutzberger. Sowohl die Umstände ihrer Deportation als auch ihr Todesort blieben damals im Dunkeln. Ein weiteres Beispiel für Entnazifizierung: Im August 1948 wurde eine Beschwerde zweier CDU-Mitglieder aus Calw an Staatskommissar Mayer – den Nachfolger Trabers – weitergeleitet. Sie kritisierten, dass sie trotz Entlastung durch die Spruchkammer nicht in die Wahllisten eingetragen worden seien, da die nötige Veröffentlichung im Amtsblatt noch ausstünde. Mayer antwortete: *(d)ie Beamten und Angestellten meiner Dienststelle arbeiten unter Einsatz ihrer letzten Kräfte. Es liegt daher nicht an uns, wenn die Wünsche der Betroffenen nicht so erfüllt werden können, wie deren Ungeduld es haben möchte.*

Sozialdemokratische Partei Südwürttemberg

Samstag, 7. September 1946, 19 Uhr, Lichtspieltheater Calw, Turnhalle (Brühl)

ÖFFENTL. VERSAMMLUNG

Es spricht: Landesdirektor Roßmann, Stuttgart über das Thema

Gemeindewahlen

Alle, die am demokratischen und sozialistischen Aufbau unseres Vaterlandes interessiert sind, werden zur Teilnahme aufgefordert und eingeladen

Ortsvorstand der SPD. Calw

Wahlplakat der SPD 1946. Nachlass 12, StAC.

Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen

Im Zuge der militärischen Niederlage Deutschlands sind rund 16 Millionen Menschen aus dem ehemaligen Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße-Linie sowie anderen deutschen Siedlungsräumen geflüchtet bzw. vertrieben worden.[76] Eine Volkszählung im Herbst 1946 ergab, dass der Großteil der bis dahin Angekommenen in der sowjetischen, britischen und amerikanischen Zone lebte.[77]

Die Militärregierung der französischen Zone weigerte sich zunächst, Flüchtlinge hereinzulassen, weil Frankreich an den auf der Potsdamer Konferenz gefassten Beschlüssen nicht beteiligt gewesen war. Dennoch gelang es zwischen Dezember 1944 und Oktober 1946 insgesamt 42 866 Flüchtlingen und Ausgewiesenen, nach Württemberg-Hohenzollern zu kommen – 1290 davon wurden im Landkreis Calw angesiedelt.[78] Deren Probleme konnten auf rein privater oder karitativer Basis bald nicht mehr gelöst werden.

Im Rahmen der ersten Landrätetagung am 3. November 1945 in Tübingen wurde Theodor Eschenburg zum *Flüchtlingsreferenten im Staatssekretariat – Inneres* bestellt.[79] Bis Mai 1946 hatte er die wichtigsten Vorbedingungen für die Aufnahme von Ausgewiesenen geschaffen. Unter anderem existierte ein Lagernetz für ihre Registrierung, medizinische Untersuchung und Verteilung. Allerdings versuchte die Besatzungsmacht, die Flüchtlingsproblematik zu verschleppen und ließ Eschenburg über Anzahl und Ankunftstermine lange im Unklaren. In der Folge standen die Lager weitgehend leer und wurden vom Militärgouvernement zum Teil beschlagnahmt.

Im Kreis Calw waren im Frühjahr 1946 drei Durchgangslager für Ausgewiesene eingerichtet worden. Bereits im Mai reklamierte die Militärregierung das Kreisdurchgangslager Wart für sich. Einen Monat später kam Wildberg hinzu, wo Kinder aus Frankreich untergebracht werden sollten. Das Badhotel Bad Teinach schließlich wurde zwei Monate lang für den Erholungsurlaub französischer Studenten beansprucht.[80]

Erst Ende des Jahres änderte sich die Aufnahmepolitik. Zwischen dem 16. Dezember 1946 und dem 6. April 1947 kamen 15 219 Dänemark-Flüchtlinge in die von Frankreich besetzte Zone, wobei es sich hier um Flüchtlinge aus Ostpreußen handelte, die vorübergehend in Dänemark gelandet waren.[81] Über die auf den Kreis Calw verteilten Personen schrieb Gouverneur Frénot an seinen Vorgesetzten auf Landesebene, Guillaume Widmer, sie seien *im allgemeinen korrekt, aber sehr zurückhaltend, ja beinahe mißtrauisch. Das rührt daher, daß sie*

noch sehr entwurzelt sind. Sie beklagen sich nicht über ihr Schicksal, die meisten sind energisch, harte Arbeiter und zeigen guten Willen. Sie scheinen fest entschlossen, sich so schnell wie möglich ein neues Leben aufzubauen, dort, wo das Schicksal sie hingestellt hat.[82] Die Haltung der Einheimischen bezeichnete Frénot im gleichen Brief ebenfalls als korrekt, obwohl *die Bevölkerung Gefallen daran findet festzustellen, daß diese Rassen aus dem Osten nicht die Qualitäten des schwäbischen Volkes besitzen*.

Eine zweite Phase der Aufnahme von Ausgewiesenen aus Dänemark schloss sich im Sommer 1947 an.[83] In den Calwer Raum kamen 738 Personen – die höchste Zahl in den 17 Kreisen Württemberg-Hohenzollerns. Von Oktober bis Dezember 1948 erreichte ein drittes Kontingent die französische Zone. Diesmal wurden dem Landkreis Calw 440 Menschen als Arbeitskräfte für Haushalte, Metallbetriebe und die Textilindustrie zugewiesen.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland im darauffolgenden Jahr begann die neue Regierung, Einfluss auf die Vertriebenenproblematik zu nehmen. Ein erster Ausgleich mit den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, wo der Anteil der Ausgewiesenen an der Gesamtbevölkerung am höchsten war, brachte im August 1949 5999 Umsiedler nach Württemberg-Hohenzollern.[84] Ein Jahr später folgten nochmals 17 100. Hierbei nahm der Kreis Calw insgesamt 1467 Personen auf.

Bis Ende 1951 kamen laut Innenminister Viktor Renner 203 065 Menschen in das kleine französisch besetzte Land.[85] Im Einzelnen handelte es sich um 143 963 Heimatvertriebene, 28 630 Evakuierte, 21 391 Ostzonenflüchtlinge sowie 9081 Ausländer.

Wie sich die Situation in Calw und seinen heutigen Stadtteilen Altburg, Hirsau, Holzbronn und Stammheim entwickelte, zeigen die beiden nachfolgenden Tabellen:[86]

Flüchtlingsstatistik des Landratsamts Calw/Umsiedlungsamt, Stand: 01.12.1949

	Calw	Altburg	Hirsau	Holzbronn	Stammheim
Einwohner am 17.5.1939	6160	1228	1178	355	1901
Ausgewiesene	364	72	110	31	42
Evakuierte	291	31	137	15	37
Ostzonenflüchtlinge	15	3	3	0	8
Zusammen	670	106	250	46	87
Prozent der Gesamtbevölkerung	10,5	8,5	20,0	13,0	4,5

Flüchtlingsstatistik, Stand: 01.01.1951

	Calw	Altburg	Hirsau	Holzbronn	Stammheim
Einwohner im Sept. 1950	7325	1332	1579	389	2032
Stammbevölkerung	6298	1204	1303	342	1891
Ausgewiesene	654	98	138	30	80
Evakuierte	275	27	126	16	33
Sowjetzonenflüchtlinge	98	3	12	1	28
Zusammen	1027	128	276	47	141
Prozent der Stammbevölkerung	16,0	10,5	21,0	13,5	7,0

Der ehemalige Calwer Landrat Günter Pfeiffer schätzt, dass sich im Kreisgebiet zusammengenommen mehr als 17 000 Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler niedergelassen haben.[87] Dadurch wurde die frühere konfessionelle wie stammesmäßige Geschlossenheit aufgebrochen.

Mit der Unterstützung von Bund, Land und auch kirchlichen Organisationen konnten neue Existenzen aufgebaut werden. Bis Dezember 1950 waren im Kreis Calw 242 Wohnungen für besagte Personengruppe errichtet worden, was einem Anteil von 40 Prozent des Gesamtwohnungsbaus entsprach.[88] Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die Stadt Calw. Auf dem Wimberg, wo sich seit Langem einige Gehöfte befanden und schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine kleine Siedlung entstanden war, wurden nun in großem Stil Häuser hochgezogen. Innerhalb von kurzer Zeit zählte das Wohngebiet rund 1000 Menschen. 1954 errichtete die Calwer Kirchengemeinde dann die Bergkirche, die ein Jahr später eine selbstständige Pfarrstelle erhielt.

Alsbald begannen die Ausgewiesenen, eigene Organisationen zu bilden. Sie gründeten Landsmannschaften, zum Beispiel der Russlanddeutschen oder Schlesier, die sich unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen zusammenfanden. Einen Grundpfeiler seiner Arbeit stellt bis heute die am 5. August 1950 in Stuttgart-Bad Cannstatt beschlossene *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* dar.[89] Der BdV-Landesverband Baden-Württemberg wurde im November 1952 aus seinen Vorgängerorganisationen in Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Baden ins Leben gerufen.

Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg, Stand 1950. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, 15E 9441.

Auch im Kreis Calw schlossen sich die Entwurzelten zusammen. Am 25. Juni 1949 fand eine Sitzung des Kreisvertrauensrates Calw der Heimatvertriebenen statt.[90] Beraten wurde über Probleme wie Sprengeleinteilung, Möbelbeschaffungsaktionen und den Umgang mit zu erwartenden weiteren Umsiedlern. Anfang September war in Calw Heimattag der Neubürger mit Kundgebung in der Stadthalle, an der als Repräsentant der Landesregierung Flüchtlingskommissar Schäfer teilnahm.[91] Neben solchen Veranstaltungen mit eher offiziellem Charakter gab es aber auch Unterhaltung in Gestalt von Heimatabenden.[92]

Als politische Interessenvertretung gründete am 8. Januar 1950 in Kiel Waldemar Kraft den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).[93] Zunächst blieb diese Partei auf Schleswig-Holstein beschränkt. Später trat sie auch bei Landtags- und Bundestagswahlen an. Im deutschen Südwesten wurde sie nach den Wahlen vom 9. März 1952 gemeinsam mit FDP/DVP und SPD sogar Regierungspartei.

Die Eingliederung der infolge des Krieges heimatlos Gewordenen nahm mehrere Jahre in Anspruch. Obwohl die Förderung von außen nicht ausreichte, erlittene Verletzungen zu heilen, gibt es durchaus gelungene Beispiele für Integration. Eines davon ist Josef Sandner aus dem Sudetenland. Er kam 1953 nach Calw und engagierte sich auf vielfältige Weise. So war er Stadtrat, BdV-Orts- und Kreisvorsitzender und in den 1950er-Jahren maßgeblich beteiligt am Zustandekommen der Partnerschaft mit der Gemeinde Latsch im Südtiroler Vinschgau.[94]

Das Ende der Besatzung

Das kleine Land Württemberg-Hohenzollern wurde von der französischen Militärregierung stark in Anspruch genommen.[95] Es musste Barzahlungen entrichten, den Energiebedarf der Besatzungstruppen decken, ihnen Gebäude und Wohnungen zur Verfügung stellen und für *Displaced Persons* aufkommen, um einige Posten zu benennen. Laut Gustav von Schmoller beliefen sich die zwischen dem 1. April 1945 und dem 1. April 1950 angefallenen Lasten auf eine Summe von 654 Mio. RM/DM. Hinzu kamen – wie die Alliierten auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 beschlossen hatten – Reparationsleistungen in Form von Demontagen, Maschinenentnahmen und Rohstofflieferungen. In den Wäldern erfolgte Kahlschlag im großen Stil. Der Kreis Calw wurde hiervon nicht ausgenommen.

Eine Besonderheit in der französischen Zone stellten Entnahmen aus der laufenden Produktion dar. Begehrt waren in diesem Zusammenhang vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Butter, Eier, Käse und Fleisch. Bis 1948 galt die Auflage, jeweils zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli 68 000 kg Geflügelfleisch für die Besatzungsmacht aufzubringen.[96]

Banknote 1948. Kreisarchiv Calw, S I/XV.

Es ist unschwer vorstellbar, dass solche Maßnahmen die Versorgung der deutschen Bevölkerung beeinträchtigten. Nochmals verschärft wurde die Situation durch Ernteausfälle aufgrund anhaltender

Dürre. Der Calwer Landrat Emil Wagner merkte in einem Bericht an den Kreisgouverneur vom 16. Januar 1948 an, d*aß der Gesundheitszustand der in meinen Ämtern tätigen Beamten und Angestellten immer stärker zu wünschen übrig läßt ... Gelegentliche Überstunden [können], da wo es nottut, nicht mehr durchgeführt und bei dem jetzigen Ernährungszustand von mir auch gar nicht mehr verlangt werden*.[97]

Zu Beginn der Besatzung war es in Württemberg-Hohenzollern unmöglich, den Maschinen- und Produktionsentnahmen Widerstand entgegenzusetzen. Doch als die französische Militärregierung Ende 1947 erneut umfangreiche Demontagen ankündigte, ließ der Protest sich nicht länger unterdrücken. Im Mai 1948 informierte in Calw Landrat Wagner den Gouverneur über die deutliche Verschlechterung der Stimmung in der Einwohnerschaft.

Gleichzeitig stellte der Landtag in Bebenhausen seine Arbeit vorübergehend ein.[98] Staatspräsident Lorenz Bock (CDU) war es nicht gelungen, eine Verkleinerung der Entnahmeliste zu erreichen, was die Abgeordneten auf Konfrontationskurs zur Besatzungsmacht gehen ließ – auch, um die Aufmerksamkeit in der amerikanischen und britischen Zone auf sich zu lenken, wo die deutschen Stellen bereits mehr Unabhängigkeit erlangt hatten.

Im Ergebnis gestand die Militärregierung dem Landtag zwar ein erweitertes Debattierrecht zu, doch hielt sie an ihrer Demontageliste nahezu unverändert fest. Daraufhin erklärte die Staatsregierung von Württemberg-Hohenzollern am 6. August 1948 geschlossen ihren Rücktritt. Zu einer endgültigen Regelung des Streitpunkts sollte es erst 1949 kommen.

Mit Sorge verfolgt wurden die sich abzeichnenden Differenzen zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten.[99] Sie hatten zur Folge, dass in den vier Zonen zum Teil gegensätzliche Strukturen entstanden. An eine Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands war unter diesen Umständen immer weniger zu denken.

Amerikaner und Briten bildeten zum 1. Januar 1947 ein *Vereinigtes Wirtschaftsgebiet*, die Bizone. Die französische Besatzungsmacht betrieb, wie erwähnt, ihre eigene Politik, bis sie zwei Jahre später dann doch beitrat. Am 20. und 21. Juni 1948 erfolgte in den drei Westzonen Deutschlands eine Währungsreform. Neues Zahlungsmittel wurde die D-Mark. In Calw und Umgebung waren die Menschen nach Angaben des Landrats deswegen *in völliger Aufregung*.[100] Die Umstellung selbst geschah ohne besondere Vorkommnisse.

Die Westmächte leiteten auf ihrem Gebiet die Gründung eines Staates ein.[101] Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder er-

hielten die Möglichkeit, eine Versammlung einzuberufen, die eine Verfassung erarbeiten sollte. Der sogenannte Parlamentarische Rat konstituierte sich Anfang September 1948. Am 23. Mai des darauffolgenden Jahres wurde das *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* verabschiedet. Diese Bezeichnung weist auf den provisorischen Charakter hin, den ihm die deutschen Politiker damals beimaßen. Die Beziehungen zwischen der neuen Bundesrepublik und den drei Westalliierten waren zuvor in einem Besatzungsstatut geregelt worden, wie es schon 1947 Carlo Schmid gefordert hatte.[102]

Im Hinblick auf die bevorstehende Weststaatsgründung nahm die französische Militärregierung in Württemberg-Hohenzollern Ende 1948 ihre Reparationsforderungen in Teilen zurück. Zum Beispiel mussten ab 1. Oktober keine Lebensmittel mehr geliefert werden. Die Ernährungslage besserte sich dadurch spürbar. Aufgehoben wurde die Zwangswirtschaft schließlich von der Bundesregierung.[103]

Die alltägliche Zusammenarbeit mit der französischen Besatzungsmacht war nach Einschätzung des Calwer Landrats Wagner zufriedenstellend verlaufen. Bei seiner Verabschiedungsfeier am 15. November 1949 dankte er unter großem Beifall den Gouverneuren Frénot und Blanc für deren menschliches Handeln. Colonel Blanc erwiderte, es sei für ihn nicht schwierig gewesen, human zu handeln, *da die Bevölkerung des Kreises und darüber hinaus von Südwestdeutschland dieser Gefühle voll und ganz würdig gewesen sei. Er habe nicht nur als Gouverneur, sondern auch als Freund gehandelt*.[104]

Im abschließenden Bericht des Kreisgouvernements bemerkt der Verfasser, die wirklich geleistete Arbeit könne darin gar nicht zum Ausdruck gebracht werden. Sie bleibe in diesem Landstrich prägend zurück – so, wie es in einer der ersten Besprechungen mit dem Landesgouverneur von Württemberg-Hohenzollern gefordert worden war.[105]

Die erste Bundestagswahl

Nach Wiedererlangung einer Teilsouveränität standen in der aus den drei Westzonen gebildeten Bundesrepublik am 14. August 1949 erstmals Parlamentswahlen an.

Im Landkreis Calw zeigten die Menschen daran nur geringes Interesse. Französische Beobachter führten dies zum einen auf die Art des Wahlkampfes zurück – viele Gemeinden wurden von keinem Kandidaten besucht. Zum anderen fiel der Wahltermin für die in der Landwirtschaft Tätigen auf einen ungünstigen Zeitpunkt. Um diese Bevölkerungsgruppe dennoch zu erreichen, ließ sich die DVP etwas Besonderes einfallen. Im Schwäbischen Tagblatt vom 6. August ist zu lesen: *Seit einigen Tagen bereist ein Lautsprecherwagen die Gemeinden unseres Kreises und wirbt im Rahmen des DVP-Wahlprogramms für die Bundestagswahlen am 14. August*.[106]

Nach Calw selbst kamen Landespolitiker verschiedener Parteien. Bereits am 15. Mai sprach Innenminister Viktor Renner auf einer Kreiskonferenz der SPD.[107] Anfang Juli machte Gebhard Müller, seit dem Vorjahr Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, der Stadt seine Aufwartung und besuchte eine Versammlung der CDU. Auch Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth nahm an einer Veranstaltung teil. Bei dieser Gelegenheit sagte der DVP-Ortsvereinsvorsitzende Oskar Sackmann: *(N)och habe Deutschland keinen Frieden, deshalb sei es besonders wichtig, daß mit viel Geduld und in zäher Arbeit der Boden gelegt werde zum weiteren Aufbau und Ausbau des gesamtwestdeutschen Staates*.

Verglichen mit der Bundesebene war die Beteiligung in Kreis und Stadt Calw eher niedrig. Auch sonst fallen dem aufmerksamen Betrachter einige Unterschiede ins Auge. CDU, FDP/DVP und KPD lagen zum Teil erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Weniger Anklang fand dagegen die SPD. Bemerkenswert ist, dass auf Bundesebene viele kleine Parteien antraten, während im Raum Calw eine Konzentration auf vier Parteien erfolgte.

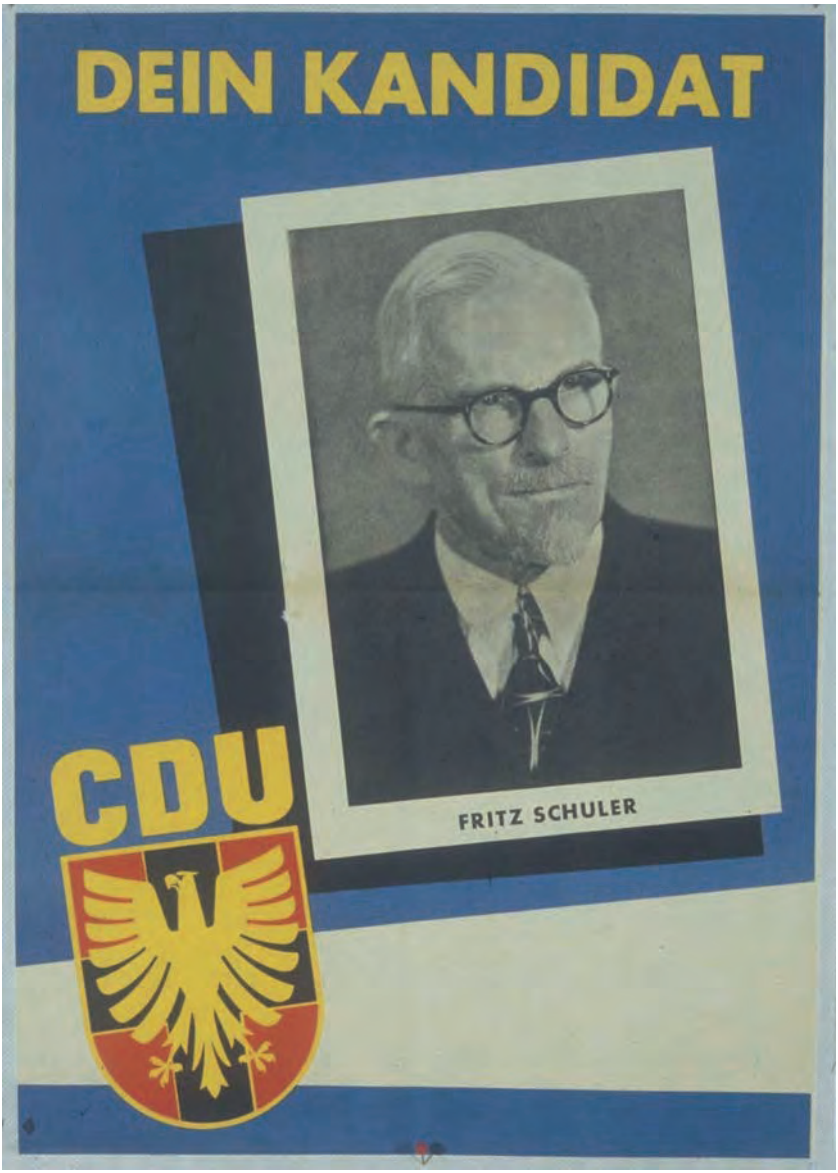
Als direkt gewählter Abgeordneter des Kreises zog Fritz Schuler (CDU) aus Calw in den Bundestag ein.[108] Er hatte bereits dem Landesparlament angehört. Erster Kanzler der jungen Bundesrepublik wurde Konrad Adenauer (1949–1963). Er bildete eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP. Eberhard Wildermuth aus Württemberg-Hohenzollern erhielt den Posten des Wohnungsbauministers (1949–1952).[109]

Stimmzettel

für die Wahl zum ersten Bundestag am 14. 8. 1949
im Wahlkreis II

Wahlvorschlag Nr.	Die Stimmabgabe für einen Bewerber, dem eine Parteibezeichnung beigefügt ist, gilt zugleich als Stimmabgabe für den Landesergänzungsvorschlag dieser Partei		Hier einen Wahlvorschlag ankreuzen ×
1.	**Schuler** Fritz Calw, Hindenburgstr. 9 Schuhmachermeister	**CDU**	○
2.	**Schmitt** Nikolaus Freudenstadt, Bahnhofsstr. 45 Gewerkschaftsleiter	**SPD**	○
3.	**Schieferer** Hermann Alpirsbach, Burghalde Fabrikant	**DVP**	○
4.	**Link** Georg Freudenstadt, Stöfflerstr. 1 Gipser	**KPD**	○

Stimmzettel. Erste Bundestagswahl 1949. Stadtarchiv Calw.



CDU-Wahlplakat, Bundestagswahl 1953. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Calw und die Gründung Baden-Württembergs

Schon früh unterstützten Politiker aus dem deutschen Südwesten die Idee einer Neugliederung ihrer Länder. Der Württemberger Theodor Heuss etwa, später erster Bundespräsident, äußerte Anfang 1919 dazu:[110] *Ich könnte mir auch gut vorstellen, daß Württemberg und Baden einen ganz anständigen Staat zusammengeben, das heißt nicht, daß wir von hier aus Baden annektieren sollten ... Aber vor der Territorialgeschichte dieser beiden Staaten brauchen wir wirklich keine Ehrfurcht zu haben*.

Konkret wurden diese Bestrebungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.[111] Am 1. Juli 1948 beauftragten die drei westlichen Militärgouverneure die westdeutschen Ministerpräsidenten, innerhalb von acht Wochen eine Territorialreform auszuarbeiten. Letztere setzten einen Ausschuss ein, der rasch feststellte, dass dafür lediglich die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern in Frage kamen. Sie sollten auf dem Weg der Verständigung vereinigt werden.

Die betroffenen Regierungschefs – Leo Wohleb (Baden), Reinhold Maier (Württemberg-Baden) sowie Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern) – hatten inzwischen zwar zu sondieren begonnen, aber es gelang ihnen nicht, ihre unterschiedlichen Vorstellungen zusammenzubringen. Nach Ablauf der Empfehlungsfrist, die sogar verlängert worden war, lag die Initiative wieder bei den Militärgouverneuren. Da sich deren Interessen ebenfalls als komplex erwiesen, bestimmten sie eine Vertagung der Angelegenheit bis nach Errichtung der BRD.

Der Parlamentarische Rat regelte Grenzveränderungen in Art. 29 GG. Als maßgebliche Vorbedingung für eine Durchführung galt hier das Vorhandensein eines Friedensvertrags. Südwestdeutsche Politiker waren der Ansicht, dass es noch andere Möglichkeiten geben müsste. In letzter Sekunde wurde ein Kompromiss gefunden – der Art. 118 GG: *Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiet kann abweichend von den Vorschriften des Art. 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muss*.[112]

Zunächst musste also in den drei Ländern gehandelt werden. Im Oktober 1949 einigten sich die dortigen CDU-Vorstände auf eine Linie, die von den Regierungen in Tübingen und Freiburg akzeptiert wurde. Reinhold Maier, liberaler Ministerpräsident von Württemberg-

Baden, stellte sich gegen diesen Konsens. Die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern des Südweststaats verhärteten sich zusehends. So sprach Leo Wohleb von der *rücksichtslose(n) Geschäftstüchtigkeit der Württemberger, die, um jedes geschäftlichen Vorteils willen, ihre heimatlichen Gefühle vergäßen und sich verkauften.*[113] Im Gegenzug bezeichnete Theodor Heuss die *Altbadener* als *Traditionskompagnie des Hauses Zähringen*.

Immerhin verabredeten Maier, Wohleb und Müller, in ihren Ländern eine *informatorische Volksbefragung* abzuhalten. Sie fand am 24. September 1950 statt. Das Ergebnis war allerdings ernüchternd. Nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten hatte abgestimmt. Und die Zahl der Anhänger der alten Länder übertraf die des Südweststaats um rund ein Prozent. Der Ausgang im Kreis Calw entsprach in etwa dem gesamtwürttembergischen Durchschnitt.

Nachdem die Bemühungen auf Länderebene damit gescheitert waren, hatten sich Bundestag und Bundesrat mit der Thematik zu befassen. Im Frühjahr 1951 verabschiedete das Parlament zwei Neugliederungsgesetze. Der badische Antrag auf Anruf des Vermittlungsausschusses wurde von der Länderkammer abgelehnt. Baden legte daraufhin Verfassungsklage ein. Weil noch kein Verfassungsgericht existierte, mussten in aller Eile die Richter gewählt werden. Am 23. Oktober 1951 erging schließlich das Urteil. Das Gesetz über die Auflösung der Landtage wurde für nichtig erklärt, das Verfahrensgesetz im wesentlichen bestätigt. Der Bundestag nahm letzte Nachbesserungen vor und beraumte als Termin für die Volksabstimmung den 9. Dezember 1951 an.

In Württemberg-Hohenzollern warb die Politik um Zustimmung für die Neugliederung, so auch in Calw und Umgebung. Innenminister Viktor Renner sagte in Hirsau vor den Bürgermeistern des Kreises: *Verstand und Gefühl sprechen für den Südweststaat.*[114] In der Calwer Zeitung vom 7. Dezember erschien ein Aufruf aller wichtigen Parteien an die Bevölkerung: *Keines Bürgers Stimme darf fehlen, wenn am Sonntag Baden, Württemberg und Hohenzollern ein einig Volk von Brüdern werden sollen*. Einen Tag später erklärte sich das bischöfliche Ordinariat der Diözese Rottenburg in der Abstimmungsfrage für neutral, um den Katholiken die Wahlfreiheit zu sichern – ein Indiz dafür, dass die Kirche auf deren Wahlverhalten bislang großen Einfluss ausgeübt hatte.

Plakat zum Volksentscheid am 9. Dezember 1951.

Auffallend ist, dass die Wahlbeteiligung in der Stadt Calw unter dem Landesdurchschnitt blieb und erst recht unter dem der vier Abstimmungsbezirke. Wahrscheinlich verweigerten viele Menschen den Urnengang in der Annahme, das Ergebnis würde ohnehin klar ausfallen – was es auch tat.

Am 9. März 1952 wurde im Südwesten erneut gewählt, diesmal die Verfassunggebende Versammlung. Deutlich zeigt sich beim Vergleich der Stimmenanteile das schlechte Abschneiden der CDU in Calw. Klar vorn lag die FDP/DVP. Der Kandidat dieser Partei, Rechtsanwalt Ludwig Barth, stammte aus der Stadt und war sehr angesehen.[115]

Am 25. April 1952 wurde Reinhold Maier von FDP/DVP, SPD und BHE zum Regierungschef von Baden-Württemberg gewählt, obwohl die CDU als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen war. Damit bewahrheitete sich, was Teile der Partei während der Auseinandersetzungen im Bundestag befürchtet hatten, nämlich eine Zunahme des liberalen, sozialdemokratischen und protestantischen Einflusses auf Kosten der Union.[116] Maier konnte sich jedoch nicht lange an der Spitze halten. Im Herbst 1953 wurde Gebhard Müller Ministerpräsident und bildete eine Allparteien-Koalition.

Etwa gleichzeitig trat die Verfassung von Baden-Württemberg in Kraft. Die Badenfrage verschwand dennoch nicht von der Tagesordnung. Der Heimatbund Badenerland erwirkte vor dem Bundesverfassungsgericht für das Gebiet des alten Baden einen zweiten Volksentscheid. Erst 1970 durchgeführt, ergab er eine große Mehrheit für Baden-Württemberg. Die in Calw und in ganz Württemberg herrschende Akzeptanz griff letztendlich doch auf Baden über.

Politisches Leben in Calw seit 1952

Wahlen und Wählerverhalten

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete für das politische Leben im Land wie auch in Calw einen tiefen Einschnitt. Nach der Gründung Baden-Württembergs bewegte es sich aber in zunehmend ruhigeren Bahnen.

Das föderative System Deutschlands besteht aus Bund, Ländern und Gemeinden. Auf allen drei Ebenen wählt die stimmberechtigte Bevölkerung in regelmäßigen Abständen Vertreter, die politisch relevante Entscheidungen treffen. Im Zuge der europäischen Integration kam eine vierte Ebene hinzu – seit 1979 gibt es Wahlen zum Europa-Parlament.

In den folgenden Abschnitten wird untersucht, wie die Calwer Bürger jeweils wählten. Wichtige Fragen hierbei sind: Wie intensiv beteiligten sie sich über den gesamten Zeitraum hinweg? Ist eine Hinneigung zu einer bestimmten Partei zu beobachten? Veränderte sich die Präferenz? Wird, je nach Ebene, unterschiedlich gewählt?

Kommunalwahlen

Die Verfassung der BRD garantiert den Kommunen das Recht auf Selbstverwaltung. In Art. 28 (2) GG heißt es: *Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln ... .*[117]

Das Fundament für die Ausübung der Selbstverwaltung in Baden-Württemberg bildet die Süddeutsche Ratsverfassung.[118] In diesem Modell kommt dem Bürgermeister eine starke Stellung zu. Er ist gleichzeitig Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Verwaltung. Legitimiert wird er durch Wahlen, die in der Regel alle acht Jahre stattfinden.

Calw hatte seit 1952 fünf Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister.[119] Am längsten amtierte der 1936 in Calw geborene und in Bad Teinach aufgewachsene Karl-Heinz Lehmann, der Nachfolger Reinhold Seebers. Am 28. November 1965 setzte er sich gleich im ersten Wahlgang gegen zwei Mitbewerber durch und erhielt 64,1 Prozent der

gültigen Stimmen. 1975 und 1983 wurde er wiedergewählt, allerdings beide Male bei einer Beteiligung unter 50 Prozent. Anfang der 1990er-Jahre kandidierte er nicht mehr. Zum Abschied wurde er Ehrenbürger von Calw, und Ministerpräsident Erwin Teufel überreichte ihm die Staufer-Medaille in Gold.[120] In Lehmanns Amtszeit fiel die Erhebung Calws zur Großen Kreisstadt im Jahr 1976. Seitdem konnte er sich Oberbürgermeister nennen.

Nach ihm führte ab 1991 Herbert Karl die Geschäfte, schied jedoch 1998 krankheitsbedingt aus. Für seinen Nachfolger Werner Spec war die Hesse-Stadt eine Durchgangsstation. Bereits 2004 wechselte er nach Ludwigsburg, und Manfred Dunst wurde neuer Oberbürgermeister.

Auch der Gemeinderat wird direkt gewählt. Dabei verfügt der berechtigte Bürger in Baden-Württemberg über so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind.[121] Auf einzelne Kandidaten kann er bis zu drei Stimmen anhäufen (kumulieren). Zudem hat er die Möglichkeit, seine Stimmen auf unterschiedliche Listen von Parteien oder Gruppierungen zu verteilen und sich auf diese Weise Personen auszusuchen, die er im Rat sehen möchte (panaschieren).

Im Vorfeld der Wahl veröffentlichen die antretenden Gruppierungen ihre Listen und Programme. 1979 etwa warb die CDU mit dem Slogan: *Bewährt, beständig, bürgernah*.[122] 20 Jahre später forderte die SPD: *Zukunft für Calw. Gemeinsam gestalten*.[123] Zu erwähnen ist, dass Wahlprogramme in der Kommunalpolitik eine geringere Bedeutung haben als in der Politik allgemein. Nach dem Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling existieren sie hier im Wesentlichen *nur als Darstellung und Rechtfertigung der bislang geleisteten Arbeit, mit Verlängerung in die bevorstehende Wahlperiode hinein*.[124]

Eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielt die lokale Presse. Sie macht die Wahlprogramme bekannt und bietet den Kandidaten ein Forum zur Öffentlichkeit hin. 1994 erschienen in den Calwer *Kreisnachrichten* die Agenden von CDU, SPD, FDP, Grünen und Freien Wählern (FWV).[125] In einer Redaktionsrunde hatten die Kandidaten zudem Gelegenheit, sich zu den Themen Gewerbegebiet, Schulen, Verkehr usw. zu äußern.[126]

Des Weiteren erfolgt eine gezielte Ansprache bestimmter Wählergruppen. 1994 waren das vor allem Frauen. Es wurde festgestellt, dass sie bei Wahlen und in den Gemeinderäten unterrepräsentiert sind. Bei den Räten im Kreis Calw lag der Frauenanteil damals bei 4,4 Prozent.[127] In der Stadt Calw sah es mit 16,7 Prozent etwas besser aus.[128]

Die Frauenbeauftragte des Kreises, Sylvia Stöffler, wollte mit einer Öffentlichkeitskampagne ihre Geschlechtsgenossinnen dazu bewegen, sich am kommunalpolitischen Urnengang zu beteiligen oder gar selbst zu kandidieren. Zu diesem Zweck brachte sie gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesfrauenrat ein Faltblatt sowie ein Plakat unter dem Motto *Frauen-Macht-Politik* heraus.[129] Und sie lud Parteienvertreterinnen ins Landratsamt ein, um *ein frauenpolitisches Zeichen* zu setzen.[130] Mehr Einfluss von Frauen in den Kommunalparlamenten könne dazu beitragen, eine familien- und kinderfreundlichere Umwelt zu schaffen, so Stöffler.

Auch an die Jugend wandten sich die Kandidaten. So fand zu Beginn des Monats Juni 1994 im Calwer Jugendhaus eine Diskussionsveranstaltung statt zum Thema *Politik für Kinder und Jugendliche*.[131]

Das kommunalpolitische Parteiensystem Calws ähnelt auf den ersten Blick demjenigen auf Landes- und Bundesebene. Es traten bzw. treten dieselben Parteien zur Wahl an. Auch Veränderungen machten sich rasch bemerkbar. 1980 ließen sich die neu gegründeten Grünen erstmals aufstellen und errangen auf Anhieb einen Sitz im Gemeinderat.[132] In Konkurrenz zu den etablierten Parteien entstanden, wie überall im Land, freie Wählergruppen.[133] Darunter sind Gruppierungen zu verstehen, die sich ausschließlich in Gemeinderat und Kreistag um Sitze bewerben. Als *Rathausparteien* geht es ihnen nicht um Parteipolitik, sondern in erster Linie um die beste Lösung von Sachfragen. Das zuvor angesprochene Wahlsystem begünstigt ihre Existenz.

Bereits nach der Kommunalwahl von 1948 war die *Freie Wählervereinigung* (FWV) mit einem Sitz im Calwer Gemeinderat vertreten.[134] Darüber hinaus sind die *Soziale Gemeinschaft* und die *Unabhängige Bürgerliste* zu nennen. Bis zu den Eingemeindungen im Jahr 1975 erhielten CDU und SPD die meisten Stimmen. Danach entwickelten sich ganz allmählich die *Freien Wähler* zur stärksten Kraft. 2004 entfiel auf sie ein Stimmenanteil von 42,9 Prozent.

Bei Betrachtung der Wahlbeteiligung fällt auf, dass sie sich im Zeitraum von 1953 bis 1975 konstant zwischen 60 und 66 Prozent bewegte. Danach fiel sie kontinuierlich ab – von einem Zwischenhoch 1994 abgesehen, als gleichzeitig das Europäische Parlament gewählt wurde. Bei der letzten Kommunalwahl vor der Jahrtausendwende nahmen lediglich noch 46,2 Prozent der Calwer Bürger ihr Stimmrecht wahr.

Obwohl der Gemeinderat als Vertretung der Bürger gilt, stellt er in seiner Zusammensetzung fast nirgends ein Spiegelbild der Bevölkerungsstruktur dar. Hans-Georg Wehling konstatiert: *Die Räte sind*

deutlich älter, weisen einen deutlich höheren Männeranteil auf und verfügen meist über fundiertere Ausbildungen. Bürger mit Besitz an Grund und Boden, mit längerer Wohndauer in der Gemeinde und öffentlich Bedienstete sind weitaus stärker vertreten.[135] Ausländer aus Nicht-EU-Staaten fallen völlig heraus.

Diese Feststellung trifft auf Calw durchaus zu. Zwischen 1952 und 1999 wurden überdurchschnittlich viele Beamte, Handwerksmeister und Unternehmer in den Gemeinderat gewählt.[136] Manche arbeiteten lange Jahre in dem Gremium mit. Genannt seien Zahntechniker Josef Sandner, Fabrikdirektor Rolf Sannwald und die Hausfrau Berta Soulier. Für Hans Bay, von Beruf Heilpraktiker, erwies sich die Kommunalpolitik als Sprungbrett hin zu höheren Aufgaben. Von 1969 bis 1972 war er SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Calw.

Im Zuge der Gemeindegebietsreform stieg die Zahl der Calwer Ratsmitglieder an. Gab es 1971 zwanzig Stadträte, so saßen vier Jahre später 32 Personen in der Bürgervertretung. Daneben ist aber auch noch eine gewisse Eigenständigkeit der Stadtteile gewährleistet. Dort existieren Ortschaftsräte, an deren Spitze ein Ortsvorsteher steht. Nach § 16 (2) der Calwer Hauptsatzung vom 23. Juli 1999 wird in Altburg, Hirsau und Stammheim *jeweils eine städtische Beamtin oder ein städtischer Beamter vom Gemeinderat im Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat für die Dauer der Amtszeit der Ortschaftsräte zur Ortsvorsteherin oder zum Ortsvorsteher ohne Stimmrecht im Ortschaftsrat bestellt.*[137]

Landtagswahlen

Seit der Wiedervereinigung 1990 gibt es unter dem Dach des Bundes 16 Gliedstaaten, die ein Parlament und eine Regierung aufweisen.[138] Die staatlichen Aufgaben sind aufgeteilt zwischen Bund und Ländern. Zu den allein der Landespolitik vorbehaltenen Zuständigkeitsbereichen gehören zum Beispiel das Schulwesen oder die regionale Wirtschaftsförderung.[139] In Gebieten wie dem Umweltschutz dagegen können die Länder nur in einem vom Bund vorgegebenen Rahmen tätig werden.

Bundespolitisch bedeutsam ist, dass die Teilstaaten über den Bundesrat in Berlin mitbestimmen. Wenn in der Ländervertretung eine andere Mehrheit herrscht als im Bundestag, führt dies möglicherweise zu einer Blockierung von zustimmungspflichtigen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung.

Wahlplakat der SPD, 1969.

Einfluss auf die Gestaltung der Landesgesetzgebung und das Kräfteverhältnis im Bundesrat haben die Ergebnisse der Landtagswahlen in den einzelnen Ländern. Jeweils im Abstand von vier bis fünf Jahren werden die Parlamente neu gewählt.[140] In Baden-Württemberg ist jeder deutsche Bürger wahlberechtigt, der die Volljährigkeit erreicht hat und seit mindestens drei Monaten ortsansässig ist.[141] Der Wähler hat eine Stimme, die er für einen Kandidaten in seinem Wahlkreis abgibt. Insgesamt sind 120 Abgeordnetensitze zu vergeben.[142] Zunächst kommen die Bewerber zum Zug, die einen Wahlkreis mit einfacher Mehrheit gewonnen haben. Die restlichen Mandate gehen an diejenigen Kandidaten, die zwar nicht direkt gewählt wurden, aber landesweit in Relation zu den übrigen Wahlkreisbewerbern der eigenen Partei die meisten Stimmen erhalten haben. Berücksichtigt werden lediglich Parteien, die es schaffen, auf Landesebene die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Zur Information im Hinblick auf ihre Stimmabgabe dient den Bürgern der Wahlkampf. Kreis und Stadt Calw wurden dabei des Öfteren von prominenten Politikern aller Parteien besucht. Hans Bay von der SPD schildert, wie Wahlveranstaltungen zu seiner aktiven Zeit abliefen: *Zumindest bei uns im Nordschwarzwald gehörte es zur politischen Kultur der Fünfziger- und ersten Sechzigerjahre, daß man die öffentlichen Veranstaltungen des politischen Gegners aufsuchte und sich mit seiner abweichenden Meinung zu Wort meldete. Da wurde wacker gestritten und diskutiert, und ich erinnere mich gut an manche erbitterte Kontroverse zwischen CDU und SPD vor allem in Calw und Nagold. Ich erinnere mich aber auch gerne daran, daß diese Auseinandersetzungen so fair wie möglich geführt wurden und die politische Gegnerschaft nicht zur persönlichen Feindschaft führte*.[143]

Die Beteiligung der Calwer Bevölkerung an den Landtagswahlen lag im Zeitraum von 1956 bis 2006 zwischen 53 und 75 Prozent.[144] Damit bewegte sie sich, von zwei Ausnahmen abgesehen, mehr oder weniger unter dem Landesdurchschnitt. Auffallend ist die geringe Teilnahme zu Beginn der 1960er-Jahre und das wiederholte Nachlassen des Wählerinteresses seit 1992.

In der Anfangsphase baden-württembergischer Politik bildete der *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE) als Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen einen konstanten Faktor. Sein Ergebnis in Calw entsprach demjenigen auf Landesebene. Der CDU gelangen in der Stadt lange keine guten Resultate. 1956 kam sie nur auf 24,2 Prozent. Fast gleich stark waren SPD und FDP/DVP. Für Letztere kandidierte, wie schon 1952, der angesehene Calwer Rechtsanwalt und Stadtrat Ludwig Barth. Einen überraschend hohen Stimmenanteil hatte

die *Gesamtdeutsche Volkspartei* (GVP) zu verzeichnen, bei der es sich um eine Parteigründung des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann handelte, der die CDU verlassen hatte. Auch Hans Bay gehörte ihr an. Er meint: *Ausgerechnet im „konservativen" Nordschwarzwald erzielte die GVP ... landesweit ihre besten Ergebnisse. Doch aufs Ganze gesehen war die 5-Prozent-Hürde nicht zu nehmen, ...*[145] So fand er sich im Jahr darauf bei der SPD wieder.

1960 wurde die FDP/DVP mit 33,9 Prozent stärkste Partei in Calw, was laut örtlicher Presse eine Überraschung war.[146] 1964 und 1968 bekam die SPD die meisten Stimmen. Erst ab 1972 entwickelte sich die CDU zur unangefochtenen Nummer Eins. Während der Amtszeit von Ministerpräsident Hans Filbinger erreichte sie sogar Werte jenseits der 50-Prozent-Marke.[147]

Das heißt jedoch nicht, dass das Parteiensystem sich nicht mehr veränderte. 1968 erhielt die rechtsgerichtete NPD unerwartet viele Stimmen. Damals fand auf Bundesebene so gut wie keine Opposition statt. Es regierte eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD, die rund 90 Prozent der Wähler hinter sich wusste. Um sie zu integrieren, bedurfte es mancherlei Kompromisse, was Teile der Anhänger verdross.[148] Die Volksparteien liefen Gefahr, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit gegenüber kleineren Konkurrenten zu verlieren. Insofern ist der Erfolg der Nationaldemokraten als Ausdruck des Protests eher rechtsorientierter CDU-Wähler zu sehen.

Davon, dass Menschen, die bislang die SPD favorisiert hatten, sich ebenfalls zunehmend frustriert fühlten, weiß Hans Bay zu berichten: *Wohl zur schwersten Aufgabe, die ich als langjähriger Kreisvorsitzender der SPD zusammen mit anderen Mitgliedern aus der mittleren und älteren Generation zu lösen hatte, wurde es, den vielen jungen Menschen, die in den Jahren ab 1968 mit revolutionären Gedanken und oft recht rebellenhaftem Auftreten auch im Kreis Calw in die Partei strömten, gerecht zu werden*.[149]

Manche Unzufriedene der Linken wandten sich kommunistischen Gruppierungen wie der DKP zu, die letztendlich aber bedeutungslos blieben. Am Ende der 1970er-Jahre entstand mit den Grünen dann eine Partei, die es schaffte, sich zu etablieren. In Calw erreichten die Grünen 1980 gleich 6,5 Prozent der Stimmen. Bei den darauffolgenden Wahlen konnten sie dieses Ergebnis ausbauen. 2001 ging es allerdings zurück, was auf den schlechten Start der rot-grünen Bundesregierung zurückgeführt wurde.

Die Landtagswahl 1992 kam einem politischen Erdrutsch gleich. Nach 20 Jahren absoluter Mehrheit erlitt die CDU ein Debakel und

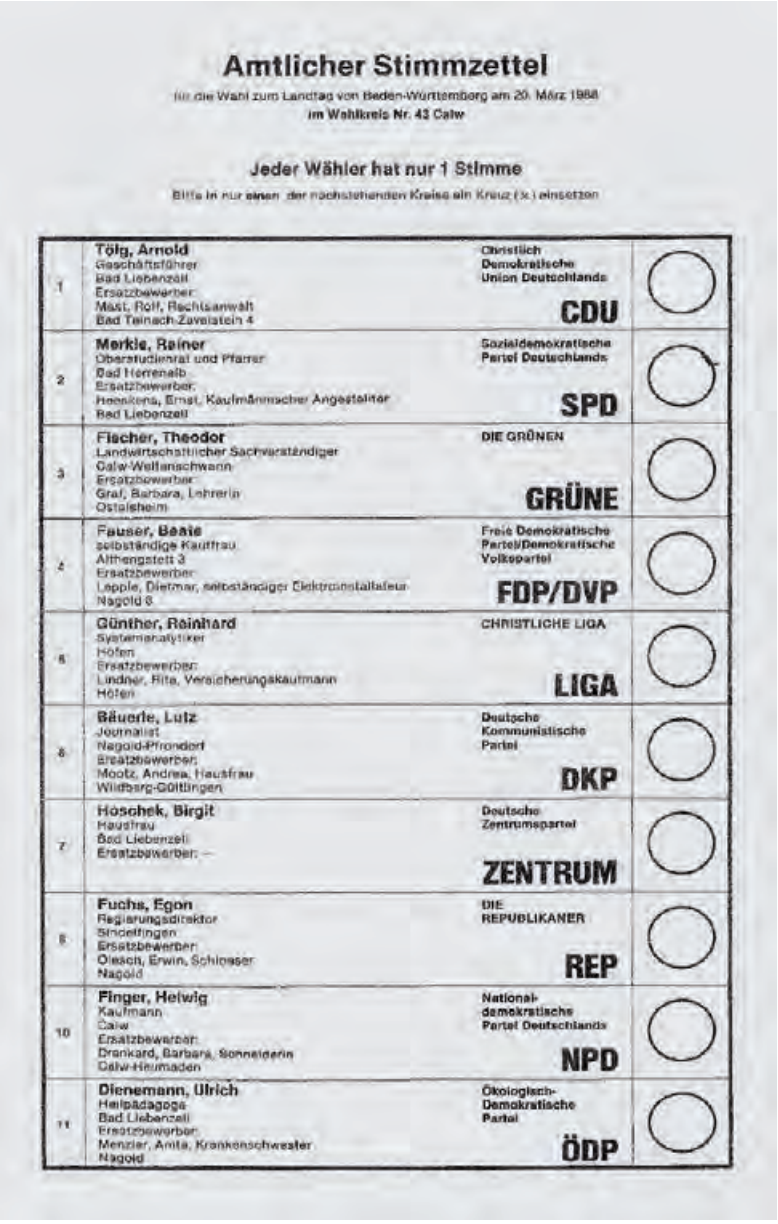
sank unter die 40-Prozent-Marke. Auch die SPD gehörte zu den Wahlverlierern und blieb unter 30 Prozent. In Calw verlor die CDU 12,1 Prozent und die SPD 4,9 Prozent an Stimmen. FDP und Grüne konnten nur unwesentlich von den Verlusten der beiden großen Parteien profitieren. Gewinner waren die *Republikaner* mit ihrem Kandidaten Lothar König aus Dobel.[150] Mit 15,2 Prozent erzielten sie ein Ergebnis weit über dem Landesdurchschnitt (10,9 Prozent).

Die Bestürzung bei den etablierten Parteien war groß. Als Gründe für diesen Wahlausgang sahen Analysten die zunehmende Parteien- und Politikverdrossenheit sowie die Verunsicherung der Bürger durch die sich ankündigende Wirtschaftsrezession, aber auch das Thema Asyl.

Die Republikaner, die die Stimmung für sich nutzten, nannten in ihrem Wahlprogramm Ausländer und Asylanten eine *entscheidende Gefahr*. So war einer ihrer Wahlslogans: *Ja zum Europa der Vaterländer, nein zur multikulturellen Gesellschaft.* Die Ursache für die Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt, vor allem bei Sozialwohnungen, wurde auf die *Masseneinwanderung von Ausländern* geschoben. Ebenfalls beklagt wurde der Bezug von sozialen Transferleistungen durch Ausländer und Asylbewerber auf Kosten der Generationen, die den Sozialstaat aufgebaut hatten.[151] Die Wahlredner versuchten ihren Zuhörern einzureden, dass der multikulturellen unweigerlich eine multikriminelle Gesellschaft folgen werde. Das waren Argumente, die bei der verunsicherten Bevölkerung ankamen. Zumal auch die baden-württembergische CDU auf das Thema *Asylmissbrauch* setzte und so dazu beitrug, die Positionen der Rechtsextremen gesellschaftsfähig zu machen. Dabei gab die Partei sich grundgesetztreu, bezog sich unter anderem auf das Bundesverfassungsgericht und auf Aussagen eines früheren Innenministers sowie eines Landesbischofs. Auffallend viele Calwer Persönlichkeiten äußerten nach der Wahl in der Presse ihre Enttäuschung, ohne jedoch tiefer zu gehen. Am ehesten traf es der Unternehmer Wolfgang Sannwald: *Das Ergebnis ist ein Signal für Bonn, daß nämlich auf drängende Fragen jetzt rasch reagiert werden muss. Viele Bürger sind beunruhigt und haben wenig Verständnis, daß die Asylantenfrage nicht konkret angegangen wurde.*[152]

Hatten die Verantwortlichen in den Parteien angenommen, dass das Wahlergebnis von 1992 ein einmaliger Ausrutscher war, wurden sie bei der Landtagswahl 1996 eines Anderen belehrt. Die CDU konnte zwar leicht zulegen, doch die SPD verlor weiter an Stimmen. Obwohl FDP und die Grünen zunahmen, blieben die Republikaner in Calw

drittstärkste Kraft. Erst fünf Jahre später verloren sie an Bedeutung und verfehlten den Wiedereinzug ins Parlament.



Amtlicher Stimmzettel

für die Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 20. März 1988
im Wahlkreis Nr. 43 Calw

Jeder Wähler hat nur 1 Stimme

Bitte in nur einen der nachstehenden Kreise ein Kreuz (x) einsetzen

1	**Tölg, Arnold** Geschäftsführer Bad Liebenzell Ersatzbewerber: Mast, Rolf, Rechtsanwalt Bad Teinach-Zavelstein 4	Christlich Demokratische Union Deutschlands **CDU**	○
2	**Merkle, Rainer** Oberstudienrat und Pfarrer Bad Herrenalb Ersatzbewerber: Heenkens, Ernst, Kaufmännischer Angestellter Bad Liebenzell	Sozialdemokratische Partei Deutschlands **SPD**	○
3	**Fischer, Theodor** Landwirtschaftlicher Sachverständiger Calw-Wellanschwann Ersatzbewerber: Graf, Barbara, Lehrerin Ostelsheim	DIE GRÜNEN **GRÜNE**	○
4	**Fauser, Beate** selbständige Kauffrau Althengstett 3 Ersatzbewerber: Lepple, Dietmar, selbständiger Elektroinstallateur Nagold 6	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei **FDP/DVP**	○
5	**Günther, Reinhard** Systemanalytiker Höfen Ersatzbewerber: Lindner, Rita, Versicherungskaufmann Höfen	CHRISTLICHE LIGA **LIGA**	○
6	**Bäuerle, Lutz** Journalist Nagold-Pfrondorf Ersatzbewerber: Mootz, Andrea, Hausfrau Wildberg-Göttlingen	Deutsche Kommunistische Partei **DKP**	○
7	**Höschek, Birgit** Hausfrau Bad Liebenzell Ersatzbewerber: –	Deutsche Zentrumspartei **ZENTRUM**	○
8	**Fuchs, Egon** Regierungsdirektor Sindelfingen Ersatzbewerber: Olesch, Erwin, Schlosser Nagold	DIE REPUBLIKANER **REP**	○
10	**Finger, Helwig** Kaufmann Calw Ersatzbewerber: Dronkard, Barbara, Schneiderin Calw-Heumaden	National-demokratische Partei Deutschlands **NPD**	○
11	**Dienemann, Ulrich** Heilpädagoge Bad Liebenzell Ersatzbewerber: Menzler, Anita, Krankenschwester Nagold	Ökologisch-Demokratische Partei **ÖDP**	○

Landtagswahl 1988. Kreisarchiv Calw.

Bundestagswahlen

Der Bundestag ist die gewählte Vertretung des ganzen deutschen Volkes.[153] Seine Mehrheit entscheidet über den Kanzler und unterstützt dessen Politik. Im Rahmen des konstruktiven Misstrauensvotums kann sie ihm aber auch ihre Zustimmung entziehen und einen anderen Bundeskanzler wählen.

Daneben erfüllt das Bundesparlament weitere Funktionen. Es beschließt den Haushalt sowie alle Bundesgesetze. Die notwendigen vorbereitenden Arbeiten finden in den für bestimmte Sachbereiche zuständigen Ausschüssen statt. Debatten über wichtige aktuelle Themen werden in Rundfunk und Fernsehen übertragen, was eine gewisse Transparenz nach außen ermöglicht sowie zur Meinungsbildung beiträgt. Eine Kontrolle der Bundesregierung erfolgt mittels mündlicher und schriftlicher Anfragen einzelner Abgeordneter oder der Fraktionen, die sie beantworten muss.

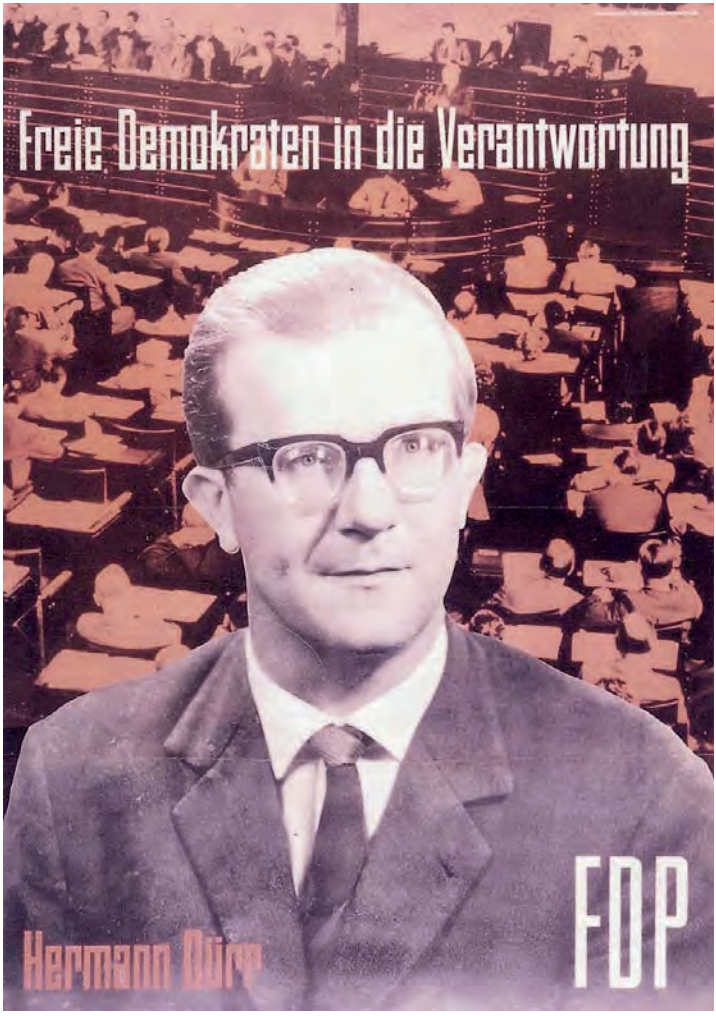
Nach Art. 39 (1) GG wird der Bundestag auf vier Jahre gewählt.[154] Dabei sind heute 598 Sitze zu vergeben. Die eine Hälfte geht an Kandidaten, die einen Wahlkreis gewonnen haben, die andere Hälfte wird über die Landeslisten der Parteien verteilt. Das bedeutet für den Wähler, dass er zwei Stimmen hat. Die Erststimme gibt er einem Bewerber in seinem Wahlkreis. Mit der Zweitstimme für die Landesliste einer Partei bestimmt er, wie viele Mandate sie letztendlich erhält.

Vor Bundestagswahlen gibt es in der Regel einen sehr intensiven Wahlkampf. Die etablierten Parteien wollen nichts dem Zufall überlassen und agieren mit großer Professionalität.[155] Das lässt sich am Wahlkreis Calw beispielhaft zeigen. Während die berufstätigen Bewerber kleiner Parteien die Wahlkampfarbeit in ihren Feierabend integrieren mussten, verfügten CDU und SPD zum Teil über hauptamtliche Helfer.[156] Darüber hinaus stand ihren Kandidaten, wie auch denjenigen von FDP und Grünen, Politprominenz zur Seite.

Im September 1976 sprach Bundeswirtschaftsminister Friederichs (FDP) auf dem Calwer Marktplatz.[157] SPD-Bewerberin Liesel Hartenstein trat auf einer Abendveranstaltung mit Marie Schlei auf, die dem Kabinett von Bundeskanzler Helmut Schmidt als Staatssekretärin angehörte. Der CDU-Politiker Gerhard Stoltenberg besuchte eine Versammlung in der Calwer Aula.[158]

18 Jahre später kam Fritz Kuhn, Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, in die Hesse-Stadt und äußerte sich zum Thema Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.[159] Liesel Hartenstein erhielt Wahlkampfunterstützung vom brandenburgischen Mi-

nisterpräsidenten Manfred Stolpe.[160] Er besichtigte dabei auch die Calwer Decken- und Tuchfabriken AG. Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung, trug sich ins goldene Buch der Stadt ein und hielt eine Rede auf dem Marktplatz.[161]



FDP-Kandidatenplakat (Hermann Dürr) zur Bundestagswahl 1961.
Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Sig. P1-176.

Wie vor Kommunal- und Landtagswahlen werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. 1972 trafen sich der Calwer CDU-Kandidat Helmut Prassler und Bundesminister a. D. Hermann Höcherl

(CSU) im Hotel René in der Bahnhofstraße mit Vertretern des Kreisbauernverbandes und der Landwirtschaftsämter.[162] 1976 diskutierten die Bewerber im Andreae-Haus über Probleme der Jugend.[163] Haimo George (CDU) wandte sich, zusammen mit dem Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen, an die Menschen auf dem Wimberg.[164] Vor den Wahlen 1980 war er in Stammheimer Betrieben zu Gast, etwa bei der Firma Bauknecht und der Gärtnerei Köberle.[165]

Damit wird deutlich, dass auch die 1975 nach Calw eingemeindeten Ortschaften vom Wahlkampf berührt wurden. Helmut Prassler hielt 1972 in Altburg und Stammheim Diskussionsabende ab.[166] Im Hirsauer Kurhotel gab es eine Kundgebung mit Herbert Czaja, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen.[167] 1990 sprach der damalige baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder in einem Speßhardter Gasthaus.[168]

Wahlen konnten zudem den Anstoß geben zu strukturellen Veränderungen im lokalen Parteienwesen. So wurde am 8. Oktober 1994 ein Stadt- und Gebietsverband Calw der *Jungen Union* (JU), der Jugendorganisation der CDU, ins Leben gerufen.[169]

Die Calwer Einwohnerschaft beteiligte sich an Bundestagswahlen zwar stärker als an Kommunal- und Landtagswahlen, aber im Vergleich zur gesamten stimmberechtigten deutschen Bevölkerung unterdurchschnittlich.[170] Zwischen 1953 und 1965 war ein kontinuierlicher Rückgang des Interesses zu verzeichnen. Der höchste Mobilisierungsgrad wurde mit 86,2 Prozent im Jahr 1983 erreicht. Kurz zuvor war Helmut Kohl (CDU) durch ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Kanzler Helmut Schmidt (SPD) an die Regierung gelangt. Er stellte eine geistig-moralische Wende in Aussicht. 1998 trug die wiederum im Land herrschende Wechselstimmung dazu bei, dass sich zahlreiche Wähler an die Urnen bewegten und einer Koalition aus SPD und Grünen zur Regierung verhalfen.

In den 1950er-Jahren bestand das Parteiensystem auf Bundesebene neben CDU/CSU, SPD und FDP noch aus mehreren kleinen Parteien, zum Beispiel der KPD und dem BHE.[171] Die Kommunisten, die seit den ersten freien Wahlen nach dem Krieg fortlaufend an Anhang verloren hatten, wurden 1956 als verfassungswidrig eingestuft und verboten. Der BHE kam in Calw sowohl 1953 als auch 1957 auf über fünf Prozent der Stimmen, geriet danach aber in den Sog der Christdemokraten.

Zwischen 1961 und 1983 waren lediglich drei Parteien im Bundestag vertreten – FDP, SPD und CDU/CSU. Letztere hatte in Calw anfangs einen schweren Stand. Erst ab 1965 gelang es ihr, die 40-Prozent-Marke zu überspringen. Das beste Resultat erzielte sie 1976,

als Helmut Kohl zum ersten Mal kandidierte. Seit der Wiedervereinigung verliert sie jedoch wieder. Die SPD legte von 1953 an in der Wählergunst kräftig zu, erreichte 1969 im Jahr des Regierungsantritts der sozial-liberalen Koalition unter Kanzler Willy Brandt mit 44,2 Prozent ihr höchstes Ergebnis. Bis 1980 ging es leicht zurück, danach dramatisch. 1998 schaffte sie in etwa den Wert des Jahres 1965.

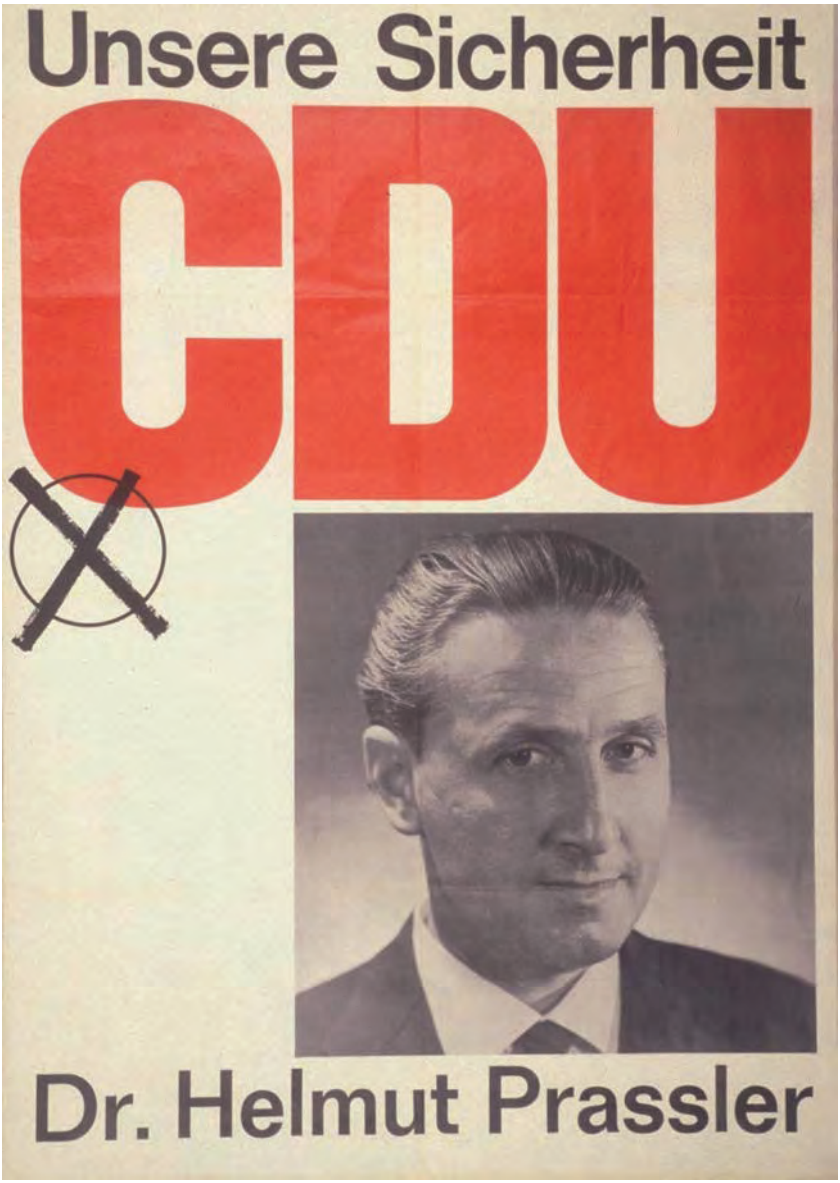
Auffallend ist, dass die Liberalen in der Stadt Calw stets über dem Bundes- und Landesdurchschnitt lagen. Zwischen 1953 und 1961 erzielten sie sogar durchweg über 20 Prozent. Nach einem Tief 1969 konnten sie sich bis in die 1990er-Jahre hinein im zweistelligen Bereich halten. Am schlechtesten schnitt die FDP 1998 bei der letzten Wahl vor der Jahrtausendwende ab, als alles auf eine bundespolitische Richtungsänderung hindeutete.

Die Grünen, die von 1998 bis 2005 gemeinsam mit der SPD die Bundesregierung bildeten, wurden seit Beginn ihres Bestehens in Calw ebenfalls mit einem höheren Stimmenanteil bedacht als auf der Ebene Baden-Württembergs und des Bundes. Möglicherweise spielten hier unter anderem lokale Gesichtspunkte eine Rolle. So wird in den Calwer *Kreisnachrichten* vom 18. Oktober 1994 die Frage gestellt: *Grüne hoch dank Mülldeponie?*[172]

Rechtsgerichtete Parteien wie die NPD und die Republikaner, die im Land mehrmals für Furore sorgten, reichten bei Bundestagswahlen auch in Calw nicht an diese Erfolge heran. Eine Neuerung seit der Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet das Auftreten der SED-Nachfolgepartei PDS. Mit unter einem Prozent der Stimmen war sie in Stadt und Kreis Calw aber nur eine Randerscheinung.[173]

Alle direkt gewählten Calwer Bundestagsabgeordneten seit 1949 gehörten der CDU an.[174] Fritz Schuler und Haimo George verstarben während ihrer zweiten bzw. dritten Legislaturperiode. Der jetzige Mandatsträger Hans-Joachim Fuchtel amtiert seit nunmehr 20 Jahren. In Anbetracht seines guten Erststimmenergebnisses 1990 schrieb die Calwer Presse, der Wahlkreis sei *fuchtelsicher*.[175]

Als Bundestagsabgeordnete der SPD sind der Calwer Hans Bay, Liesel Hartenstein und Renate Gradistanac zu nennen.[176] Hartenstein saß von allen Repräsentanten des Kreises am längsten im Bundestag (von 1976 bis 1998). Besonders engagierte sie sich für eine umweltfreundliche Verkehrspolitik. Für die FDP war zwischen 1957 und 1965 Hermann Dürr im Parlament.



Wahlplakat der CDU, Bundestagswahl 1965.
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wahlplakat der Grünen, Bundestagswahlkampf 1980.

Kandidaten kleinerer Parteien können in die Vertretung des deutschen Volkes nur einziehen, wenn sie auf der Landesliste vorne platziert sind und einen hohen Bekanntheitsgrad haben. Die Calwer Grünen waren auf Bundesebene bislang nicht vertreten.

Eine vierte Ebene – Europawahlen seit 1979[177]

Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland wird im Wesentlichen bestimmt durch ihre West-Orientierung.[178] Angesichts des Kalten Krieges sprachen sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe dafür, diesen Weg einzuschlagen.

Von Anfang an war das Land an der europäischen Integration beteiligt, wurde Mitglied von Montan-Union (EGKS), Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM. Die zur EG zusammengefassten Gemeinschaften entwickelten eine starke Anziehungskraft. Zu den ursprünglich sechs Vertragspartnern kamen bis 1995 neun weitere hinzu. Nach der Jahrtausendwende erfolgten nochmals Erweiterungen.

Parallel dazu kann eine Vertiefung der Kooperation festgestellt werden. Im Vertrag von Maastricht 1992 wurden eine Währungs- und Wirtschaftsunion mit gemeinsamem Markt sowie eine Zusammenarbeit in der Außen-, Innen- und Justizpolitik vereinbart.

Die Fülle der Aufgaben erforderte die Schaffung institutioneller Strukturen, die denen eines nationalen politischen Systems ähneln. Es gibt eine Art Exekutive, die *Kommission*, einen *Rat* als Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen, einen *Gerichtshof*, eine *Zentralbank* und ein *Parlament*, das seit 1979 im Abstand von fünf Jahren direkt gewählt wird. Entsprechend der Vergrößerung der Gemeinschaft wurde die Zahl seiner Abgeordneten erhöht.[179] Sie werden von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählt. 1999 waren es 626, davon 99 deutsche.

Vor der ersten Europawahl 1979 herrschte in Bezug auf die Beteiligung große Unsicherheit.[180] Meinungsforscher prognostizierten eine Spanne zwischen 30 und 70 Prozent. Letztendlich wurden es auf Bundesebene immerhin 65,7 Prozent. In der Stadt Calw dagegen wählte nicht einmal die Hälfte der berechtigten Bevölkerung. Die Informationsveranstaltungen der Parteien oder der Europa-Union hatten offensichtlich nicht ausgereicht, die Menschen an die Urnen zu bewegen.[181] Wie überall im Land erreichte die CDU die meisten Stimmen. Eine Überraschung hielt das Ergebnis dennoch parat. Die Grünen, die das

erste Mal überhaupt antraten, kamen aus dem Stand auf 7,3 Prozent und lagen damit in Calw deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Den etablierten Parteien bereitete dies einiges Kopfzerbrechen.[182]

Fünf Jahre später bildete sich im Kreis Calw ein Direktwahlkomitee zur Europawahl.[183] In der Öffentlichkeit schwieg es sich weitgehend aus, arbeitete dafür intern. Von ihm stammte die Anregung, Europafahnen zu beschaffen und am Wahltag auszuflaggen. Außerdem wurden für die drei Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung Preise von insgesamt 1000 DM ausgelobt. Trotzdem blieben in der Großen Kreisstadt Calw rund 55 Prozent der Wähler zu Hause. Die einzige Partei, die Stimmen hinzugewinnen konnte, waren die Grünen. CDU und FDP verloren leicht, die SPD stärker. Einen Tag nach der Wahl versuchte die örtliche Presse, das Ergebnis zu analysieren.[184] Als Gründe für die unterdurchschnittliche Beteiligung wurden das schöne Wetter und die negative Haltung der Landwirte gegenüber der EG-Agrarpolitik ausgemacht.

1989 hatte sich die politische Großwetterlage geändert. Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU, führte die Sowjetunion mit seinen Reformen auf den Weg der Demokratisierung. Beispielsweise wurden die Ausreisebestimmungen erleichtert, was viele Angehörige der dortigen deutschen Minderheit nutzten.[185] Sie kamen nach Westdeutschland, auch in den Raum Calw. Die Gemeinde Simmersfeld nahm mit 115 Personen die kreisweit höchste Zahl auf.[186] Es wurde befürchtet, dass dies die Europawahlen beeinflussen könnte. Auf einer Versammlung des Bereichs Calw/Freudenstadt/Pforzheim forderten Vertreter der IG Metall deshalb dazu auf, Rechtsradikalen eine deutliche Absage zu erteilen.[187] Der CDU-Landtagsabgeordnete Arnold Tölg sagte, Wahlenthaltung oder *Denkzettelwahl* seien *keine Mittel zur Lösung anstehender Fragen und Probleme*.[188] Die Europa-Union des Kreises Calw schließlich richtete an das Wahlvolk folgenden Appell: *Stärken Sie das Europäische Parlament durch den Gang zur Wahlurne! Nur ein Parlament, das sich auf eine breite Legitimation und Zustimmung seiner Bürger berufen kann, hat Durchsetzungskraft. Und bedenken Sie: Millionen Europäer außerhalb der EG ringen um mehr Demokratie. Sie ermutigen auch diese Menschen, wenn Sie Ihr Wahlrecht wahrnehmen*.[189]

Die Worte schienen zu fruchten. 1989 war die Wahlbeteiligung in Calw höher als bei den ersten beiden Malen. Aber sie bewegte sich noch immer unter dem Mittelwert von Bund und Land. Die CDU erlitt eine empfindliche Niederlage, während die Republikaner sich als *die*

wirklichen Gewinner herauskristallisierten.[190] Die CDU wertete ihr schlechtes Abschneiden als Protestwahl, verglich es mit den Wählerbewegungen des Jahres 1968, als die NPD Unzufriedene auf ihre Seite ziehen konnte. Die Presse erklärte das gute Ergebnis der *Republikaner* mit einer Zunahme sozialer Probleme in den Städten und der durch die EG-Agrarpolitik bedingten Notlage der Bauern im ländlichen Raum.

Die erste Europawahl nach der Wiedervereinigung Deutschlands fand am 12. Juni 1994 statt. Am gleichen Tag wurden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen abgehalten, was die Bedeutung europäischer Themen überlagerte. In den Calwer *Kreisnachrichten* kamen hauptsächlich gemeindepolitische Aspekte zur Sprache.[191] Dennoch – oder gerade deswegen – ergab sich mit 61,7 Prozent eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung. Die CDU konnte ihre Position in Calw wieder stärken, ebenso die Grünen. Das Ergebnis der Republikaner lag zwar nur wenig unter dem vorherigen, beunruhigte im Allgemeinen aber nicht mehr, da sie auf Bundesebene an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten.

Der Calwer CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel zeigte sich über das Abschneiden seiner Partei zufrieden.[192] Seine Kollegin Liesel Hartenstein von der SPD meinte, ein Test für die Bundestagswahl im Herbst sei es nicht gewesen. Lediglich Arnold Tölg äußerte Besorgnis im Hinblick auf den hohen Stimmenanteil der SED-Nachfolgepartei PDS in den ostdeutschen Bundesländern. Die Calwer *Kreisnachrichten* kommentierten: *Keine Überraschungen im Landkreis Calw: Das Ergebnis der Europawahl liegt im bundespolitischen Trend*. Kurz vor der Jahrtausendwende stand die Europawahl im Zeichen einerseits des holprigen Starts der rot-grünen Bundesregierung, andererseits der NATO-Bombenangriffe auf Serbien. Anfang Juni 1999 informierte der teils in Calw-Stammheim aufgewachsene Tobias Pflüger bei der Calwer Initiative gegen den Krieg über den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen.[193]

Die Union schaffte in Calw wie im ganzen Land einen *Sensationssieg*.[194] Jedoch war die Wahlbeteiligung so niedrig wie nie zuvor. Es wurde von einer *Protestwahl* gegen die gerade mal acht Monate amtierende Bundesregierung gesprochen.

Fünf Jahre später fielen Europawahl und Kommunalwahlen wieder zusammen, was eine höhere Beteiligung bedeutete. In Calw verloren die beiden großen Parteien diesmal stark, während FDP und Grüne Stimmen hinzugewinnen konnten. Die Republikaner blieben klar unter der Fünf-Prozent-Marke.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass in Calw immer die CDU als stärkste Kraft aus den Europawahlen hervorging. Die SPD bewegte sich zwischen 25 und 35 Prozent, wohingegen die Liberalen kontinuierlich abnahmen. Den Grünen gelang es, sich zu etablieren. Die rechtsgerichteten Republikaner verschwanden nach ihren Erfolgen von 1989 und 1994 wieder in der Versenkung. Was die Wahlbeteiligung betrifft, so fällt auf, dass sie, mit einer Ausnahme, stets unter 50 Prozent lag. Ein besonders dramatischer Rückgang des Interesses war für das Jahr 1999 zu verzeichnen.

Meilensteine in der politischen Stadtentwicklung

Bundeswehrstandort Calw

Im August 1945 vereinbarten Großbritannien, USA und UdSSR in Potsdam, das besetzte Deutschland zu demilitarisieren.[195] Ende 1949 erklärte die Regierung der neugeschaffenen Bundesrepublik Deutschland, *die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern.*

Das Fortschreiten des Kalten Krieges machte jedoch ein Festhalten an dieser Politik unmöglich.[196] Bundeskanzler Adenauer forcierte die Einbindung Deutschlands in das westliche Lager. Es wurde Mitglied des Europarats und der Montan-Union. Die Pariser Verträge vom Oktober 1954 regelten die Wiederbewaffnung im Rahmen des Beitritts zu NATO und WEU. Am 12. November 1955 schließlich wurde die Bundeswehr gegründet.[197] Im Jahr darauf traten in Andernach, Nörvenich und Wilhelmshaven die ersten Lehrkompanien von Heer, Luftwaffe und Marine zusammen.

Alsbald entstanden weitere Standorte. Calw bewarb sich ebenfalls darum, Garnisonsstadt zu werden. Die Verantwortlichen sahen dadurch *die Möglichkeit, den Namen der Stadt Calw ... über seine Grenzen hinaus bekannt werden zu lassen. Daneben mag auch Kaufmannskalkül ein Beweggrund für diese Entscheidung gewesen sein*.[198]

1961 zog der Stab der Fallschirmjägerbrigade 25 in der Calwer Graf-Zeppelin-Kaserne ein.[199] Zehn Jahre später folgte das Fallschirmjägerbataillon 251. 1982, als das 25-jährige Bestehen der Luftlandebrigade 25 gefeiert werden konnte, waren insgesamt sechs Einheiten in Calw stationiert.

Die Soldaten unternahmen einiges, um der Leitidee vom Staatsbürger in Uniform zu entsprechen.[200] Traditionsreiche Veranstaltungen in der Öffentlichkeit waren beispielsweise der Rosenmontagsball des Standort-Unteroffizierskorps in der Graf-Zeppelin-Kaserne oder die Bälle der Fallschirmjägerbataillone. Eine besondere Stellung unter den militärischen Terminen nahmen die vierteljährlich stattfindenden Gelöbnisse ein. Die Bevölkerung beteiligte sich daran stets rege, ebenso am Großen Zapfenstreich auf dem Calwer Marktplatz aus Anlass des 30. Geburtstags der Bundeswehr. Darüber hinaus engagierte sich das Fallschirmjägerbataillon 251 für karitative Zwecke.[201]

Wer das Soldatenleben näher kennenlernen wollte, dem stand die Möglichkeit eines Truppenbesuchs offen.[202] Auf einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung in der Lehrer-Akademie Calw Mitte Juni 1989 wurde dies auch für Schulklassen in Erwägung gezogen. Oberstleutnant Carl-Hubertus von Butler, Kommandeur des Fallschirmjägerbataillons 251, sagte zu den anwesenden Lehrern, es sei ein legitimes Anliegen der Bundeswehr, *durch Öffentlichkeitsarbeit einen Einblick in den Alltag ... zu geben*.

Allerdings hatte die Bundeswehr in Kreis und Stadt Calw nicht nur Befürworter.[203] Das zeigte sich bereits am 5. April 1971, als das Fallschirmjägerbataillon 251 offiziell begrüßt wurde. Eine Gruppe *Jungsozialisten* verteilte auf dem Marktplatz Flugblätter gegen die Truppe und versuchte den Aufmarsch der Soldaten zu stören. Am Tag darauf erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Bay dazu folgendes: *Die gestrige Demonstration der Jungsozialisten beim Vorbeimarsch des Fallschirmjägerbataillons 251 auf dem Calwer Marktplatz hat mit dem Ortsverein und dem Kreisverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und mit der Politik der Gesamtpartei nichts zu tun. Die von den Jusos in ihrer Demonstration gebrachten Parolen sind nicht friedensfördernd, sondern sie diskriminieren die Politik der jetzigen Bundesregierung, von der alle Welt weiß, daß sie dem Frieden dient. Im Rahmen dieser Politik ist auch die Funktion der Bundeswehr zu sehen. Die Parolen der Jusos sind geeignet, die Position all derjenigen Politiker zu untergraben, die mühsam und beharrlich darum gerungen haben, daß die Bundeswehr ein Instrument ... der Friedenspolitik und kein Staat im Staate geworden ist. Als sozialdemokratischer Abgeordneter des Wahlkreises distanziere ich mich von den Parolen der Juso-Demonstration*.[204]

Zu Beginn der 1980er-Jahre – der Kalte Krieg herrschte noch immer – planten die Amerikaner, atomare Sprengköpfe in der Bundesrepublik zu stationieren.[205] Als Reaktion hierauf wurde die *Calwer Friedenswoche* ins Leben gerufen. Vom 28. Mai bis zum 5. Juni 1981 forderte das Aktionsbündnis linker, linksliberaler und kirchlicher Kräfte dazu auf, ohne Waffen Frieden zu schaffen. Im Jahr darauf ging der Protest weiter. General a. D. Gert Bastian, der sich der Friedensbewegung angeschlossen hatte, sprach am 20. Mai in der Calwer Aula.[206] Höhepunkt war das Aufstellen einer Menschenkette von Stuttgart-Vaihingen bis nach Ulm. Aus dem Calwer Raum nahmen daran rund 700 Personen teil.

Mit der deutschen Wiedervereinigung und der politischen Wende in Osteuropa Anfang der 1990er-Jahre fand der Ost-West-Konflikt sein

Ende.[207] Eine Neuausrichtung der Bundeswehr wurde erforderlich. Angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien hoben Politiker wie Verteidigungsminister Volker Rühe die wachsende Bedeutung von Auslandseinsätzen hervor.

Schon 1992 errichteten deutsche Soldaten erstmals ein Feldlazarett außerhalb des Bündnisgebiets in Kambodscha. Nach dem Bundestagsbeschluss vom 30. Juni 1995 kam es auf dem Balkan zum ersten echten militärischen Einsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, legitimiert von EU, NATO und UNO. Etwa zur gleichen Zeit begann Generalleutnant Helmut Willmann im Auftrag der Bundesregierung mit dem Aufbau einer Elitetruppe. Das dabei entstandene *Kommando Spezialkräfte* (KSK) ist seit 1996 in Calw stationiert. Es nahm zum Beispiel am NATO-Einsatz in Serbien teil.[208]

1997 entstand das *Friedensnetz Calw*, eine Initiative gegen den Krieg in Ex-Jugoslawien.[209] Am 26. März 1999, kurz nachdem die Bombenangriffe begonnen hatten, veranstaltete es eine Podiumsdiskussion, bei der die Rolle des KSK erörtert wurde.[210] Anwesende Parteienvertreter waren Hans-Joachim Fuchtel (CDU), Renate Gradistanac (SPD), Olaf Feldmann (FDP) und Winfried Hermann von den Grünen. An den darauffolgenden Tagen fand auf dem Marktplatz mehrmals ein zehnminütiger Schweige- und Trauerkreis statt. Auch der Ostermarsch der *Friedensbewegung Baden-Württemberg* wurde 1999 in Calw abgehalten.

Die Kreis- und Gemeindegebietsreform in den 1970er-Jahren

Während der NS-Zeit – am 1. Oktober 1938 – trat eine Kreisreform in Kraft.[211] Damals wurden die Oberämter Calw, Nagold und Neuenbürg zum neuen Landkreis Calw zusammengefasst. Dieser bestand nach Kriegsende und Südweststaatsgründung zunächst unverändert fort.

Mitte der 1960er-Jahre setzten bundesweit Überlegungen zu einer größeren Reform der bestehenden Strukturen ein. Hauptanlass dafür war nach Olaf Stoffel *das Auseinanderklaffen zwischen der überkommenen Abgrenzung der Verwaltungsbezirke und der durch den Industrialisierungsprozess geschaffenen Verdichtungsräume*.[212]

Nachdem die Vereinheitlichung des Rechts abgeschlossen war und eine positive Klärung der Baden-Frage unmittelbar bevorstand, konnte die Problematik auch in Baden-Württemberg angegangen werden.[213]

Im Dezember 1969 veröffentlichte die Regierung ein Denkmodell zur Kreisreform im Land. Aus den neun Stadt- und 63 Landkreisen sollten fünf Stadt- und 25 Landkreise werden. Ein selbstständiger Kreis Calw war darin nicht mehr vorgesehen.[214]

Es begann eine sehr emotionale Diskussion. Die Landräte, auch Günter Pfeiffer aus Calw, wurden sogar persönlich beim Ministerpräsidenten vorstellig und trugen ihre Ablehnung vor. Am 23. Juli 1970 einigten sich die Koalitionspartner CDU und SPD auf eine Gesamtkonzeption für die Verwaltungsreform, die bezüglich der Kreisreform erheblich von besagtem Denkmodell abwich. Dieser Kompromiss – er sah neben neun Stadt- und 35 Landkreisen die Schaffung von zwölf Regionalverbänden vor – bildete die Grundlage für das Kreisreform- und Regionalverbandsgesetz. In ihren Gebietsänderungsregelungen wurden beide Anfang 1973 wirksam.

Der Kreis Calw existierte nun zwar weiter, verlor aber 16 Gemeinden mit 30 423 Einwohnern an die Nachbarkreise Böblingen, Enz und Rastatt.[215] Hinzu kamen vom Altkreis Horb Gündringen, Hochdorf, Schietingen und Vollmaringen sowie vom seitherigen Kreis Freudenstadt Fünfbronn und Garrweiler.

Landrat Pfeiffer ließ am 30. Dezember 1972 in den Calwer *Kreisnachrichten* verlautbaren:[216] *Wenigen nur wird ... ins Bewußtsein kommen, daß der Landkreis Calw, der vor über 34 Jahren seine heutige Gestalt erhielt, am Jahresende formal seine Existenz aufgeben muss, um in neuer, verkleinerter Form – wie das Gesetz es befiehlt – zu Beginn des neuen Jahres wieder zu erstehen*. Allen Gemeinden und ihren Bürgern, die anderen Kreisen zugeteilt wurden, wünschte er eine *gesegnete Zukunft*. Ein Willkommensgruß galt den neu zum Kreis Hinzugekommenen.

Zweiter Bestandteil der angestrebten Verwaltungsreform war die Gemeindegebietsreform.[217] Am Stichtag 1. Januar 1968 gab es in Baden-Württemberg 3379 Gemeinden. Davon hatten lediglich 1576 mehr als 1000 Einwohner. Die Landesregierung sah Handlungsbedarf. Das *Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden* von 1968 ermöglichte den Gemeinden, auf freiwilliger Basis Verwaltungsgemeinschaften mit anderen Gemeinden einzugehen. Das *Zweite Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden* von 1970 sicherte bisher selbstständigen Gemeinden innerhalb größerer Kommunen eine gewisse Autonomie. In den folgenden Jahren kam es zu zahlreichen Zusammenschlüssen. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass sich manche Gemeinden mit einem solchen Schritt schwer taten. Für die weitere Entwicklung war deshalb die 1973 von der Lan-

desregierung beschlossene Zielplanung wichtig. Den Abschluss der Gemeindereform brachten ein Jahr später das Allgemeine und das Besondere Gemeindereformgesetz, die beide am 1. Januar 1975 in Kraft traten. Die Zahl der Gemeinden reduzierte sich dadurch auf 1111.[218]

Der Landkreis Calw zählt seither 25 selbstständige Gemeinden, zusammengefasst in zehn Verwaltungsräumen.[219] Darüber hinaus wurde er in die Region Nordschwarzwald eingegliedert und gehört zum neugebildeten Regierungsbezirk Karlsruhe.

Die erste Eingemeindung in Calw fand bereits 1935 statt. Alzenberg wurde Stadtteil.[220] 1975 brachte die Gemeindereform Altburg mit Speßhardt und Weltenschwann, Hirsau mit Ernstmühl, außerdem Holzbronn und Stammheim zu Calw.

Altburgs Bürgermeister Wolfgang Mayer verabschiedete sich mit Worten aus der Bibel: *Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl*.[221] In Stammheim wurden Bürgermeister Adolf Kull und der Gemeinderat im Rahmen einer Feierstunde von ihrer Tätigkeit entbunden. Trotz Enttäuschung über die Gemeindegebietsreform erklärten die neuen Stadtteile ihre Bereitschaft, an Calws Zukunft mitzuarbeiten. Schon am 2. Januar 1975 tagte erstmals der vorläufige Gemeinderat, der bis zur Wahl am 20. April die Geschäfte weiterführte.[222] Im gleichen Jahr konnte auf neun Jahrhunderte Stadtgeschichte zurückgeblickt werden. Und mit Wirkung vom 1. Januar 1976 wurde Calw zur Großen Kreisstadt erhoben – gewissermaßen ein Jubiläumsgeschenk. Seither darf sich das Stadtoberhaupt Oberbürgermeister nennen.

Ausländische Mitbürger, Aus- und Übersiedler

Ab den 1950er-Jahren begann die deutsche Wirtschaft stark zu wachsen – der Begriff des *Wirtschaftswunders* kam auf.[223] In der Stahlerzeugung etwa rückte die BRD 1955 hinter den USA und der Sowjetunion an die dritte Stelle. Ebenso florierte die Autoindustrie.

Zwar waren im Sommer dieses Jahres noch immer rund eine halbe Million Menschen ohne Beschäftigung. Aber in einigen Branchen machte sich Arbeitskräftemangel bemerkbar. Bundesregierung und Wirtschaft ergriffen Maßnahmen, um dem abzuhelfen.[224] Zwischen 1955 und 1973 wurden, insbesondere für das produzierende Gewerbe und den Reinigungsdienst der Deutschen Bundesbahn, zumeist junge Männer aus südeuropäischen Ländern angeworben.

Ursprünglich sollte ihre Beschäftigung nur vorübergehend sein. Doch da das Wirtschaftswachstum anhielt, zeigten sich die einheimischen Unternehmer am Verbleib der ausländischen Arbeitskräfte interessiert. So konnte es ihnen auf Dauer nicht mehr verwehrt werden, ihre Familien nachzuholen. In Baden-Württemberg stieg die Zahl der ausländischen Bevölkerung von 150 000 im Jahr 1960 auf 900 000 1974 und pendelte sich bis 1988 auf diesem Niveau ein.[225]

Auch in den Landkreis Calw zogen ausländische Arbeitnehmer mit ihren Angehörigen.[226] 1976 waren es nach Angaben des Statistischen Landesamts 13 466. Die Stadt Calw zählte zur gleichen Zeit 3640 Mitbürger nichtdeutscher Nationalität. Deren Probleme und Wünsche wurden im Vorfeld der ersten Europawahl thematisiert.[227] Europa-Union und Volkshochschule luden zu einer Veranstaltung, die verdeutlichen wollte, *wie „bunt europäisch“ man in Calw schon zusammenlebe*. 36 Nationalitäten waren damals in der Stadt vertreten, davon 17 europäische.

Zunächst wurden Calws Bemühungen um Integration herausgestellt, zum Beispiel in Gestalt von Hausaufgabenbetreuung für ausländische Kinder und von Lern- oder Sprachkursen. Das Angebot der örtlichen Vereine spielte in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Daran anschließend kamen zehn Mitbürger aus Portugal, Finnland, Italien, Frankreich, Jugoslawien, England, der Türkei, Schweden, der Tschechoslowakei und Österreich zu Wort. Sie hatten sich in Calw niedergelassen vor allem aufgrund von Arbeitsplatzmangel zu Hause und aus politischen Gründen. Fast alle mussten anfangs mit Sprachproblemen kämpfen. Befremdend wirkten zudem der als hektisch empfundene Alltagsrhythmus hierzulande und die *sprichwörtliche Verschlossenheit der Schwaben*. Für ihre Zukunft in Deutschland äußerten die Anwesenden unter anderem den Wunsch nach mehr Gleichberechtigung im Berufsleben sowie politischer Mitbestimmung. Mittlerweile ist es EU-Ausländern zwar möglich, an Kommunal- und Europawahlen teilzunehmen.[228] Aber die Politik tut sich noch immer schwer damit, dass die BRD sich de facto zu einem Einwanderungsland entwickelt hat.[229]

Die lokalen Behörden reagierten mit strukturellen Neuerungen auf die Anwesenheit nichtdeutscher Menschen.[230] Im Calwer Rathaus wurde ein Ausländeramt eingerichtet. Das Landratsamt schuf den Posten des Ausländerbeauftragten, der anfangs doppelt besetzt war.

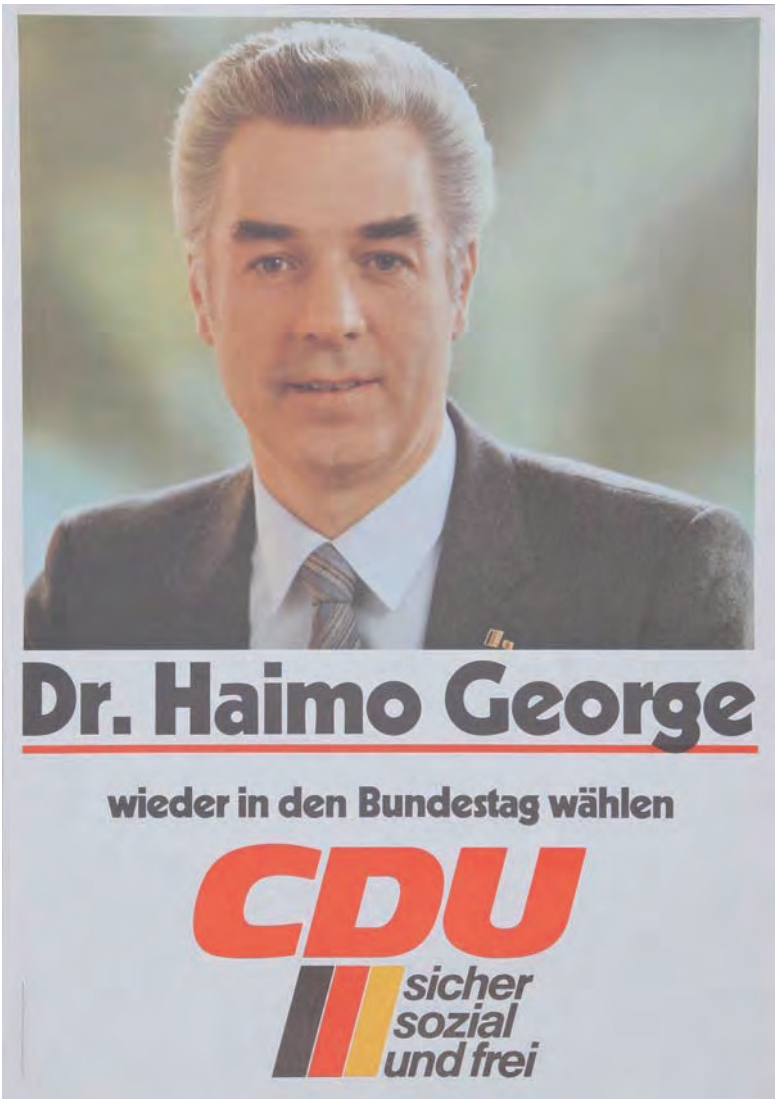
Zu Beginn der 1990er-Jahre nahm die Zahl der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg wieder signifikant zu.[231] Für EU-Staatsangehörige wurde der Arbeitsmarkt im Zuge des Binnenmarktes

vollständig geöffnet. Daneben kamen Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Lebten in Calw 1990 noch 4161 Ausländer, so waren es drei Jahre später bereits 5099.[232] Seither ist allerdings ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Als weitere Bevölkerungsgruppe, die in Deutschland Aufnahme fand und noch findet, sind Aussiedler zu nennen.[233] Von 1950 bis Ende Juni 2000 ließen sich insgesamt rund 4,8 Millionen Angehörige der deutschen Minderheit aus den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas in der BRD nieder. Der Großteil von ihnen reiste nach der politischen Wende aus. Inzwischen kann die Aussiedlung aus Ex-Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden. Dagegen blieb die Zahl der Ankömmlinge aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion hoch.[234] Gründe dafür sind in den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen dort zu suchen, aber auch im Wunsch nach Rückkehr ins Abstammungsland der Vorfahren.[235]

Nicht überall wurde der Zuzug von Aussiedlern gerne gesehen. Im Kreis Calw, wo anfangs viele in Hotels und Erholungseinrichtungen wohnten, befürchtete man Auswirkungen auf den Ausgang der Europawahl 1989.[236] Nicht zu unrecht. Wie erwähnt, lagen in der Stadt Calw die rechtsgerichteten Republikaner mit 9,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.[237] Bei den Landtagswahlen 1992 und 1996 erzielten sie gleichfalls ein hohes Ergebnis, wobei hier noch andere Punkte mit hereinspielten.

Die politische Transformation fand ihren Kulminationspunkt in der Wiedervereinigung Deutschlands.[238] Eine Folge davon war, dass eine große Zahl von Bürgern aus den neuen Bundesländern in den Westen zog, hauptsächlich der Arbeit wegen.[239] Calw mit seiner gemischten Wirtschaftsstruktur bot sich durchaus als Anziehungspunkt an.[240] Eine andere Art der Verbindung zwischen Ost und West waren Partnerschaften. Der Kreis Calw ging eine solche mit Freiberg in Sachsen ein.[241] Die Große Kreisstadt Calw knüpfte Beziehungen nach Weida in Thüringen.[242]



CDU-Wahlplakat, Bundestagswahl 1980. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Schlussbetrachtung

Kurz vor Kriegsende 1945 lag das politische Leben in Calw völlig darnieder. Noch in den ersten Apriltagen hatten örtliche NS-Funktionäre Durchhalteparolen ausgegeben, die Stadt dann aber fluchtartig verlassen. Ende des Monats bildete sich aus Gegnern des untergegangenen Regimes wie Franz Dagne oder Friedrich Frick ein *Antifaschistischer Vertrauensrat*. Er war zunächst das einzige deutsche Organ in Calw, das offiziell Billigung fand.

Im französisch besetzten Teil des deutschen Südwestens entstand neben Baden das Land Württemberg-Hohenzollern, zu dem Stadt und Landkreis Calw gehörten. Der Wiederaufbau der Verwaltung erfolgte von unten nach oben. Dabei legte die Militärregierung Wert auf Beteiligung deutscher Stellen. Der Calwer Gouverneur Frénot richtete Ausschüsse für Handwerk, Industrie, Einzelhandel usw. ein. Sein wichtigster Ansprechpartner auf Kreisebene war der Landrat – in Calw seit September 1945 Emil Wagner. Er musste ihm einerseits zuarbeiten, andererseits die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Als drängende Alltagsprobleme während der ersten Nachkriegsjahre erwiesen sich die schlechte Ernährungssituation, der Mangel an Bedarfsgütern sowie Reparationsleistungen an Frankreich.

Im März 1946 – später als in den Ländern der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone – wurden in Württemberg-Hohenzollern die ersten politischen Parteien zugelassen. SPD und KPD hatten bereits in der Weimarer Republik existiert, verfügten deshalb noch über informelle Verbindungen, was beim Aufbau von Strukturen auf Kreis- und Ortsebene vorteilhaft war. Bei der CDU handelte es sich um eine Neugründung.

Mitte September 1946 fanden auf Gemeindeebene die ersten demokratischen Wahlen statt. Stärkste Partei in Calw wurde die CDU. SPD und KPD erhielten allerdings mehr Stimmen als im Landesdurchschnitt. Die liberale DVP, die erst kurz zuvor genehmigt worden war, trat nicht an. Bei den Wahlen zur Kreisversammlung vier Wochen später ergab sich ein anderes Bild. CDU und SPD verloren in der Wählergunst, während die DVP einen guten Einstieg verzeichnen konnte. Die erste Landtagswahl im Mai 1947 war verbunden mit einem Referendum über die Verfassung von Württemberg-Hohenzollern. Das evangelische Calw erwies sich als Bastion von SPD, Freien Demokraten und Kommunisten. Außerdem war die Zustimmung zur Landesverfassung niedriger als in den katholischen Gebieten. Mit den Wahlen

einher ging eine Weiterentwicklung des Parteienwesens, die von der Besatzungsmacht kontrolliert wurde.

Nach dem Krieg sollte Deutschland nicht nur demokratisiert, sondern auch politisch gesäubert werden. Im Kreis Calw berief Kommandant Boulanger einen Fünfer-Ausschuss, der mit der Entnazifizierung der Bürgermeister betraut wurde. Im Jahr darauf nahmen die beiden *Kreisuntersuchungsausschüsse* für Verwaltung und freie Wirtschaft in Calw ihre Arbeit auf. Dieses System konnte jedoch nicht aufrecht erhalten werden. 1947 führte die französische Militärregierung Spruchkammern ähnlich denen in der amerikanischen Zone ein. Aufsehen erregte der Fall des Calwer Landrats Wagner. Die Spruchkammer in Tübingen entschied bei ihm anders als der KRUA, was dessen kommunistische Mitglieder so erboste, dass sie austraten.

Ein weiteres Thema, das Calw anging, war die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten. Insgesamt ließen sich rund 17 000 Menschen im Kreisgebiet nieder. Zunächst handelte es sich um Kontingentzuteilungen aus Dänemark. Nach 1949 kamen Um- und Aussiedler aus anderen westdeutschen Ländern, der Ostzone sowie Siedlungsgebieten außerhalb davon. Mit Hilfe von Bund, Land und karitativen Einrichtungen gelang es, sie zu integrieren. In Calw entstand auf dem Wimberg eine Siedlung für Neubürger, die sich schon bald zu organisieren und im Gemeinwesen zu engagieren begannen.

Im Jahr 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Das Besatzungsstatut endete allerdings erst mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955. Damit war eine weitgehende Souveränität verbunden. Nach Einschätzung von Landrat Wagner und Colonel Blanc hatte sich die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Stellen und der französischen Militärregierung in Calw zufriedenstellend gestaltet. Im August 1949 wurde erstmals der Bundestag gewählt. CDU, FDP/DVP und KPD schnitten in der Stadt überdurchschnittlich gut ab. Das Direktmandat errang der Christdemokrat Fritz Schuler.

Als nächstes stand in Südwestdeutschland eine Länderneugliederung an. Nachdem die Bemühungen der betroffenen Regierungschefs gescheitert waren, regelte der Bund die weitere Vorgehensweise, beraumte eine Volksabstimmung an, die im Dezember 1951 stattfand. Wie überall im alten Württemberg stimmten in Calw die Menschen mit großer Mehrheit für das neue Bundesland Baden-Württemberg. Bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung im März 1952 fällt das gute Abschneiden der FDP/DVP auf. Für sie kandidierte der Calwer Anwalt und Stadtrat Ludwig Barth.

Nach Gründung des Südweststaats normalisierte sich das politische Leben in der Stadt. Zu einem seiner wichtigsten Merkmale bis in die Gegenwart gehören Wahlen auf den drei Ebenen des föderativen Systems der BRD. Die Beteiligung der Calwer Bürger in Gemeinde, Land und Bund weist starke Unterschiede auf. Am höchsten war der Mobilisierungsgrad bei Bundestagswahlen, schwächer bei Landtags- und Kommunalwahlen. Dies entspricht einem allgemeinen Trend.[243] In den letzten Jahren entwickelten sich auf Gemeindeebene die *Freien Wähler* am stärksten. Aufs Ganze gesehen spielte die CDU eine mehr oder weniger dominierende Rolle. Erwähnt werden müssen dazu die überdurchschnittlichen Ergebnisse von FDP/DVP und Grünen. Protest kam vor allem bei Landtags- und Europawahlen zum Ausdruck. NPD und *Republikaner* erreichten in Calw 1968, 1989 und in den 1990er-Jahren Resultate oberhalb des Mittelwerts.

Im Zuge der Wiederbewaffnung Deutschlands entschloss sich Calw, Garnisonsstadt zu werden. Die Bundeswehr wurde zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor. Darüber hinaus brachten sich die Soldaten ins gesellschaftliche Leben der Stadt ein, engagierten sich zum Beispiel für den Bau eines Altenheims. Dass sie indes nicht nur Befürworter hatten, machte ein Auftritt der *Jungsozialisten* bei der offiziellen Begrüßung des Fallschirmjägerbataillons 251 auf dem Calwer Marktplatz deutlich. Als Reaktion auf das atomare Wettrüsten in den 1980er-Jahren wurde unter dem Motto *Frieden schaffen ohne Waffen* die *Calwer Friedenswoche* ins Leben gerufen.

Seit der Wiedervereinigung ist eine Neuausrichtung der Bundeswehr erkennbar. Auslandseinsätze erhielten zunehmend Vorrang vor der Landesverteidigung. Eine in diesem Zusammenhang geschaffene Elitetruppe, das *Kommando Spezialkräfte* (KSK), ist seit 1996 in Calw stationiert.[244] Bisher nahm es unter anderem am Krieg 1999 auf dem Balkan teil. Die Menschen in der Stadt beobachteten diese Entwicklung sehr genau. Mit dem *Friedensnetz Calw* entstand eine Initiative gegen die gewalttätigen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien. Es veranstaltete Podiumsdiskussionen und Mahnwachen.

In den 1970er-Jahren kam es im Land zu einer umfassenden Reform der Verwaltungsstrukturen. Der Kreis Calw wurde dabei verkleinert. Die Stadt selbst war hauptsächlich von der Gemeindegebietsreform betroffen. Zum 1. Januar 1975 wurden Altburg mit Speßhardt und Weltenschwann, Hirsau mit Ernstmühl sowie Stammheim und Holzbronn eingemeindet. Im gleichen Jahr erfolgte die Erhebung Calws zur Großen Kreisstadt.

Die stammes- und konfessionsmäßige Geschlossenheit, die in Calw über Jahrhunderte geherrscht hatte, wurde im Laufe der Zeit aufgebrochen. Neben Flüchtlingen und Vertriebenen ließen sich auch Ausländer nieder. Zwischen 1955 und 1973 waren von der Bundesregierung ausländische Arbeitskräfte angeworben worden, die teilweise später ihre Familien nachholten. Calw bemühte sich frühzeitig, sie zu integrieren und bot Sprach- oder Lernkurse an.

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 endete die über vierzigjährige Teilung Deutschlands. Bedingt durch die politische Wende kamen ehemalige DDR-Bürger und Angehörige der deutschen Minderheit in den Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas nach Calw. Insbesondere die Ankunft Letzterer wirkte sich auf das Wahlverhalten dahingehend aus, dass die rechtsgerichteten Republikaner überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts traten neue Probleme auf. Seit dem 11. September 2001 liegt der Fokus auf dem islamistischen Terror weltweit. Im Inland stellt die hohe Arbeitslosigkeit einen besorgniserregenden Faktor dar.

Johann Valentin Andreae hat Calw einen Rat mit auf den Weg gegeben, wie es zu allen Zeiten bestehen kann: *Solang Calw ehrt die Göttlich weid, ..., Handelt redlich und treibt Arbeit, Erhelt Frieden und Einigkeit, ..., Ist wolvergnügt mit Mässigkeit, Nimbt sich der Armut an allzeit, ..., Solang hat Calw Glück, Ehr und Freud, ...*[245]

Wahlergebnisse

Quellen:
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell. Bonn 1994, S. 10.
Chronik der Deutschen. Dortmund 1983, S. 952.
Gebauer, Hellmut J.: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw. Ein geschichtlicher Überblick. (Kleine Reihe Archiv der Stadt Calw). Calw 2000, S. 112–115.
Statistisches Landesamt für Württemberg Hohenzollern (Hrsg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde. 1. Jahrgang. Tübingen 1946. Heft Nr. 6a, S. 17; Heft Nr. 5/6, S. 21, 22.
Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. 7. Jahrgang. Tübingen 1952, S. 105, 109.
Calwer Zeitung vom 10.12.1951.
Calwer Zeitung vom 10.03.1952.
Calwer Zeitung bzw. Kreisnachrichten. Verschiedene Ausgaben.
Schwäbisches Tagblatt vom 15.08.1949.
Stadtarchiv Calw, 421/404.
Stadtverwaltung Calw.
www.bundeswahlleiter.de
www.statistik.baden-wuerttemberg.de

Die ersten freien Wahlen

Gemeinderatswahl am 15. September 1946

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern
Wahlbeteiligung in Prozent	85,0	84,0	87,0
Freie Listen	-	54,2	37,6
CDU	65,0	23,4	38,2
SPD	19,5	13,6	13,6
DVP	-	1,3	5,6
KPD	15,5	7,2	5,0

Wahl zur Kreisversammlung am 13. Oktober 1946

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern
Wahlbeteiligung in Prozent	69,0	60,0	69,0
Freie Listen	-	-	-
CDU	58,3	51,9	62,7
SPD	13,6	25,4	20,0
DVP	12,9	11,2	10,4
KPD	15,2	11,5	6,9

Landtagswahl am 18. Mai 1947

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern
Wahlbeteiligung in Prozent	64,9	55,4	66,4
CDU	41,4	42,8	54,2
SPD	19,8	27,2	20,8
DVP	24,6	18,0	17,7
KPD	14,2	12,0	7,3

Volksabstimmung über die Verfassung von Württemberg-Hohenzollern am 18. Mai 1947

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern
Wahlbeteiligung in Prozent	59,1*	55,4	62,4
Ja-Stimmen	54,8	65,1	69,8
Nein-Stimmen	45,2	34,9	30,2

* Ohne ungültige Stimmen

Die erste Bundestagswahl

am 14. August 1949

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	63,5	47,4	64,8	78,5
CDU	41,8	43,4	59,1	31,0
SPD	22,7	25,2	18,9	29,2
FDP/DVP	25,4	22,5	15,3	11,9
KPD	10,1	8,9	5,3	5,7
Sonstige	-	-	1,4	22,2

Calw und die Gründung Baden-Württembergs

Volksabstimmung über den Südweststaat am 9. Dezember 1951

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern	Heutiges Baden-Württemberg
Wahlbeteiligung in Prozent	48,9	45,7	52,3	59,2
Für Südweststaat	89,7	89,8	91,4	69,7
Gegen Südwest-staat	10, 3	10,2	8,6	30,3

Wahl zur Landesversammlung am 9. März 1952

	Stadt Calw	Kreis Calw	Württemberg-Hohenzollern	Heutiges Baden-Württemberg
Wahlbeteiligung in Prozent	53,8	47,4	63,2	63,7
CDU	21,9	34,8	51,4	36,0
SPD	22,7	29,0	21,6	28,0
FDP/DVP	38,4	23,4	16,1	18,0
KPD	7,0	5,4	3,3	4,4
BHE	4,0	6,0	6,2	6,2
Sonstige	6,0	1,4	1,1	7,4

Gemeinderatswahlen 1948–2004

Gemeinderatswahl am 14. November 1948

Wahlberechtigte: 4571
Wahlbeteiligung: k. A.

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	42,8	7
SPD	17,1	2
Freie Wählervereinigung	10,7	1
FDP/DVP	19,8	3
KPD	9,6	1

Gemeinderatswahl am 18. November 1951

Wahlberechtigte: 4746
Wahlbeteiligung: k. A.

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	39,7	4
SPD	23,0	1
Soziale Gemeinschaft	-	-
FDP	30,3	2
KPD	7,0	0

Gemeinderatswahl am 15. November 1953

Wahlberechtigte: 5193
Wahlbeteiligung: 60,0 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU/FDP	k. A.	4
SPD	k. A.	1
Soziale Gemeinschaft	k. A.	2

Gemeinderatswahl am 11. November 1956

Wahlberechtigte: 5435
Wahlbeteiligung: 66,0 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
Bürgerliche Liste	39,2	4
SPD	12,1	1
Soziale Gemeinschaft	15,6	1
FWV	15,2	1
Unabhängige Bürgerliste	18,0	1

Gemeinderatswahl am 8. November 1959

Wahlberechtigte: 5585
Wahlbeteiligung: 60,6 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
Bürgerliche Liste	k. A.	3
SPD	k. A.	2
Soziale Gemeinschaft	k. A.	2
FDP/DVP	k. A.	-

Gemeinderatswahl am 4. November 1962

Wahlberechtigte: 6020
Wahlbeteiligung: 61,8 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	27,8	2
SPD	35,5	3
Soziale Gemeinschaft	15,8	1
FDP	21,8	2

Gemeinderatswahl am 7. November 1965

Wahlberechtigte: k. A.
Wahlbeteiligung: k. A.

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	33,0	7
SPD	31,0	6
Soziale Gemeinschaft	20,5	3
FDP/DVP	15,5	4

Gemeinderatswahl am 20. Oktober 1968

Wahlberechtigte: 6429
Wahlbeteiligung: 60,9 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	32,9	3
SPD	39,2	4
FDP	27,9	3

Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1971

Wahlberechtigte: 7348
Wahlbeteiligung: 62,1 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	43,9	5
SPD	39,9	4
FDP	16,2	1

Gemeinderatswahl am 20. April 1975

Wahlberechtigte: 12 783
Wahlbeteiligung: 62,4 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	32,5	12
SPD	27,0	8
FWV	26,9	9
FDP	13,6	3

Gemeinderatswahl am 22. Juni 1980

Wahlberechtigte: 12 963
Wahlbeteiligung: 54,5 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	38,9	13
SPD	27,1	9
FWV	20,0	7
FDP	9,9	3
Grüne	4,1	1

Gemeinderatswahl am 28. Oktober 1984

Wahlberechtigte: 13 475
Wahlbeteiligung: 59,9 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	36,2	14
SPD	22,2	8
FWV	23,1	8
FDP/DVP	8,7	3
Grüne	9,8	3

Gemeinderatswahl am 22. Oktober 1989

Wahlberechtigte: 14 026
Wahlbeteiligung: 55,2 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	30,9	11
SPD	26,5	10
FWV	27,7	10
FDP/DVP	8,3	3
Grüne	6,6	2

Gemeinderatswahl am 12. Juni 1994

Wahlberechtigte: 14 964
Wahlbeteiligung: 61,7 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	26,9	8
SPD	23,9	7
FWV	33,2	9
FDP/DVP	5,8	1
Bündnis 90/Grüne	10,2	3

Gemeinderatswahl am 24. Oktober 1999

Wahlberechtigte: 15 736
Wahlbeteiligung: 46,2 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	27,4	8
SPD	20,1	6
FWV	36,6	11
FDP	8,5	2
Bündnis 90/Grüne	7,4	2

Gemeinderatswahl am 13. Juni 2004

Wahlberechtigte: 16 245
Wahlbeteiligung: 47,1 %

Liste	Stimmen in Prozent	Sitze
CDU	24,2	7
SPD	16,0	4
FWV	37,5	11
FDP	8,1	2
Bündnis 90/Grüne	8,7	2
Neue Liste Calw	5,5	1

Landtagswahlen 1956–2006

Landtagswahl am 4. März 1956

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	72,1	61,0	70,3
CDU	24,2	30,3	42,6
SPD	22,0	28,9	28,9
FDP/DVP	23,7	19,3	16,6
GB/BHE	6,7	4,5	6,3
KPD	2,5	2,5	3,2
GVP	20,2	12,8	-
Sonstige	0,7	1,7	2,4

Landtagswahl am 15. Mai 1960

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	53,5*	49,4	59,0
CDU	25,6	26,8	39,5
SPD	32,8	36,3	35,3
FDP/DVP	33,9	32,3	15,8
GB/BHE	6,6	4,0	6,6
Sonstige	1,1	0,6	2,8

* Ohne ungültige Stimmen

Landtagswahl am 26. April 1964

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	56,8*	61,1	67,7
CDU	39,6	39,2	46,2
SPD	40,2	39,1	37,3
FDP/DVP	17,4	19,6	13,1
Sonstige	2,8	2,1	3,5

* Ohne ungültige Stimmen

Landtagswahl am 28. April 1968

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	65,6	68,4	70,7
CDU	34,7	37,4	44,2
SPD	36,7	32,4	29,0
FDP/DVP	16,5	18,5	14,4
NPD	10,0	10,1	9,8
Sonstige	2,1	1,6	2,6

Landtagswahl am 23. April 1972

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	70,5	79,3	80,0
CDU	46,2	53,5	52,9
SPD	40,1	36,3	37,6
FDP/DVP	13,5	9,8	8,9
Sonstige	0,2	0,4	0,6

Landtagswahl am 4. April 1976

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	66,8	74,7	75,5
CDU	53,1	61,1	56,7
SPD	34,0	29,0	33,3
FDP/DVP	10,2	7,8	7,8
Sonstige	2,7	2,1	2,2

Landtagswahl am 16. März 1980

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	63,4	70,5	72,0
CDU	50,8	57,1	53,4
SPD	33,7	28,6	32,5
FDP/DVP	8,9	8,2	8,3
Grüne	6,5	5,9	5,3
Sonstige	0,1	0,2	0,5

Landtagswahl am 25. März 1984

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	68,8	69,2	71,2
CDU	48,1	56,1	51,9
SPD	31,7	27,3	32,4
FDP/DVP	9,6	8,0	7,2
Grüne	10,3	8,3	8,0
Sonstige	0,3	0,3	0,5

Landtagswahl am 20. März 1988

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	71,7	71,3	71,8
CDU	47,4	53,0	49,0
SPD	32,3	28,0	32,0
FDP/DVP	5,2	5,4	5,9
Grüne	7,9	6,9	7,9
NPD	4,7	3,8	k. A.
Sonstige	2,5	2,9	5,2

Landtagswahl am 5. April 1992

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	74,6	70,9	70,1
CDU	35,3	40,9	39,6
SPD	27,4	24,4	29,4
FDP/DVP	6,8	6,0	5,9
Grüne	9,4	8,0	9,5
REP	15,2	14,6	10,9
Sonstige	5,9	6,1	4,7

Landtagswahl am 24. März 1996

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	66,1	67,2	67,6
CDU	37,4	42,1	41,3
SPD	24,6	21,8	25,1
FDP/DVP	11,6	10,3	9,6
Bündnis 90/Grüne	11,5	9,8	12,1
REP	12,3	13,1	9,1
Sonstige	2,6	2,9	2,8

Landtagswahl am 25. März 2001

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 43)	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	60,5	63,3	62,6
CDU	39,6	46,3	44,8
SPD	32,0	28,6	33,3
FDP/DVP	13,7	11,2	8,1
Bündnis 90/Grüne	6,9	5,7	7,7
REP	6,0	5,9	4,4
Sonstige	1,8	2,3	1,7

Landtagswahl am 26. März 2006

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 43)	Bad.-Württ.
Wahlbeteiligung in Prozent	53,3	54,2	53,4
CDU	39,3	44,2	44,2
SPD	25,3	24,4	25,2
FDP/DVP	15,0	12,6	10,7
Bündnis 90/Grüne	8,9	8,0	11,7
REP	3,4	3,2	2,5
WASG	4,1	3,1	3,1
PBC	2,0	2,6	0,7
Sonstige	2,0	1,9	1,9

Bundestagswahlen 1953–2005 (Zweitstimmenergebnisse)

Bundestagswahl am 6. September 1953

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 191)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	82,3	77,0	81,8	85,5
CDU/CSU*	44,0	49,0	52,4	45,2
SPD	21,0	19,5	23,0	28,8
FDP	20,1	20,2	12,7	9,5
BHE	6,5	4,3	k. A.	5,9
Sonstige	8,4	7,0	11,9	10,6

* Die CSU ist in ihrem Wirkungskreis auf Bayern begrenzt.

Bundestagswahl am 15. September 1957

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 191)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	78,6*	73,0	84,4	87,8
CDU/CSU	38,0	43,7	52,8	50,2
SPD	28,5	27,0	25,8	31,8
FDP	23,5	20,6	14,4	7,7
BHE	5,6	3,5	k. A.	k. A.
Sonstige	4,4	5,2	7,0	10,3

* Ohne ungültige Stimmen

Bundestagswahl am 17. September 1961

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 191)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	73,2*	76,3**	84,8	87,7
CDU/CSU	31,1	35,9	45,3	45,3
SPD	37,5	33,2	32,1	36,2
FDP	22,6	24,5	16,6	12,8
Sonstige	8,8	6,4	6,0	5,7

*/** Ohne ungültige Stimmen

Bundestagswahl am 19. September 1965

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 195)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	72,4*	80,7	84,8	86,8
CDU/CSU	43,7	47,4	49,9	47,6
SPD	35,5	31,1	33,0	39,3
FDP	17,2	18,7	13,1	9,5
Sonstige	3,6	2,8	4,0	3,6

* Ohne ungültige Stimmen

Bundestagswahl am 28. September 1969

	Stadt Calw	Kreis Calw* (Wahlkr. 195)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	76,8	82,2	85,1	86,7
CDU/CSU	40,3	51,6	50,7	46,1
SPD	44,2	34,9	36,5	42,7
FDP	9,6	9,9	7,5	5,8
Sonstige	5,9	3,6	5,3	5,4**

* Ohne Briefwähler
** Davon entfielen auf die NPD 4,3 %

Bundestagswahl am 19. November 1972

	Stadt Calw	Kreis Calw* (Wahlkr. 195)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	80,9	88,2	90,2	91,1
CDU/CSU	43,4	52,4	49,8	44,9
SPD	42,4	36,7	38,9	45,8
FDP	13,1	9,9	10,2	8,4
Sonstige	1,1	1,0	1,1	0,9

* Ohne Briefwähler

Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 195)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	76,5	87,7	89,1	90,7
CDU/CSU	49,3	56,3	53,3	48,6
SPD	38,1	33,6	36,6	42,6
FDP	11,1	8,9	9,1	7,9
Sonstige	1,5	1,2	1,0	0,9

Bundestagswahl am 5. Oktober 1980

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 184)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	85,5	82,6	86,6	88,6
CDU/CSU	43,7	52,5	48,5	44,5
SPD	38,8	33,5	37,2	42,9
FDP	14,5	11,8	12,0	10,6
Grüne	2,5	1,8	1,8	1,5
Sonstige	0,5	0,4	0,5	0,5

Bundestagswahl am 6. März 1983

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 184)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	86,2	87,2	88,4	89,1
CDU/CSU	46,7	55,9	52,6	48,8
SPD	32,3	26,8	31,1	38,2
FDP	11,4	10,5	9,0	6,9
Grüne	8,7	6,2	6,8	5,6
Sonstige	0,9	0,6	0,5	0,5

Bundestagswahl am 25. Januar 1987

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr.184)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	82,1	81,9	83,1	84,3
CDU/CSU	42,0	50,2	46,7	44,3
SPD	30,9	26,1	29,3	37,0
FDP	13,4	13,0	12,0	9,1
Grüne	10,3	8,1	10,0	8,3
Sonstige	3,4	2,6	2,0	1,3

Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 184)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	75,9	76,0	77,4	77,8
CDU/CSU	43,4	50,5	46,5	43,8
SPD	29,6	25,0	29,1	33,5
FDP	13,8	12,5	12,3	11,0
Grüne	5,3	4,4	5,7	3,8
PDS	k. A.	0,1	k. A.	2,4
REP	3,9	3,7	k. A.	k. A.
Sonstige	4,0	3,8	6,4	5,5

Bundestagswahl am 16. Oktober 1994

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 184)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	77,8	78,1	79,7	79,0
CDU/CSU	40,8	46,0	43,3	41,5
SPD	30,3	27,6	30,7	36,4
FDP	11,4	11,4	9,9	6,9
Bündnis 90/Grüne	10,0	7,6	9,6	7,3
PDS	0,7	0,6	k. A.	4,4
REP	3,7	3,4	k. A.	k. A.
Sonstige	3,1	3,4	6,5	3,5

Bundestagswahl am 28. September 1998

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 281)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	82,2	82,3	83,1	82,2
CDU/CSU	36,6	40,9	37,8	35,2
SPD	35,6	32,1	35,6	40,9
FDP	9,5	10,0	8,8	6,2
Bündnis 90/Grüne	8,7	7,1	9,2	6,7
PDS	0,8	0,9	k. A.	5,1
REP	4,6	4,5	k. A.	k. A.
Sonstige	4,2	4,5	8,6	5,9

Bundestagswahl am 22. September 2002

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 281)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	78,3	80,6	81,1	79,1
CDU/CSU	41,6	47,3	42,8	38,5
SPD	33,0	29,5	33,5	38,5
FDP	8,3	8,1	7,8	7,4
Bündnis 90/Grüne	12,1	9,4	11,4	8,6
PDS	0,8	0,8	0,9	4,0
REP	1,1	1,2	1,1	0,6
Sonstige	3,1	3,7	2,5	2,4

Bundestagswahl am 18. September 2005

	Stadt Calw	Kreis Calw (Wahlkr. 281)	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	76,5	78,5	78,7	77,7
CDU/CSU	36,8	42,6	39,2	35,2
SPD	31,0	26,7	30,1	34,2
FDP	13,5	12,9	11,9	9,8
Bündnis 90/Grüne	9,7	8,4	10,7	8,1
Die Linke/PDS	3,9	3,4	3,8	8,7
Sonstige	5,1	6,0	4,3	4,0

Europawahlen 1979–2004

Europawahlen am 10. Juni 1979

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	49,0	54,2	59,2	65,7
CDU/CSU	47,1	53,7	52,3	49,2
SPD	35,3	30,9	34,3	40,8
FDP	9,9	8,9	8,1	6,0
Grüne	7,3	5,9	4,5	3,2
Sonstige	0,4	0,6	0,7	0,8

Europawahlen am 17. Juni 1984

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	45,5	45,0	48,2	56,8
CDU/CSU	45,4	52,5	50,9	45,9
SPD	28,4	23,7	27,3	37,4
FDP	8,7	8,6	7,1	4,8
Grüne	12,5	10,2	10,1	8,2
Sonstige	5,0	4,9	4,6	3,7

Europawahlen am 18. Juni 1989

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	56,4	57,7	58,4	62,3
CDU/CSU	36,4	41,4	39,3	37,8
SPD	29,1	25,8	29,1	37,3
FDP	8,1	7,8	7,2	5,6
Grüne	10,3	8,3	10,0	8,4
REP	9,8	8,9	8,7	7,1
Sonstige	6,3	7,8	5,7	3,7

Europawahlen am 12. Juni 1994

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	61,7	67,5	66,4	60,0
CDU/CSU	38,7	44,2	42,0	38,8
SPD	25,6	23,3	26,6	32,2
FDP	6,2	5,4	5,2	4,1
Bündnis 90/Grüne	14,1	11,3	13,2	10,1
REP	7,5	7,1	5,9	3,9
PDS	0,4	0,4	0,5	4,7
Sonstige	7,5	8,3	6,6	6,3

Europawahlen am 13. Juni 1999

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	35,4	38,6	40,6	45,2
CDU/CSU	49,1	54,2	50,9	48,7
SPD	26,5	23,8	26,1	30,7
FDP	5,7	5,1	4,9	3,0
Bündnis 90/Grüne	10,1	8,0	9,8	6,4
REP	3,6	3,4	3,3	1,7
PDS	0,7	0,8	1,1	5,8
Sonstige	4,3	4,7	3,9	3,7

Europawahlen am 13. Juni 2004

	Stadt Calw	Kreis Calw	Bad.-Württ.	Bund
Wahlbeteiligung in Prozent	49,7	54,7	53,1	43,0
CDU/CSU	43,6	50,5	47,4	44,5
SPD	19,1	16,8	19,6	21,5
FDP	9,1	7,3	6,8	6,1
Bündnis 90/Grüne	15,4	11,2	14,4	11,9
REP	2,3	3,0	2,8	1,9
PDS	1,0	0,9	1,1	6,1
Sonstige	9,5	10,3	7,9	8,0

Landtagsabgeordnete des Kreises Calw

Verfassunggebende Landesversammlung vom 9. März 1952
Württemberg-Hohenzollern

Jakob Mast (D)* 1952–1956
* 1904 Sommenhardt
† 1994 Bad Teinach-Zavelstein
Landwirt und Bürgermeister in Sommenhardt
CDU

* D = Direktmandat

2. Landtag vom 4. März 1956

Jakob Mast (D) 1956–1960
* 1904 Sommenhardt
† 1994 Bad Teinach-Zavelstein
Landwirt und Bürgermeister in Sommenhardt
CDU

Albert Ansmann (Z)* 1956–1958
* 1902 Pforzheim
† 1958 Heidelberg
Kreisschulrat
Heidelberg
SPD

Hermann Haake (Z) 1958–1960
* 1899 Rotenburg i. H.
† 1984 Stuttgart
Regierungsoberinspektor
Stuttgart
SPD

* (Z) = Zweitstimmenmandat

3. Landtag vom 15. Mai 1960

Hermann Gross (D) 1960–1964
* 1919 Eberbach a. N.
† 2005 Pforzheim
Kaufmännischer Angestellter
und Bürgermeister
Birkenfeld
SPD

Hermann Saam (Z) 1960–1964
* 1910 Neckarsulm
† 2005 Bad Wildbad
Diplomat und Bürgermeister
Bad Wildbad
FDP/DVP

4. Landtag vom 26. April 1964
Wahlperiode 1. Juni 1964 bis 31. Mai 1968

Eugen Breitling (D) 1964–1968
* 1906 Neubulach
† 1980 Calw
Industriekaufmann und
Bürgermeister
Nagold
CDU

Hermann Gross (Z) 1964–1968
* 1919 Eberbach a. N.
† 2005 Pforzheim
Kaufmännischer Angestellter
und Bürgermeister
Birkenfeld
SPD

5. Landtag vom 28. April 1968
Wahlperiode 1. Juni 1968 bis 31. Mai 1972

Dr. Georg Birk (D) 1968–1972
* 1912 Nagold
† 1991 Nagold
Regierungslandwirtschafts-
direktor
Nagold
CDU

Walter Ableiter (Z) 1968–1971
* 1922 Ludwigsburg
† 1993 Bad Wildbad
Hotelier
Bad Wildbad
FDP/DVP

Fritz Weber (Z) 1971–1972
* 1911 Stuttgart
† 1998 Bad Liebenzell
Landwirt
Bad Liebenzell-Möttlingen
FDP/DVP

Friedrich Kübler (Z) 1968–1972
* 1922 Loffenau
† 1990 Langensteinbach
Pensionsinhaber
Bad Herrenalb
NPD

Hermann Gross (Z) 1968–1972
* 1919 Eberbach a. N.
† 2005 Pforzheim
Kaufmännischer Angestellter
und Bürgermeister
Birkenfeld
SPD

6. Landtag vom 23. April 1972
Wahlperiode vom 1. Juni 1972 bis 31. Mai 1976

Hermann Dutt (D) 1972–1976
* 1934 Effringen
† 1977 Wildberg
Freier Architekt
Wildberg
CDU

Hermann Gross (Z) 1972–1976
* 1919 Eberbach a. N.
† 2005 Pforzheim
Kaufmännischer Angestellter
und Bürgermeister
Birkenfeld
SPD

7. Landtag vom 4. April 1976
Wahlperiode vom 1. Juni 1976 bis 31. Mai 1980

Hermann Dutt (D)
* 1934 Effringen
† 1977 Wildberg
Freier Architekt
Wildberg
CDU

1976
bis
29.6.1977

Arnold Tölg (D)
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

20.7.1977
bis 1980

8. Landtag vom 16. März 1980
Wahlperiode vom 1. Juni 1980 bis 31. Mai 1984

Arnold Tölg (D) 1980–1984
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

9. Landtag vom 25. März 1984
Wahlperiode vom 1. Juni 1984 bis 31. Mai 1988

Arnold Tölg (D) 1984–1988
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

10. Landtag vom 20. März 1988
Wahlperiode vom 1. Juni 1988 bis 31. Mai 1992

Arnold Tölg (D) 1988–1992
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

11. Landtag vom 5. April 1992
Wahlperiode vom 1. Juni 1992 bis 31. Mai 1996

Arnold Tölg (D) 1992–1996
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

Lothar König (Z) 1992–1996
* 1944 Neuenbürg
Grund- und Hauptschullehrer
Dobel
REP

12. Landtag vom 24. März 1996
Wahlperiode vom 1. Juni 1996 bis 31. Mai 2001

Arnold Tölg (D) 1996–2001
* 1934 Königswalde/Schlesien
Geschäftsführer
Bad Liebenzell-Möttlingen
CDU

Beate Fauser (Z) 1996–2001
* 1949 Stuttgart
Geschäftsführerin
Althengstett
FDP/DVP

Lothar König (Z) 1996–2001
* 1944 Neuenbürg
Grund- und Hauptschullehrer
Dobel
REP

13. Landtag vom 25. März 2001
Wahlperiode vom 1. Juni 2001 bis 31. Mai 2006

Thomas Blenke (D) 2001–2006
* 1960 Ludwigshafen/Rhein
Volljurist
Gechingen
CDU

Beate Fauser (Z) 2001–2006
* 1949 Stuttgart
Geschäftsführerin
Althengstett
FDP

14. Landtag vom 26. März 2006
Wahlperiode vom 1. Juni 2006 bis 31. Mai 2011

Thomas Blenke (D) 2006–
* 1960 Ludwigshafen/Rhein
Volljurist
Gechingen
CDU

Beate Fauser (Z) 2006–
* 1949 Stuttgart
Geschäftsführerin
Althengstett
FDP/DVP

Dr. Rainer Prewo (Z) 2006–
* 1945 Stuttgart-Zuffenhausen
Professor (FH) und Oberbürgermeister
Nagold
SPD

Bundestagsabgeordnete des Kreises Calw

Fritz Schuler 1949–1955
* 1885 Altensteig
† 1955 Calw
Schuhmachermeister
Calw
CDU

Arved Deringer 1957–1965
* 1913 Neustuttgart/Ukraine

Rechtsanwalt
Stuttgart
CDU

Hermann Dürr 1957–1965
* 1925 Konstanz
† 2003 Wetzikon/Schweiz
Rechtsanwalt
Calw
FDP

Dr. Helmut Prassler 1965–1975
* 1923 Gaggstatt
† 1987 Schömberg-Langenbrand
Diplom-Landwirt
Schömberg-Langenbrand
CDU

Hans Bay 1969–1972
* 1913 Dimboola/Australien
Heilpraktiker
Calw
SPD

Dr. Haimo George 1976–1985
* 1933 Oldeoni/Tansania
† 1985 Königswinter
Wirtschaftsmanager
Freiburg
CDU

Dr. Liesel Hartenstein 1976–1998
* 1928 Steinhaig
Krs. Crailsheim
Gymnasiallehrerin
Leinfelden-Echterdingen
SPD

Hans-Joachim Fuchtel seit 1987
* 1952 Sulz am Neckar
Rechtsanwalt
Altensteig
CDU

Renate Gradistanac seit 1998
* 1950 Backnang
Gymnastiklehrerin
Wildberg
SPD

Die Autorin

Michaela Weber, geboren am 21. September 1976 in Waiblingen. 1996 Abitur am Andreae-Gymnasium in Herrenberg, 1996–2003 Studium der Neueren Geschichte und Politikwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Abschluss M.A., 2002–2003 studentische Angestellte im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart, Abteilung Dokumentation.

Historische Führungen: 2002–2005 Haus der Geschichte, seit 2004 Residenzschloss Ludwigsburg, seit 2005 Neues Schloss Stuttgart und Stuttgart Marketing.

Seit 2005 Stipendiatin am Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte in Regensburg.

Arbeitet als freie Autorin und Journalistin.

Orts- und Personenregister

Anmerkung: Die Stadt Calw wird hier nicht extra aufgeführt. Orte und Personen in den Endnoten werden nicht aufgeführt.

Aachen 8
Adenauer, Konrad 41, 67
Altburg 34, 35, 51, 59, 71, 77
Alzenberg 71
Andernach 67
Andreae, Johann Valentin 78
Bad Teinach 33, 48
Baden-Baden 13
Ballmann, Hans 28
Barth, Ludwig 47, 53, 77
Bastian, Gert 68
Bay, Hans 51, 53, 54, 60, 68, 113
Bebenhausen 39
Birkenfeld 29
Blanc, Colonel 40, 76
Blenke, Thomas 110, 111
Blessing, Oskar 22, 25
Böblingen 70
Bock, Lorenz 39
Bonn 55
Bormann, Martin 11
Boulanger, Jean 8, 11, 28, 76
Butler, Carl-Hubertus von 68
Creutzberger, Rosa 32
Czaja, Herbert 59
Dagne, Franz 29, 30, 31, 75
Dobel 55
Dunst, Manfred 49
Dürr, Hermann 58, 60, 112
Enz 70
Ernstmühl 71, 77
Eschenburg, Theodor 33
Fauser, Beate 109, 110, 111
Feldmann, Olaf 69
Filbinger, Hans 54
Freiberg 73
Freiburg 13, 44
Frénot, Hubert 12, 14, 15, 16, 25, 33, 34, 40, 75
Freudenstadt 14, 26, 64, 70
Frick, Friedrich 25, 75
Friederichs, Bundeswirtschaftsminister 57
Fuchtel, Hans-Joachim 25, 60, 65, 69, 114
Fünfbronn 70
Garrweiler 70
Gaupp, Otto 28
George, Heimo 59, 60, 113
Göhner 22
Göhner, Otto 8, 11, 28
Gorbatschow, Michail 64
Gradistanac, Renate 60, 69, 114
Gündringen 70
Hägele, Karl 11
Hartenstein, Liesel 57, 58, 60, 65, 114
Heinemann, Gustav 54
Heldmaier, Martin 26
Hermann, Winfried 69
Heuss, Theodor 44, 45
Hirsau 26, 34, 35, 45, 51, 71, 77
Hitler, Adolf 11
Hochdorf 70
Höcherl, Hermann 59
Holzbronn 34, 35, 71, 78
Horb 26, 70
Jalta 38
Karl, Herbert 49
Karlsruhe 15, 71
Kiel 37
Kilpper, Gustav 29
Koblenz 13
Koenig, Pierre 12, 18
Kohl, Helmut 59, 60
König, Lothar 55, 108, 109
Kraft, Waldemar 37
Kuhn, Fritz 57
Kull, Adolf 71
Künzel, Otto 29, 30

Laffon, Emile 13
Laich, Ernst 25
Latsch 37
Lattre de Tassigny, Jean de 8, 12
Lehmann, Karl-Heinz 48, 49
Ludwigsburg 49
Maastricht 63
Maier, Reinhold 44, 45, 47
Mast, Jakob 98, 99
Mayer, Amtsgerichtsrat 31
Mayer, Staatskommissar 32
Mayer, Wolfgang 71
Mayer-Vorfelder, Gerhard 59
Müller, Gebhard 14, 41, 44, 45, 47
Nagold 53, 69
Neuenbürg 69
Neustadt 13
Nörvenich 67
Pfeiffer, Günter 35, 70
Pflüger, Tobias 65
Pforzheim 15, 17, 64
Pinkaas, Dr. 9
Potsdam 17, 33, 67
Prassler, Helmut 59, 113
Rastatt 70
Rebmann, Karl 28
Renner, Viktor 34, 41, 45
Reutlingen 23
Rheinwald, Ernst 9
Römer, Karl 11
Rottenburg 45
Rühe, Volker 58, 69
Saarbrücken 13
Sackmann, Oskar 41
Sandner, Josef 37, 51
Sannwald, Rolf 51
Sannwald, Wolfgang 55
Sauer, Paul 23
Schäfer, Friedrich 37
Schietingen 70
Schlei, Marie 57
Schmid, Carlo 14, 28, 40
Schmidt, Helmut 57, 59
Schmoller, Gustav von 38
Schuler, Fritz 41, 60, 76, 112
Seeber, Reinhold 23, 48
Simmersfeld 64
Soulier, Berta 51
Spec, Werner 49
Speßhardt 71, 77
Stammheim 19, 34, 35, 51, 59, 65, 71, 77
Steinbach, Walter 29, 30
Stoffel, Olaf 69
Stöffler, Sylvia 50
Stolpe, Manfred 58
Stoltenberg, Gerhard 57
Stuttgart 14, 15, 36, 68
Teufel, Erwin 49
Tölg, Arnold 64, 65, 105, 106, 107, 108, 109
Traber, Anton 30, 31
Tübingen 13, 14, 19, 23, 29, 30, 31, 33, 44, 76
Tuttlingen 23
Ulm 68
Vogt, Hans 28
Vollmaringen 70
Wagner, Emil 15, 16, 25, 29, 30, 39, 40, 75, 76
Wart 33
Weber, Erwin 28
Wehling, Hans-Georg 49, 50
Weida 73
Weinhold, Kurt 28
Weltenschwann 71, 77
Widmer, Guillaume 13, 33
Wildbad 17
Wildberg 33
Wildermuth, Eberhard 41
Wilhelmshaven 67
Willmann, Helmut 69
Wimberg 35, 59, 76
Wohleb, Leo 44, 45

Anmerkungen

[1] *Rudzio*, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1996 (4. Auflage); *Meyer*, Thomas: Was ist Politik?. Opladen 2000, S. 52–99.
[2] *Frei*, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), 4. Auflage. München 1996 (4. Auflage), S. 254.
[3] Zum Folgenden: *Swierczyna*, Gregor: Einmarsch – Umsturz – Besatzung – Befreiung – Wiederbeginn. Das Kriegsende im Landkreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 2005, Band 23, S. 89–117 (hier S. 91–94).
[4] Zur Besetzung Calws: *Stadtarchiv Calw*, 704/01: Bericht Ernst Rheinwalds über Calw im April 1945, S. 3; *Römer*, Karl: Die Besetzung Calws im Jahre 1945. Erinnerungen eines verantwortlichen Zeitzeugen. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte. Stuttgart 2000, 59. Jahrgang, S. 301–317; *Gebauer*, Hellmut J.: Der Calwer Marktplatz. Geschichte und Geschichten. Calw 2001, S. 219–225; *Brecht*, Martin: Kriegsende und Besetzung in Calw 1945. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 2003, Band 21, S. 155–169.
[5] Artikel: *Der Krieg endete mit Leiden und Schrecken.* In: Calwer Zeitung vom 16.04.1955.
[6] *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 104.
[7] *Archives de l' Occupation Française en Allemagne et en Autriche*, WH 1169/2: Instruction sur *la préparation morale de l' armée à l' occupation de l' Allemagne.*
[8] *Stadtarchiv Calw*, 704/01: Bericht Ernst Rheinwalds, S. 4.
[9] Ebd., S. 6.
[10] *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 104.
[11] *Stadtarchiv Calw*, 704/01: Bericht Ernst Rheinwalds, S. 6.
[12] *Römer*: Besetzung Calws, S. 312; *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 226.
[13] *Frei*: Der Führerstaat, S. 153–164, 255.
[14] Zum Folgenden: *Römer*: Besetzung Calws, S. 310; *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 220–221.
[15] *Kreisarchiv Calw*, Zeitungsausschnittesammlung Bezirk 1919–1949.
[16] *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 107.
[17] Dem Calwer *Antifa* gehörten folgende Mitglieder an: Kurt Weinhold, Erwin Weber, Karl Rebmann, Paul Adolf, David Bauer, Franz Dagne, Friedrich Frick, Otto Gaupp, Fritz Kohler, Ernst Laich, Georg Pfetsch, Wilhelm Riepp, Hans Vogt und Emil Wagner. Siehe: *Gebauer*, Hellmut J.: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw. Ein geschichtlicher Überblick (Kleine Reihe Archiv der Stadt Calw, Band 12). Calw 2000, S. 71.
[18] *Landeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 13). Stuttgart 1986, S. 611.
[19] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende.
[20] Einen Einblick in die Persönlichkeit Frénots gibt der Aufsatz von: *Barth*, Fritz: Der Gouverneur, der im Schwarzwald blieb. Hubert Frénot, französischer Militärbefehlshaber für die Kreise Calw und Freudenstadt, wäre 1997 hundert Jahre alt geworden. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1997, Band 15, S. 161–169.

[21] Chronik der Deutschen. Dortmund 1983, S. 933. Das Saarland sollte nach dem Krieg europäisiert werden, was die Bevölkerung in einer Abstimmung 1955 allerdings ablehnte.
[22] Zum Folgenden: *Krautkrämer*, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991, S. 17–36. Zu den französischen Strukturen insbesondere: Ebd., S. 31–32.
[23] *Zauner*, Stefan: Württemberg-Hohenzollern. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 55–74 (hier S. 58).
[24] *Müller*, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, erster Aufsatz (hier S. 14).
[25] Ebd., S. 14, 16. Die Delegierten waren Gustav Kilpper (Ernährung, Landwirtschaft und Wirtschaft), Lothar Rossmann (Inneres), Hermann Binder (Kult) und Gebhard Müller (Justiz).
[26] Zum Folgenden: *Nüske*, Gerd Friedrich: Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Landesregierungen. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 81–110. Die Landesdirektoren waren: Carlo Schmid (Justiz sowie Kult, Kunst und Erziehung), Lothar Rossmann (Inneres), Gustav Kilpper (Wirtschaft), Clemens Moser (Arbeit) und Paul Binder (Finanzen).
[27] *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 107.
[28] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Rede Emil Wagners anlässlich der Verabschiedung Gouverneur Frénots, S. 2. Hubert Frénot schied im November 1947 aus dem Amt. Seine Nachfolger waren Colonel Blanc und Colonel Bertin.
[29] Siehe: *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 109–113. Auch die Verkehrssituation war zunächst schwierig, konnte aber schneller organisiert werden. So fuhren ab 22. Dezember 1945 zwischen Calw und Wildberg bereits wieder Züge.
[30] Besonders schlimm hatte es die Gemeinden Stammheim und Deckenpfronn getroffen. Durch Abwurf von Fliegerbomben in den letzten Kriegstagen waren 214 Gebäude vollkommen zerstört worden. Dazu: *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, S. 14.
[31] *StA SIG*, Wü 65/7 T 2: Monatsberichte des Landratsamts Calw 1946–1947. Wie streng die Zonengrenze eingehalten werden musste, zeigt die Situation in der Calwer Kreisgemeinde Birkenfeld. Die dortigen Landwirte durften anfangs ihre auf Dietlinger Gemarkung liegenden Grundstücke nicht betreten, weil diese zur amerikanischen Zone gehörten. *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Rede Emil Wagners anlässlich der Verabschiedung Gouverneur Frénots, S. 17 ff.
[32] Insgesamt handelte es sich um etwa 7800 Personen. Siehe: *StA SIG*, Wü 65/7 T 2, Monatsberichte des Landratsamts Calw 1946–1947.
[33] Zum Folgenden: *Schefold*, Willi: Landwirtschaft und Ernährung. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 323–332; *Frei*: Der Führerstaat, S. 251.
[34] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, S. 25–26.
[35] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Ebd., S. 28 f.
[36] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Rede Emil Wagners anlässlich der Verabschiedung Gouverneur Frénots, S. 3. Im September 1945 waren dem Kreis Calw aus angrenzenden Kreisen größere Mengen Kartoffeln zugewiesen worden. Wagners Aufgabe war

es, die bereits geernteten Kartoffeln in den Calwer Raum zu bringen unter Aufbietung des gesamten Fuhrparks und mit Hilfe der Schuljugend sowie der Bevölkerung.
[37] Im Februar 1947 stellte Frénot dem Kreis 10 000 RM aus den Arbeitserträgen der im Lager Balingen inhaftierten Calwer Nationalsozialisten zur Verfügung. Damit sollten die Suppenküchen unterstützt werden. Siehe: *Barth*: Der Gouverneur, der im Schwarzwald blieb, S. 166.
[38] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, S. 32.
[39] *Stadtarchiv Calw*, Stiftungen 08: Schriftverkehr Emil Wagners mit Gouverneur Frénot, Memoiren (1945–1949).
[40] *StA SIG*, Wü 65/7 T 2: Monatsberichte des Landratsamts Calw 1946–1947.
[41] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, S. 22. Es existiert eine Liste ohne Jahresangabe, auf der kreisweit 155 Maschinenentnahmen verzeichnet sind. In Calw-Stadt waren betroffen: P. Einsele (1 Maschine) und Christ. Ludwig Wagner (5 Maschinen). Robert Seuffer aus dem heutigen Stadtteil Hirsau verlor 3 Maschinen. Auf einer Nachtragsliste, die vom 21. April 1948 datiert, befindet sich die Firma Herrmann aus Stammheim (1 Maschine entnommen). Siehe: *Kreisarchiv Calw*, LRA I A 14. Die Firma Lufag (Luftfahrtgerätegesellschaft) in Calw, die während des Krieges mit Zwangsarbeitern Zubehörteile für die Flugzeugindustrie hergestellt hatte, entging der Demontage. Das war unter anderem der Fürsprache Colonel Blancs zu verdanken. Auf dem Gelände produzierte zunächst die Firma Gutbrod Automobile, ehe die Betriebsstätte 1954 vom Hausgerätehersteller Bauknecht übernommen wurde. Dazu: Amtsblatt für den Kreis Calw vom 28.10.1949; Aufsatz: Qualität aus dem Nordschwarzwald für ganz Europa. Bauknecht – Motor des technischen Fortschritts. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1987, Band 5, S. 214–223 (hier S. 216); *Bay*, Hans: Wille zur Veränderung. Aus 40 Jahren SPD-Politik im Kreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1997, Band 15, S. 224–235 (hier S. 227–228).
[42] Vor der Währungsreform konnte von keinem geregelten Arbeitsmarkt gesprochen werden. Aufgrund des Währungsverfalls lockte Verdienst in Bargeld nicht. Erst ab der zweiten Jahreshälfte 1948 normalisierte sich die Lage. In Württemberg-Hohenzollern (ohne Lindau) gab es im Dezember 1947 502 401 beschäftigte Personen. 1309 Personen galten zum gleichen Zeitraum als arbeitslos. Im Kreis Calw waren zum 30. Juni 1946 24 300 Menschen als beschäftigt gemeldet. Siehe: *Statistisches Landesamt für Württemberg-Hohenzollern* (Hrsg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde. 2. Jahrgang. Tübingen 1947, S. 202; *Theiss*, Konrad/Baumhauer, Hermann (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Aalen 1959, S. 89.
[43] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, S. 23.
[44] *Stadtarchiv Calw*, 704/02: Ebd., S. 9.
[45] *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 38–39.
[46] *Schmid*, Josef: Parteien. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1995 (2., neu bearbeitete Auflage), S. 432–435.
[47] Chronik der Deutschen, S. 931.
[48] Zum Folgenden: *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 108–109.
[49] *AdOC*, WH 1169/2. Dem Kreisvertrauensrat gehörten an: Kurt Weinhold, Otto Gaupp, Franz Dagne, Walter Steinbach, Hans Ballmann, Karl Rebmann, Gottlieb

Gugeler, Karl Titelius, Thusnelde Wolff, Gottlieb Hennefarth. Siehe: *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 71; *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 107.

[50] Zur Entstehung von Parteien in Württemberg-Hohenzollern: *Adam*, Uwe Dietrich: Parteien und Wahlen. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 125–156; *Sauer*, Paul: Die Entwicklung der Parteien. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 158–182.

[51] *Dähn*, Horst: SPD im Widerstand und Wiederaufbau (1933–1952). In: Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 3). Stuttgart 1979, S. 192–232.

[52] *Adam*, Uwe Dietrich: Die CDU in Württemberg-Hohenzollern. In: Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 2). Stuttgart 1978, S. 163–191. Sieben der 25 Gründungsmitglieder vom 6. Januar 1946 stammten aus dem Kreis Calw: Gottlieb Gugeler, Oberlehrer Kressle, Fabrikant Lappe, Jakob Mast, Direktor Rieger, Fritz Schuler und Stationsvorsteher Weber. Siehe: *Fuchtel*, Hans-Joachim: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1995, Band 13, S. 89–101 (hier S. 91).

[53] *Adam*, Uwe Dietrich: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978. In: Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 4). Stuttgart 1979, S. 220–252.

[54] *Sauer*: Die Entwicklung der Parteien, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 175.

[55] Im Zusammenhang mit den Wahlvorschlägen zur ersten freien Wahl am 15. September 1946 ist von Ortsgruppen der drei Parteien die Rede. Siehe: *Kreisarchiv Calw*, LRA I A 85.

[56] *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 92. Das Gründungsdatum der Stammheimer CDU-Ortsgruppe betreffend, gehen die Meinungen auseinander. Fuchtel spricht in seinem Aufsatz von Ende 1946, die jetzige Kreisgeschäftsführerin Ursula Pfrommer von Oktober 1945 (E-Mail vom 01.09.2006).

[57] Zum Pressewesen allgemein: *Hellersberg*, Paul: Pressepolitik in bewegter Zeit. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 351–366. In Calw: *Gebauer*, Hellmut J.: 175 Jahre Calwer Presse. Eine chronologische Übersicht. Calw 2001.

[58] *AdOC*, WH 1169/2.

[59] In: Nachrichtenblatt der Militär-Regierung für den Kreis Calw vom 7.09.1946.

[60] Statistisches Landesamt für Württemberg-Hohenzollern (Hrsg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde. 1. Jahrgang. Tübingen 1946. Heft Nr. 6a, S. 17. Heft Nr. 5/6, S. 21. 1948 gab es erneut Wahlen zum Gemeinderat sowie zur Kreisversammlung. Die Stimmenverteilung für Calw ist im Anhang aufgelistet.

[61] *Sauer*: Die Entwicklung der Parteien, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 174. Ausgang des Verfassungsreferendums in Calw: *Stadtarchiv Calw*, 421/404.

[62] Zum Folgenden: *AdOC*, WH 1169/2.

[63] *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 92.

[64] *AdOC*, WH 1169/2.

[65] Zitiert nach: *Nüske*, Gerd Friedrich: Entnazifizierung. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 201. Darstellungen zur Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern und dem Kreis Calw: *Henke*, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nummer 42). Stuttgart 1981; *Nüske*, S. 201–216 (siehe oben); *Zauner*: Württemberg-Hohenzollern, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 62–63; *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 107–109.
[66] Informationen zu Mitgliedern des Fünfer-Ausschusses – etwa zu Hans Ballmann und Kurt Weinhold – befinden sich in: *Gebauer*, Hellmut J./Würfele, Hartmut: Bedeutende Frauen und Männer (Reihe Calw – Geschichte einer Stadt). Calw 2005.
[67] *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 230–232. Der Leiter des KRUA Verwaltung, Franz Dagne, gehörte der SPD an und wird in den Quellen als Gewerkschaftssekretär bzw. Gewerkschaftsleiter bezeichnet. Siehe: *Kreisarchiv Calw*, LRA I A 85/A 87.
[68] Vom 13. bis zum 20. April 1947 fanden Gespräche statt zwischen einem Vertreter des Staatskommissars und den Vorsitzenden sämtlicher KRUA. Inhaltsprotokolle siehe: *StA SIG*, Wü 13/110.
[69] *StA SIG*, Wü 13/110.
[70] *StA SIG*, Wü 13/156. Das Schreiben datiert vom 22. Januar 1947.
[71] *Henke*: Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, S. 58.
[72] Wagner hatte von Januar 1943 bis August 1944 in Berlin die *Fachgruppe Wirkerei und Strickerei* geleitet, wurde aber aufgrund politischer Unzuverlässigkeit von dieser Aufgabe entbunden. Siehe: *Swierczyna*: Das Kriegsende im Landkreis Calw, S. 107.
[73] Zum Folgenden: *KPD verläßt Säuberungsausschuß*. In: *Unsere Stimme* vom 26.05.1948.
[74] *StA SIG*, Wü 13/149.
[75] *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 231–232. Rosa Creutzberger betreffend wurde später bekannt, dass sie im Vernichtungslager Auschwitz umkam.
[76] Mitgezählt sind bis zu zwei Millionen Todesopfer. Dazu: *Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg* (Hrsg.): Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Stuttgart 2002, S. 23.
[77] Chronik der Deutschen, S. 939.
[78] *Binder*, Friedrich: Vertriebenen- und Sozialwesen in Württemberg-Hohenzollern. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 340. Kreis Calw siehe: *StA SIG*, Wü 65/7 T 2, Monatsbericht Dezember 1946. Zur Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Württemberg-Hohenzollern und dem Kreis Calw: *Binder*, S. 339–350 (siehe oben); *Kühne*, Andrea: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld deutscher und französischer Interessen (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Band 9). Sigmaringen 1999.
[79] In seinen Memoiren erinnert sich Eschenburg: *Das war eigentlich ein ziemlich starkes Stück. Ich war nicht gefragt worden, hatte weder einen Vertrag noch eine Ernennungsurkunde, geschweige denn eine Genehmigung der französischen Militärregierung. Einen Augenblick spielte ich mit dem Gedanken, das Mißverständnis aufzuklären und zu offenbaren, daß ich erst aus der Rede* (Carlo Schmids, Anmerkung der Verf.) *von meiner Berufung erfahren hätte. Aber die Anwesenheit von vierzig Landräten, Bürgermeistern und Beamten, die Peinlichkeit eines allgemeinen Geläch-*

ters und die Notwendigkeit, ein Auskommen für meine Familie zu finden, ließen mich gute Miene zum gewagten Spiel machen. Immerhin hatte ich nun wieder eine berufliche Position. Zitiert nach: *Eschenburg*, Theodor: Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999. Berlin 2002, S. 87. Eschenburgs Rundschreiben Nr. 20, *Anweisung und Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Aufnahme von Flüchtlingen im französisch besetzten Gebiet Württembergs und Hohenzollerns*, befindet sich in: *Kreisarchiv Calw*, S I/XV: Französische Besatzungszeit 1945–1949, Sonstiges.

[80] *Pfeiffer*, Günter: Der Kreis gestern – heute – morgen. In: Zerr, Herbert (Hrsg.): Der Kreis Calw. Aalen, Stuttgart 1986 (2., neubearbeitete und ergänzte Auflage), S. 223; *Kühne*, Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 136. Pfeiffer erwähnt auch noch Lager in Bad Herrenalb und Ebhausen.

[81] *Kühne*: S. 144.

[82] Zitiert nach: Ebd., S. 145–146. Das französische Original befindet sich in: *AdOC* AP: caisse 1287 paquet 10.

[83] Zum Folgenden: Ebd., S. 147, 148, 154, 155.

[84] Ebd., S. 165, 167.

[85] Ebd., S. 175.

[86] Die Daten wurden entnommen aus: *Kreisarchiv Calw*, S I/VI: Oberamtliche Doku-Sammlung VI, OA-Verwaltung allg.

[87] *Pfeiffer*: Der Kreis gestern – heute – morgen, in: Zerr (Hrsg.): Der Kreis Calw, S. 223.

[88] *Kühne*: Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 172. Zur Siedlung Wimberg: www.elkw.de/gemeinde/calw/vorstellungdergemeinde.

[89] *Haus der Heimat* (Hrsg.): Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, S. 29. Zum BdV-Landesverband Baden-Württemberg siehe: www.bdv-bw.de.

[90] Schwäbisches Tagblatt vom 02.07.1949.

[91] Schwäbisches Tagblatt vom 05.09.1949.

[92] Ein Heimatabend der Calwer Vertriebenen fand am 7. Juli 1949 statt. Siehe: Schwäbisches Tagblatt vom 11.07.1949.

[93] Chronik der Deutschen, S. 957.

[94] *Sandner*, Josef: 40 Jahre Paten- und Partnerschaft Calw – Latsch. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1998, Band 16, S. 132–143.

[95] *Schmoller*, Gustav von: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besatzung. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 217–232. *Displaced Persons*: Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs zwangsdeportiert worden waren – etwa, um in der deutschen Rüstungsindustrie oder bei Landwirten zu arbeiten. Nicht alle wagten nach 1945 die Rückkehr in ihr Heimatland, vor allem aus politischen Gründen.

[96] *Schefold*: Landwirtschaft und Ernährung, in: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 329.

[97] *Stadtarchiv Calw*, Stiftungen 08: Schriftverkehr Emil Wagners mit Gouverneur Frénot, Memoiren (1945–1949).

[98] Zum Folgenden: *Nüske*: Neubeginn von oben. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 81–110 (hier besonders S. 96–110).

[99] Siehe: *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 39.

[100] Wochenbericht des Landrats an den Gouverneur vom 13.06.1948. *Stadtarchiv Calw*, Stiftungen 08: Schriftverkehr Emil Wagners mit Gouverneur Frénot, Memoiren (1.11.1947–31.12.1948).
[101] *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 39–42.
[102] Siehe: *Schmoller*: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besatzung. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 218 f.
[103] *Schefold*: Landwirtschaft und Ernährung, in: Ebd., S. 329.
[104] Artikel: *Nicht höchster, sondern erster Diener des Kreises*. In: Nagold-Enz-Bote vom 16.11.1949.
[105] *AdOC*, WH 1169. Im Original heißt es: *(L)aissera dans ce pays … l' empreinte du notre*.
[106] Schwäbisches Tagblatt vom 06.08.1949.
[107] Zum Folgenden: Schwäbisches Tagblatt vom 21.05., 04.07. und 25.07.1949.
[108] *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 97.
[109] Chronik der Deutschen, S. 953.
[110] Das Folgende ist zitiert nach: *Moersch*, Karl/Hölzle, Peter: Kontrapunkt Baden-Württemberg. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Südweststaats. Leinfelden-Echterdingen 2002, S. 16.
[111] Verwendete Darstellungen zur Entstehung Baden-Württembergs: *Nüske*, Gerd Friedrich: Die Rolle Württemberg-Hohenzollerns bei der Bildung des Südweststaates. In: Gögler et al. (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, S. 367–404; *Kiesinger*, Kurt Georg: Der Kampf im Bundestag um den Südweststaat. In: Ebd., S. 405–424; *Feuchte*, Paul: Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Südweststaatfrage. In: Ebd., S. 425–438; *Nüske*, Gerd Friedrich: Ministerrat in Stuttgart und Überleitung in den Südweststaat 1952. In: Ebd., S. 439–442; *Weinacht*, Paul-Ludwig: Der Weg in den Südweststaat. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 310–323.
[112] *Deutscher Bundestag* (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2001, S. 77. Der Wortlaut dieser Passage geht zurück auf Theodor Eschenburg, vormals Flüchtlingskommissar von Württemberg-Hohenzollern. Er schreibt: *Ein Ministerialrat* (Eschenburg, Anmerkung der Verf.) *aus einem winzigen Land mit einer Million Einwohnern trifft ein Mitglied des Parlamentarischen Rats im Wandelgang, formuliert auf dessen Bitte aus dem Stegreif einen Verfassungsartikel, und kurz darauf steht der Text im Grundgesetz*. Siehe: *Eschenburg*: Erinnerungen 1933–1999, S. 140.
[113] Allgemeine Zeitung Mainz vom 27.07.1948. Zu finden in: *StA SIG*, Wü 2/116 T 4.
[114] Zum Folgenden: Calwer Zeitung vom 03.12., 07.12. und 08.12.1951.
[115] Auf Kreisebene errang allerdings die CDU das beste Ergebnis. Ihr Kandidat Jakob Mast aus Sommenhardt zog in besagte Versammlung ein. Siehe: *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 95.
[116] *Weinacht*: Der Weg in den Südweststaat. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat, S. 319
[117] *Deutscher Bundestag* (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, S. 26.
[118] *Wehling*, Hans-Georg: Unterschiedliche Kommunalverfassungen in den Ländern. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 242). Bonn 1994, S. 15–28 (hier besonders S. 18–20).
[119] Zum Folgenden: *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 81–82.
[120] Kreisnachrichten vom 15.05.1991.

[121] Wahlberechtigt ist jeder Deutsche ab 18 Jahren, der seit mindestens drei Monaten ortsansässig ist. Auch Bürgern aus EU-Staaten ist die Teilnahme an Kommunalwahlen laut Art. 28 (1) GG möglich. Siehe: *Deutscher Bundestag* (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, S. 26. Zum Wahlsystem: *Bechtel*, Michael: Grundlagen der anstehenden Wahlen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell. Bonn 1994, S. 10–17 (hier S. 15).
[122] *Stadtarchiv Calw*, 696/110.
[123] *Stadtarchiv Calw*, 694/07.
[124] Zitiert nach: *Wehling*, Hans-Georg: Gesellschaftliche Akteure in der Kommune. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik, S. 29–32 (hier S. 29).
[125] Kreisnachrichten vom 03.06.1994.
[126] Kreisnachrichten vom 09.06.1994.
[127] Kreisnachrichten vom 31.05.1994.
[128] *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 108–109.
[129] Kreisnachrichten vom 31.05.1994.
[130] Kreisnachrichten vom 03.06.1994. Der Einladung folgten Beate Fauser (FDP) und Renate Gradistanac (SPD).
[131] Kreisnachrichten vom 03.06.1994.
[132] *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 107, 114.
[133] Zum Folgenden: *Wehling*: Gesellschaftliche Akteure in der Kommune. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik, S. 30.
[134] Die Ergebnisse der Calwer Gemeinderatswahlen 1948–2004 befinden sich im Anhang. Sie wurden entnommen aus: *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 112–115; www.statistik.baden-wuerttemberg.de.
[135] Zitiert nach: *Wehling*: Unterschiedliche Kommunalverfassungen in den Ländern. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik, S. 25.
[136] *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 102–111. Im Jahr 2004 hat sich daran nichts geändert. Berta Soulier starb im Sommer 2005 kurz vor ihrem 100. Geburtstag. Siehe: *Recklies*, Ralf: Calwer Notizen. In: Gäubote Herrenberg vom 03.09.2005. Hans Bay berichtet über die Arbeit der Calwer Kreis-SPD in: *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 224–235.
[137] *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 98.
Am 21. Juli 2005 wurde die Calwer Hauptsatzung geändert. Der Wortlaut von § 16 (2) ist gleich geblieben. Siehe: www.calw.de.
[138] Zum Folgenden: *Bechtel*: Grundlagen der anstehenden Wahlen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell, S. 14.
[139] Mitte 2006 hat die seit dem Vorjahr regierende Koalition aus CDU/CSU und SPD eine Föderalismusreform verabschiedet.
[140] Bis 1996 wurde der baden-württembergische Landtag alle vier Jahre gewählt. Seither dauert die Legislaturperiode fünf Jahre lang.
[141] Siehe: *Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg* (Hrsg.): Landtag von Baden-Württemberg. Ein Leitfaden zu Aufgaben und Geschichte des Landtags. Baden-Baden 2004 (12. aktualisierte und erweiterte Auflage), S. 73 f.
[142] Da Überhang- und Ausgleichsmandate möglich sind, sitzen allerdings häufig mehr als 120 Abgeordnete im Landtag. Momentan (2006) besteht das baden-württembergische Parlament aus 139 Volksvertretern.
[143] Zitiert nach: *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 225 f. Am Beispiel der Bundestagswahlen wird auf den Wahlkampf in der Hesse-Stadt noch ausführlicher eingegangen.

[144] Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1956–2006 sind im Anhang zu finden. Sie stammen aus: Calwer Zeitung bzw. Kreisnachrichten und www.statistik.baden-wuerttemberg.de.
[145] Das Folgende ist zitiert nach: *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 225.
[146] Kreisnachrichten vom 16.05.1960.
[147] Ministerpräsident Filbinger regierte von 1966 bis 1978. Siehe: *Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg* (Hrsg.): Landtag von Baden-Württemberg, S. 126–129.
[148] *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 141.
[149] *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 226.
[150] Die Partei *Die Republikaner* wurde 1983 von den ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie dem Journalisten Franz Schönhuber in München gegründet. Ihr größter Erfolg gelang der Partei 1992 in Baden-Württemberg. Ermöglicht wurde er durch die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in denen eine zunehmende Akzeptanz für fremdenfeindliche Einstellungen beobachtet werden konnte. Zur Person Lothar Königs: Geboren am 8. September 1944 in Neuenbürg, von 1969 bis 1993 Lehrer an den Grund- und Hauptschulen in Bad Herrenalb, Bad Wildbad und Calmbach. 1971–1999 Gemeinderat in Dobel, 1971–1989 Mitglied der CDU, seit 1989 bei den Republikanern, seit 1990 Vorsitzender des Kreisverbands Calw und Mitglied des Landesvorstands, seit 1991 Mitglied des Landespräsidiums. Mitglied der Fraktion der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg (1992–2001), in dieser Zeit parlamentarischer Geschäftsführer der REP-Fraktion sowie bildungs- und kommunalpolitischer Sprecher.
[151] Inanspruchnahme der Sozialkassen durch Ausländer: Während die Sozialhilfequote der deutschen Bevölkerung zwischen 1980 und 2000 von 1,4 % auf 3,3 % anstieg, wuchs die Sozialhilfequote der in Deutschland lebenden Ausländer in diesem Zeitraum von 1,4 % auf 8,2 % an. 1992 bezogen annähernd 12 % der Ausländer und über 10 % der Asylbewerber Sozialhilfe. Der Rückgang der Quoten danach ist auf gesetzliche Änderungen zurückzuführen. Dass sie dennoch überproportional erscheint, hat unter anderem mit dem für manche Zuwanderungsgruppen restriktiven Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu tun. Siehe Thomas K. Bauer: Migration, Sozialstaat und Zuwanderungspolitik. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg,): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 71 (2002), 2, S. 249–271 (hier S. 258); www.destatis.de.
[152] Kreisnachrichten vom 07.04.1992.
[153] Zum Folgenden: *Bechtel*: Grundlagen der anstehenden Wahlen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell, S. 10; *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 213–261.
[154] *Deutscher Bundestag* (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, S. 31. Auch hier können es mehr Abgeordnete werden (Überhang- und Ausgleichsmandate). Im 16. Bundestag sitzen 614 Volksvertreter. Siehe: www.bundestag.de.
[155] Sie erhalten vom Staat finanzielle Zuwendungen. Zur Parteienfinanzierung: *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 116–126.
[156] Kreisnachrichten vom 14.09.1994.
[157] Kreisnachrichten vom 18.09.1976.
[158] Kreisnachrichten vom 25.09.1976.
[159] Kreisnachrichten vom 16.09.1994.
[160] Kreisnachrichten vom 05.10.1994.

[161] Kreisnachrichten vom 14.10.1994. Siehe auch: *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 89.
[162] Kreisnachrichten vom 08.11.1972.
[163] Kreisnachrichten vom 28.09.1976. Der DKP-Kandidat Klaus Maussner versuchte, die Veranstaltung in seinem Sinne umzufunktionieren.
[164] Kreisnachrichten vom 30.09.1976.
[165] Kreisnachrichten vom 01.10.1980.
[166] Kreisnachrichten vom 14. und 21.10.1972.
[167] Kreisnachrichten vom 06.11.1972.
[168] Kreisnachrichten vom 29.11.1990.
[169] Kreisnachrichten vom 06.10.1994. Nur wenige Monate nach der Landtagswahl 2006 fusionierten die FDP-Ortsverbände Calw und Althengstett, *um effektiver zu arbeiten*. Siehe: *Recklies*, Ralf: Calwer Notizen. In: Gäubote Herrenberg vom 22.07.2006.
[170] Die Wahlergebnisse 1953–2005 befinden sich im Anhang. Sie wurden folgenden Quellen entnommen: Calwer Zeitung bzw. Kreisnachrichten; *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell, S. 10; www.statistik.baden-wuerttemberg.de; www.bundeswahlleiter.de.
[171] Zur Entwicklung des deutschen Parteiensystems: *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 126–145.
[172] Kreisnachrichten vom 18.10.1994.
[173] Seit der Hartz-IV-Gesetzgebung ist die politische Linke allerdings in Bewegung geraten. Es wurde die *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG) gebildet. Bei der Bundestagswahl 2005 trat sie gemeinsam mit der PDS als Linkspartei an und schaffte den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.
[174] *Fuchtel*: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995, S. 97–100.
[175] Kreisnachrichten vom 03.12.1990.
[176] *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 226, 231–235; Kreisnachrichten vom 29.09.1998. Die Bundestagsabgeordneten des Kreises Calw befinden sich im Anhang aufgelistet.
[177] Die Wahlergebnisse 1979–2004 sind im Anhang wiedergegeben. Sie wurden entnommen aus: Kreisnachrichten; www.statistik.baden-wuerttemberg.de; www.bundeswahlleiter.de.
[178] Zum Folgenden: *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 29–36.
[179] Siehe: www.duesseldorf.de/statistik/themen/europawahl_2004/analyse.pdf.
[180] Kreisnachrichten vom 09.06.1979.
[181] Im Mai beispielsweise hielt die Calwer Europa-Union eine Veranstaltung ab zum Thema *Europäisch leben lernen in Calw* (Kreisnachrichten vom 31.05.1979). Am 9. Juni hatte die Junge Union vor der Kreissparkasse einen Informationsstand (Kreisnachrichten vom 09.06.1979).
[182] Kreisnachrichten vom 11.06.1979.
[183] Kreisnachrichten vom 13.06.1984. Daneben informierten Politiker wie die Europaabgeordnete Heinke Salisch (SPD) über Situation und Perspektiven der EG (Kreisnachrichten vom 14.06.1984).
[184] Kreisnachrichten vom 19.06.1984.
[185] Auf das Thema Aussiedler wird an anderer Stelle ausführlicher eingegangen.
[186] Kreisnachrichten vom 07.06.1989.
[187] Kreisnachrichten vom 14.06.1989.
[188] Kreisnachrichten vom 02.06.1989.

[189] Kreisnachrichten vom 10.06.1989.
[190] Dazu: Kreisnachrichten vom 20.06.1989. Der Vorsitzende der Republikaner, Helwig Finger, meinte, *seine Partei liege voll im Trend*, und schloss dieser Feststellung sogleich die Forderung nach einem *schärfere(n) Durchgreifen der „Ordnungsorgane“* in der Calwer Fußgängerzone an.
[191] Siehe Kapitel Kommunalwahlen.
[192] Kreisnachrichten vom 13.06.1994 (mit Zitat).
[193] Kreisnachrichten vom 10.06.1999. Zu Tobias Pflüger: Geboren am 1. Februar 1965 in Stuttgart. Nach dem Abitur Studium der Politikwissenschaft und Empirischen Kulturwissenschaft in Tübingen. 1996 Gründung der Informationsstelle Militarisierung e. V., Experte in Bezug auf das in Calw stationierte Kommando Spezialkräfte. Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion der Vereinten Europäischen Linken). Siehe: http://tobiaspflueger.twoday.net.
[194] Dazu (inkl. Zitate): Kreisnachrichten vom 14.06.1999.
[195] Zum Folgenden (inkl. Zitat): *Bald*, Detlef: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005. München 2005, S. 18.
[196] Chronik der Deutschen, S. 934. Die Montan-Union wurde 1951 gegründet (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl).
[197] *Bald*: Die Bundeswehr, S. 7–9.
[198] *Engel*, Günter: Der Landkreis Calw und seine Soldaten. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1986, Band 4, S. 81–89 (Zitat: S. 81).
In der Tat wurde die Bundeswehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Kreis Calw. Im Jahr 1981 leistete die Standortverwaltung Calw unter anderem folgende Ausgaben:
- Verpflegung: DM 3.430.000,-
- Beschaffungen aller Art: DM 5.498.000,-
- Bauunterhaltung: DM 1.600.000,-
- Liegenschaftsbewirtung: DM 3.795.000,-

Zahlen in: *Spiekermann*, Alfons: Luftlandebrigade 25. Portrait eines Großverbandes des Heeres. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1982, Band 1, S. 70–77 (hier S. 77).
[199] *Spiekermann*: Luftlandebrigade 25, S. 72.
[200] Zum Folgenden: *Engel*: Der Landkreis Calw und seine Soldaten, S. 81–89.
[201] So ersangen im Sommer 1971 Angehörige des Fallschirmjägerbataillons 251 bei einem Chorwettbewerb in Bad Liebenzell einen Geldbetrag, der dem Bau eines Altenheims in Calw zugute kam. Siehe: *Engel*: Der Landkreis Calw und seine Soldaten, S. 85; *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 262 f.
[202] Kreisnachrichten vom 16.06.1989 (inkl. Zitat).
[203] Dazu: *Gebauer*: Der Calwer Marktplatz, S. 261.
[204] Zitiert nach: Kreisnachrichten vom 06.04.1971.
[205] Zum Folgenden: *Bay*: Wille zur Veränderung, S. 226–227.
[206] Gert Bastian: Geboren am 26. März 1923 in München. 1956–1980 in der Bundeswehr, zuletzt als Divisionskommandeur im Dienstrang eines Generalmajors. War gegen die Stationierung atomarer Sprengköpfe in Mitteleuropa, schloss sich der Friedensbewegung an. 1983–1987 Mitglied des Bundestages (bei den Grünen, von Februar 1984 bis März 1986 allerdings fraktionslos). Wurde mit seiner Lebensgefährtin Petra Kelly am 19. Oktober 1992 tot aufgefunden.
Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Gert_Bastian.

Petra Kelly: Geboren am 29. November 1947 in Günzburg. 1966–1970 Studium der Politischen Wissenschaften und der Weltpolitik an der American University in Washington. 1972–1982 tätig für die Europäische Kommission in Brüssel. 1973 Gründung der *G. P. Kelly-Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e. V.* nach dem Krebstod ihrer Halbschwester Grace Patricia. (Diese Vereinigung wird seit vielen Jahren von der Calwer Bürgerin Erika Heinz geleitet.) 1979 Austritt aus der SPD und Gründungsmitglied der Grünen. 1982 erhielt sie den alternativen Friedens-Nobelpreis. 1983–1990 Bundestagsabgeordnete der Grünen. 1992 gewaltsamer Tod. In: http://de.wikipedia.org/wiki/Petra_Kelly.

[207] *Bald*: Die Bundeswehr, S. 131–148.

[208] Ebd., S. 162.

[209] Das Friedensnetz Calw beschäftigt sich mit Ursachen von kriegerischen Auseinandersetzungen und Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln. Es gehört zum Friedensnetz Baden-Württemberg. Das ist ein Zusammenschluss von Friedensinitiativen, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien, etc. Siehe: www.friedensnetz.de.

[210] Kreisnachrichten von Ende März und Anfang April 1999.

[211] Zur Verwaltungsgeschichte des Kreises Calw: *Fischer*, Karl-Heinz/Braun, Wolfbert: Die Verwaltungsgeschichte des Landkreises Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1982, Band 1, S. 15–21; *Pfeiffer*, Günter: Der Landkreis Calw vom Königreich Württemberg bis zu den Gebietsreformen in Baden-Württemberg. In: Zerr (Hrsg.): Der Kreis Calw, S. 209–218; *Barsuhn*, Kristin: Ein schönes Fleckchen Erde. Die Kreisreform legte vor 25 Jahren neue Grenzen um den Landkreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1998, Band 16, S. 9–16.

[212] *Stoffel*, Olaf: Die Effekte der Gemeindegebietsreform in Baden-Württemberg. Heidelberg 1991, S. 12.

[213] 1970 fand im alten badischen Landesteil eine Volksabstimmung statt, die eine Mehrheit für den Erhalt Baden-Württembergs brachte. Zur Kreisreform im Land: *Schimanke*, Dieter: Verwaltungsreform Baden-Württemberg. Verwaltungsinnovation als politisch-administrativer Prozess (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 71). Berlin 1978, S. 76–95.

[214] Dies war insofern unverständlich, als der Kreis mit seiner Größe und Einwohnerzahl fast idealtypisch dem Denkmodell entsprach. Siehe: *Fischer/Braun:* Die Verwaltungsgeschichte des Landkreises Calw, S. 15.

[215] Ebd., S. 16; *Pfeiffer*: Der Landkreis Calw vom Königreich Württemberg bis zu den Gebietsreformen in Baden-Württemberg. In: Zerr (Hrsg.): Der Kreis Calw, S. 216.

[216] Kreisnachrichten vom 20.12.1974.

[217] *Schimanke*: Verwaltungsreform Baden-Württemberg, S. 106–134.

[218] Diese Zahl wird genannt bei: *Wehling*, Hans-Georg: Land Baden-Württemberg. In: Andersen/Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch politisches System, S. 259–265 (hier S. 263).

[219] *Fischer/Braun*: Die Verwaltungsgeschichte des Landkreises Calw, S. 16; *Pfeiffer*: Der Landkreis Calw vom Königreich Württemberg bis zu den Gebietsreformen in Baden-Württemberg, in: Zerr (Hrsg.): Der Kreis Calw, S. 216.

[220] Zum Folgenden: *Lehmann*, Karl-Heinz: Die Große Kreisstadt Calw. In: Zerr (Hrsg.): Der Kreis Calw, S. 255–257. In der Calwer Hauptsatzung sind unter § 11 folgende Stadtteile benannt: Altburg, Oberriedt, Speßhardt, Spindlershof, Weltenschwann, Calw, Alzenberg, Heumaden, Wimberg, Hirsau, Ernstmühl, Holzbronn, Stammheim. Siehe: www.calw.de.

[221] Kreisnachrichten vom 02.01.1975 (inkl. Zitat).
[222] Kreisnachrichten vom 03.01.1975.
[223] Chronik der Deutschen, S. 979.
[224] *Meier-Braun*, Karl-Heinz: 40 Jahre *Gastarbeiter* und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Meier-Braun, Karl-Heinz/Kilgus, Martin A. (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland. 4. Radioforum Ausländer bei uns. Baden-Baden 1995/96, S. 17–35 (hier S. 19); *Solinger*, Helga: Ältere Ausländer in Baden-Württemberg. In: Ebd., S. 37–48 (hier S. 37). Die deutsche Regierung schloss Anwerbevereinbarungen mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal, Tunesien, Marokko und Jugoslawien.
[225] Zahlen für Baden-Württemberg: *Solinger*: Ältere Ausländer in Baden-Württemberg. In: Meier-Braun/Kilgus (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland, S. 37–38.
[226] Zahlen für Kreis und Stadt Calw: www.statistik.baden-wuerttemberg.de.
[227] Zum Folgenden (inkl. Zitate): Kreisnachrichten vom 31.05.1979.
[228] Siehe: Art. 28 (1) GG.
[229] Phasen der Ausländerpolitik bis 1995: *Meier-Braun*: 40 Jahre *Gastarbeiter* und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Meier-Braun/Kilgus (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland, S. 21–29.
Anfang 2000 trat unter der rot-grünen Bundesregierung ein neues Ausländergesetz in Kraft. Das Thema ist aber immer noch aktuell, wie die Diskussion 2006 bezüglich Fragebögen für einbürgerungswillige Ausländer gezeigt hat.
[230] Kreisnachrichten vom 06.06.1984. Es wurde berichtet über eine Sitzung der Initiative für friedliches Zusammenleben in Calw, zu der Behördenvertreter eingeladen waren, unter anderem Mitarbeiter des Ausländeramts der Stadt und die beiden Ausländerbeauftragten des Landratsamts.
[231] *Solinger*: Ältere Ausländer in Baden-Württemberg. In: Meier-Braun/Kilgus (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland, S. 38.
[232] Siehe: www.statistik.baden-wuerttemberg.de. Aus dem Verwaltungsbericht des Calwer Kreissozialamts für 1993 ging hervor, dass die Zahl der Kontingentflüchtlinge im Kreis stark angestiegen war, zum Beispiel aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie jüdischstämmige Russen, abgelehnte Asylbewerber und Illegale. In: Kreisnachrichten vom 09.06.1994.
[233] Zum Folgenden: *Heinen*, Ute: Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aussiedler (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 267). Bonn 2000, S. 36–49 (besonders S. 36–38).
[234] So bürgerte das Landratsamt Calw 1998 762 Menschen ein. Mit 491 Personen stellten Spätaussiedler die größte Gruppe. In: Kreisnachrichten vom 12.06.1999.
[235] Im 18. und 19. Jahrhundert waren viele Deutsche in die Donaumonarchie und nach Russland ausgewandert. Sie stammten schwerpunktmäßig aus dem deutschen Südwesten. Siehe: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aussiedler.
Den Kreis Calw betreffend: *Bodamer*, Georg: Die Auswanderung aus dem Kreis Calw nach Russland von 1800 bis 1850. In: Heimatbuch der Deutschen aus Russland 1990/91. S. 95–109.
[236] Kreisnachrichten vom 07.06.1989.
[237] Die Wahlergebnisse der Republikaner wurden bereits in früheren Kapiteln thematisiert.
[238] Der Tag der Wiedervereinigung wurde in Calw mit Gottesdiensten begangen. Außerdem pflanzten Landrat Herbert Zerr und Brigadekommandeur Oberst Alexander

Bergenthal auf dem Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne einen Baum. Dazu: Kreisnachrichten vom 02.10.1990.

[239] Seit der Wende zogen über zwei Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland. Siehe: Gäubote Herrenberg vom 25.03.2006. Allerdings hatte es auch schon vorher vereinzelt Übersiedlung gegeben. In den Kreisnachrichten vom 08.06.1979 etwa heißt es, Übersiedler, die vor dem 1. Januar 1972 die DDR verlassen hätten, bräuchten sich bei einem Besuch in ihrer alten Heimat um ihre Sicherheit keine Sorgen mehr zu machen.

[240] Die Wirtschaftskrise machte aber auch vor Calw nicht Halt. In Konkurs gingen zum Beispiel die Calwer Decken- und Tuchfabriken und das Bauknecht-Werk. In: *Barsuhn*: Ein schönes Fleckchen Erde, S. 14.

[241] Kreisnachrichten vom 17.11.1990. Darüber hinaus: www.kreis-calw.de.

[242] Informationen dazu gibt es auf der Calwer Internetseite: www.calw.de.

[243] Grundmuster des Wahlverhaltens: *Löffler*, Berthold/Rogg, Walter: Determinanten kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ravensburg. Tübingen 1985; *Rudzio*: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, S. 183–210.

[244] Der Europaabgeordnete Tobias Pflüger besuchte Mitte Juli 2006 zum wiederholten Mal das KSK. Er will sich für eine Auflösung dieser Einheit stark machen. Siehe: *Recklies*: Calwer Notizen. In: Gäubote Herrenberg vom 22.07.2006.

[245] *Gebauer*: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw, S. 7.

Abkürzungen

BdV	Bund der Vertriebenen
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
B 90	Bündnis 90
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DP	Deutsche Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union (seit dem Vertrag von Maastricht offizielle Bezeichnung)
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FWV	Freie Wählervereinigung
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GG	Grundgesetz
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
JU	Junge Union
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KRUA	Kreisuntersuchungsausschüsse (Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern)
KSK	Kommando Spezialkräfte
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS	Nationalsozialistisch
PBC	Partei bibeltreuer Christen
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
REP	Republikaner
RM	Reichsmark
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (tägliches Organ des alliierten Oberkommandos)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
WEU	Westeuropäische Union

Quellennachweis

Archivbestände

Archives de l' Occupation Française en Allemagne et en Autriche (AdOC):
AP: caisse 1287 paquet 10 (Brief Gouverneur Frénots an Guillaume Widmer)
WH 1169 (Abschließender Bericht des Kreisgouvernements für Calw)
WH 1169/2 (Instruction sur *la préparation morale de l' armée à l' occupation de l' Allemagne*, etc.)

Kreisarchiv Calw:
LRA I A 14 (Maschinenentnahmen im Kreis Calw: Liste o. J. und Nachtragsliste vom 21.04.1948)
LRA I A 85: Wahlvorschläge zu den Gemeinderatswahlen 1946
LRA I A 87: Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 1946
S I/VI: Oberamtliche Doku-Sammlung VI, OA-Verwaltung allg.
S I/XV: Französische Besatzungszeit 1945–1949, Politisches
S I/XV: Französische Besatzungszeit 1945–1949, Sonstiges
Zeitungsausschnittesammlung Bezirk 1919–1949

Staatsarchiv Sigmaringen (StA SIG):
Wü 2/116 T 4: Allgemeine Zeitung Mainz vom 27.07.1948
Wü 13/110: Inhaltsprotokolle der Gespräche zwischen einem Vertreter des Staatskommissars und den Vorsitzenden sämtlicher KRUA (April 1947)
Wü 13/149: Schriftwechsel zwischen Staatskommissar Traber und Amtsgerichtsrat Mayer (1948), Stellungnahme der Militärregierung zum Ausstieg der KPD aus den KRUA (1948), Schreiben von Staatskommissar Mayer an zwei Calwer CDU-Mitglieder (August 1948)
Wü 13/156: Schreiben Walter Steinbachs (Vorsitzender des KRUA Calw für die freie Wirtschaft) an Staatskommissar Otto Künzel vom 22.01.1947
Wü 65/7 T 2: Monatsberichte des Landratsamts Calw 1946–1947

Stadtarchiv Calw:
Kreisnachrichten, verschiedene Jahrgänge
Calwer Zeitung, verschiedene Jahrgänge
Schwäbisches Tagblatt von 1949
Schwarzwälder Bote/Kreisnachrichten von 2001
Unsere Stimme vom 26.05.1948
421/404: Calwer Ergebnis der Landtagswahl und des Verfassungsreferendums vom 18.05.1947
694/07: Programm der Calwer SPD zur Kommunalwahl 1999
696/10: Werbeblatt der CDU zur Kommunalwahl 1979
704/01: Bericht Ernst Rheinwalds über Calw im April 1945

704/02: Bericht Emil Wagners über die ersten vier Jahre nach Kriegsende, Rede Emil Wagners anlässlich der Verabschiedung Gouverneur Frénots
Stiftungen 08: Schriftverkehr Emil Wagners mit Gouverneur Frénot

Sekundärliteratur

Adam, Uwe Dietrich: Die CDU in Württemberg-Hohenzollern. In: Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 2). Stuttgart 1978, S. 163–191.
Adam, Uwe Dietrich: Parteien und Wahlen. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 125–156.
Adam, Uwe Dietrich: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945–1978. In: Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 4). Stuttgart 1979, S. 220–253.
Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1995 (2., neu bearbeitete Auflage).
Bald, Detlef: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005. München 2005.
Barsuhn, Kristin: Ein schönes Fleckchen Erde. Die Kreisreform legte vor 25 Jahren neue Grenzen um den Landkreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1998, Band 16, S. 9–16.
Barth, Fritz: Der Gouverneur, der im Schwarzwald blieb. Hubert Frénot, französischer Militärbefehlshaber für die Kreise Calw und Freudenstadt, wäre 1997 hundert Jahre alt geworden. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1997, Band 15, S. 161–169.
Bauer, Thomas K.: Migration, Sozialstaat und Zuwanderungspolitik. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Vierteljahresheft zur Wirtschaftforschung 71 (2002), 2, S. 249–271.
Bay, Hans: Wille zur Veränderung. Aus 40 Jahren SPD-Politik im Kreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1997, Band 15, S. 224–235.
Bechtel, Michael: Grundlagen der anstehenden Wahlen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell. Bonn 1994, S. 10–17.
Binder, Friedrich: Vertriebenen- und Sozialwesen in Württemberg-Hohenzollern. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 339–350.

Bodamer, Georg: Die Auswanderung aus dem Kreis Calw nach Russland von 1800 bis 1850. In: Heimatbuch der Deutschen aus Russland 1990/91, S. 95–109.
Brecht, Martin: Kriegsende und Besetzung in Calw 1945. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 2003, Band 21, S. 155–169.
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aussiedler (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 267). Bonn 2000.
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung aktuell. Bonn 1994.
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 242). Bonn 1994.
Chronik der Deutschen. Dortmund 1983.
Dähn, Horst: SPD im Widerstand und Wiederaufbau (1933–1952). In: Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 3). Stuttgart 1979, S. 192–232.
Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg (Hrsg.): Landtag von Baden-Württemberg. Ein Leitfaden zu Aufgaben und Geschichte des Landtags. Baden-Baden 2004 (12. aktualisierte und erweiterte Auflage).
Deutscher Bundestag (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2001.
Engel, Günter: Der Landkreis Calw und seine Soldaten. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1986, Band 4, S. 81–89.
Eschenburg, Theodor: Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999. Berlin 2002.
Feuchte, Paul: Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Südweststaatfrage. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 425–438.
Fischer, Karl-Heinz/Braun, Wolfbert: Die Verwaltungsgeschichte des Landkreises Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1982, Band 1, S. 15–21.
Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). München 1996 (4. Auflage).
Fuchtel, Hans-Joachim: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1995, Band 13, S. 89–101.
Gäubote Herrenberg vom 25.03.2006.
Gebauer, Hellmut J./Würfele, Hartmut: Bedeutende Frauen und Männer (Reihe Calw – Geschichte einer Stadt). Calw 2005.
Gebauer, Hellmut J.: Bürgermeister und Gemeinderäte von Calw. Ein geschichtlicher Überblick (Kleine Reihe Archiv der Stadt Calw, Band 12). Calw 2000.

Gebauer, Hellmut J.: Der Calwer Marktplatz. Geschichte und Geschichten. Calw 2001.
Gebauer, Hellmut J.: 175 Jahre Calwer Presse. Eine chronologische Übersicht. Calw 2001.
Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982.
Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.): Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Stuttgart 2002.
Heinen, Ute: Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aussiedler (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 267). Bonn 2000, S. 36–49.
Hellersberg, Paul: Pressepolitik in bewegter Zeit. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 351–366.
Henke, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nummer 42). Stuttgart 1981.
Kiesinger, Kurt Georg: Der Kampf im Bundestag um den Südweststaat. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 405–424.
Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991, S. 17–36.
Kühne, Andrea: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld deutscher und französischer Interessen (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Band 9). Sigmaringen 1999.
Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991.
Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 13). Stuttgart 1986.
Lehmann, Karl-Heinz: Die Große Kreisstadt Calw. In: Zerr, Herbert (Hrsg.): Der Kreis Calw. Aalen, Stuttgart 1986 (2., neubearbeitete und ergänzte Auflage), S. 255–257.
Löffler, Berthold/Rogg, Walter: Determinanten kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ravensburg. Tübingen 1985.
Meier-Braun, Karl-Heinz/Kilgus, Martin A. (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland. 4. Radioforum Ausländer bei uns. Baden-Baden 1995/96.

Meier-Braun, Karl-Heinz: 40 Jahre *Gastarbeiter* und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Meier-Braun, Karl-Heinz/Kilgus, Martin A. (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland. 4. Radioforum Ausländer bei uns. Baden-Baden 1995/96, S. 17–35.
Meyer, Thomas: Was ist Politik? Opladen 2000.
Moersch, Karl/Hölzle, Peter: Kontrapunkt Baden-Württemberg. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Südweststaats. Leinfelden-Echterdingen 2002.
Müller, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982. Erster Aufsatz.
Nagold-Enz-Bote vom 16.11.1949.
Nüske, Gerd Friedrich: Die Rolle Württemberg-Hohenzollerns bei der Bildung des Südweststaats. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 367–404.
Nüske, Gerd Friedrich: Einmarsch und Besatzungsherrschaft der Alliierten 1945. In: Ebd., S. 31–45.
Nüske, Gerd Friedrich: Entnazifizierung. In: Ebd., S. 201–216.
Nüske, Gerd Friedrich: Ministerrat in Stuttgart und Überleitung in den Südweststaat 1952. In: Ebd., S. 439–442.
Nüske, Gerd Friedrich: Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Landesregierungen. In: Ebd., S. 81–110.
Pfeiffer, Günter: Der Kreis gestern – heute – morgen. In: Zerr, Herbert (Hrsg.): Der Kreis Calw. Aalen, Stuttgart 1986 (2., neubearbeitete und ergänzte Auflage). S. 219–254.
Pfeiffer, Günter: Der Landkreis Calw vom Königreich Württemberg bis zu den Gebietsreformen in Baden-Württemberg. In: Ebd., S. 209–218.
Qualität aus dem Nordschwarzwald für ganz Europa. Bauknecht – Motor des technischen Fortschritts. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1987, Band 5, S. 214–223.
Recklies, Ralf: Calwer Notizen. In: Gäubote Herrenberg vom 03.09.2005.
Recklies, Ralf: Calwer Notizen. In: Gäubote Herrenberg vom 22.07.2006.
Römer, Karl: Die Besetzung Calws im Jahre 1945. Erinnerungen eines verantwortlichen Zeitzeugen. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte. 59. Jahrgang. Stuttgart 2000, S. 301–317.
Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 4). Stuttgart 1979.
Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1996 (4. Auflage).
Sandner, Josef: 40 Jahre Paten- und Partnerschaft Calw – Latsch. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1998, Band 16, S. 132–143.

Sauer, Paul: Die Entwicklung der Parteien. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991, S. 158–182.
Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 3). Stuttgart 1979.
Schefold, Willi: Landwirtschaft und Ernährung. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 323–332.
Schimanke, Dieter: Verwaltungsreform Baden-Württemberg. Verwaltungsinnovation als politisch-administrativer Prozess (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Band 71). Berlin 1978.
Schmid, Josef: Parteien. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1995 (2., neu bearbeitete Auflage). S. 432–435.
Schmoller, Gustav von: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besatzung. In: Gögler, Max/Richter, Gregor, in Verbindung mit Müller, Gebhard (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 217–232.
Solinger, Helga: Ältere Ausländer in Baden-Württemberg. In: Meier-Braun, Karl-Heinz/Kilgus, Martin A. (Hrsg.): 40 Jahre *Gastarbeiter* in Deutschland. 4. Radioforum Ausländer bei uns. Baden-Baden 1995/96, S. 37–48.
Spiekermann, Alfons: Luftlandebrigade 25. Portrait eines Großverbandes des Heeres. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 1982, Band 1, S. 70–77.
Statistisches Landesamt für Württemberg-Hohenzollern (Hrsg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen. Zeitschrift für Statistik und Landeskunde. Jahrgänge 1–7. Tübingen 1946–1952.
Stoffel, Olaf: Die Effekte der Gemeindegebietsreform in Baden-Württemberg. Heidelberg 1991.
Swierczyna, Gregor: Einmarsch – Umsturz – Besetzung – Befreiung – Wiederbeginn. Das Kriegsende im Landkreis Calw. In: Landkreis Calw (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Calw 2005, Band 23, S. 89–117.
Theiss, Konrad/Baumhauer, Hermann (Hrsg.): Der Landkreis Calw. Aalen 1959.
Wehling, Hans-Georg: Gesellschaftliche Akteure in der Kommune. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 242). Bonn 1994, S. 29–32.
Wehling, Hans-Georg: Land Baden-Württemberg. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1995 (2., neu bearbeitete Auflage), S. 259–265.
Wehling, Hans-Georg: Unterschiedliche Kommunalverfassungen in den Ländern. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kommunalpolitik (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 242). Bonn 1994, S. 15–28.

Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 2). Stuttgart 1978.
Zauner, Stefan: Württemberg-Hohenzollern. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zum Südweststaat. Karlsruhe 1991, S. 55–74.
Zerr, Herbert (Hrsg.): Der Kreis Calw. Aalen, Stuttgart 1986 (2., neubearbeitete und ergänzte Auflage).

Internetadressen

http://tobiaspflueger.twoday.net
www.bdv-bw.de
www.bundestag.de
www.bundeswahlleiter.de
www.calw.de
www.destatis.de
www.duesseldorf.de/statistik/themen/europawahl_2004/analyse.pdf
www.elkw.de/gemeinde/calw/vorstellungdergemeinde
www.friedensnetz.de
www.kreis-calw.de
www.statistik.baden-wuerttemberg.de

Calw

Große Kreisstadt
CALW

Sparkasse
Pforzheim Calw